Amt und Gemeinde

67. Jahrgang, Heft 4, 2017 € 6, –

Evangelischer Presseverband

Rechtspopulismus/ Die Neuen Rechten

Mit Beiträgen von:

Olivier Dantine

Dorothea Eichhorn

Tamás Fabiny

Stefan Hermann

Frank Otfried July

Ulrich H. J. Körtner

Thomas Krobath

Andreas Peham

Hans Schelkshorn

Bernhard Weidinger

Ruth Wodak

Paul M. Zulehner

Herausgeber: Bischof Michael Bünker

INHALT

Editorial 229
Thomas Krobath

* * *

Rechtspopulismus als Anfrage an christliche Orientierung heute

Wider die Instrumentalisierung des Christentums. Zur Unvereinbarkeit von neorechter Ideologie und christlicher Moral 234
Hans Schelkshorn

Die Normalisierung von Ausgrenzung 243
Ruth Wodak

Rechtspopulismus in Österreich 259
Paul M. Zulehner

Wie politisch muss Kirche sein? Kirche und die Herausforderungen durch radikale und populistische Strömungen 269
Stefan Hermann

Was sage ich wenn …? – Stammtischparolen begegnen 284
Dorothea Eichhorn

* * *

Evangelische Stellungnahmen zu Rechtspopulismus

Kirche und Rechtspopulismus – eine evangelische Position 288
Frank Otfried July

Rechtspopulismus und die Verantwortung der Kirche – aus ungarischer Perspektive 300
Tamás Fabiny

Kirche und Rechtspopulismus – ein schwieriges Verhältnis 312
Olivier Dantine

Die richtigen Lehren ziehen.
Kirchen und Rechtspopulismus 2017 318
Ulrich H. J. Körtner

* * *

Rezensionen

Dieter Knall:
Unsere Familie und die Weltkriege –
Rückblick auf hundert Jahre 1914-2014 (2016) 333
Karl W. Schwarz

Herwig Sturm:
Der Punkt im I.CH – Predigten und Wegzeichen (2017) 335
Karl W. Schwarz

Thomas Pammer:
Die Arche Noah ist auf dem Kanal vorbeigefahren“.
Geschichte der Schwedischen Israelmission in Wien (2017) 337
Karl W. Schwarz

* * *

Anhang

Rechtspopulismus / Rechtsextremismus.
Ausgewählte Literaturempfehlungen und aktuelle Hinweise
Thomas Krobath, Andreas Peham und Bernhard Weidinger 342

AutorInnen 345
Jahresregister 2017 347
Impressum 350

Editorial

Rechtspopulismus in aller (Medien) Munde, rechte Parteien werden (mit) regierungsfähig gewählt und streben die Machtübernahme an, sie agieren mit Hassparolen und diskriminierenden Aktionen gegen alles Fremde – ist daran etwas neu? Für Österreich seit Beginn der 90-er Jahre wohl kaum. Doch was macht den sogenannten „Populismus" aus? Geht es um ein verschärftes Aufbegehren einer zur schweigenden Mehrheit stilisierten Wut-Bevölkerung? Ist „Rechtspopulismus" eine zeitgeistige Mode für aufsteigende JungpolitikerInnen oder eine verharmlosende Chiffre für eine antidemokratische und menschenrechtsfeindliche neorechte Ideologie? Im europäischen Kontext stellt sich die Frage als Zukunftsfrage der Bedrohung einer weitergehenden Demokratisierung. Im Bedenken ihrer Sachlagen und Zusammenhänge stellt sie auch die ChristInnen und ihre Kirchen vor eine ernstzunehmende Herausforderung.

Rechtspopulismus als Anfrage an christliche Orientierung heute

Worum geht es und was steht auf dem Spiel? Das wird im ersten Beitrag für das Thema dieses Heftes in aller Deutlichkeit auf den Punkt gebracht. Der Philosoph *Hans Schelkshorn* zeigt an den Quellen der neuen Rechten auf, dass den rechtspopulistischen Bewegungen eine dezidierte neorechte Ideologie zugrunde liegt, die auf die Abschaffung rechtsstaatlicher Demokratie zielt. Das Konzept einer den Menschenrechten vorrangigen ethnischen Bürgergemeinschaft ist für konservativ-evangelische und konservativ-katholische Kreise attraktiv im Sinne einer Verteidigung des christlichen Abendlandes. Schelkshorn analysiert ein neorechtes christliches Politikmodell am Beispiel von Orbáns Umbau der ungarischen Republik in eine christliche Nation. Die Kirchen sind vor eine historische Herausforderung gestellt. Vor dem Hintergrund des noch zu wenig aufgearbeiteten Erbes der Allianz mit dem Faschismus warnt Schelkshorn die Kirchen: „Denn unheilige Allianzen mit neorechten Bewegungen werden […] die Glaubwürdigkeit des Christentums in Europa auf Jahrzehnte hin beschädigen."

Die renommierte Linguistin *Ruth Wodak* beschreibt die inhaltlichen und diskursiven Strategien der zunehmenden Normalisierung und Etablierung neorechter Politik in (natürlich unterschiedlich einzuschätzenden) europäischen Staaten und Gesellschaften seit der ersten „schwarz-blauen" Regierung in Öster-

reich. Demokratische Institutionen und Wertgebäude werden zusehends ausgehöhlt und durch eine Politik mit Angst, Ressentiment und Ausgrenzung ersetzt.

Den Erfolg einer rechten Politik mit der Angst führt der Pastoraltheologe *Paul M. Zulehner* auf das Zunehmen autoritärer Haltungen, also auf die Unterwerfungsbereitschaft vieler Menschen unter autoritäre Vorgaben in Folge steigender Verunsicherungen zurück. Auf der Basis einer empirischen Untersuchung der Reaktionen auf die Flüchtlingspolitik unterscheidet er die Gruppe der Verärgerten, die zu rechtspopulistischen Orientierungen tendieren, und eine schrumpfende Gruppe an Zuversichtlichen, die sich Flüchtlingen gegenüber aufgeschlossener und hilfsbereiter zeigen. Dieser Befund spiegelt sich auch bei den Kirchenmitgliedern. Die Kirchenleitungen hingegen äußern sich für eine solidarische Flüchtlingspolitik.

Stefan Hermann, der Leiter des Pädagogisch-Theologischen Zentrums in Stuttgart, analysiert unterschiedliche Facetten des Phänomens Populismus und fokussiert auf rechtspopulistische Identitätsangebote in Zeiten der Verunsicherung. In der Frage eines konstruktiven Miteinanders der verschiedenen Beteiligten einer pluralen Gesellschaft können sich die Kirchen dank ihrer theologisch grundgelegten Fähigkeit zum offenen und kritischen Umgang mit anderen vorbildlich dialogisch, solidarisch und gegen einseitige Extremismen abgrenzend einbringen.

Alles theoretische Rüstzeug ist wichtig und gibt Orientierung. Gefordert aber sind wir dort, wo wir in konkreten Situation mit diskriminierenden und menschenverachtenden Behauptungen konfrontiert werden. Ängste, Hass und Verachtung kommen schlagwortartig daher und brauchen in der Situation passende und wirkende Entgegnungen. *Dorothea Eichhorn* vom Diakonischen Werk Bayern weist darauf hin, wie der Umgang mit Stammtischparolen gelernt werden kann.

Evangelische Stellungnahmen zu Rechtspopulismus

Im zweiten Teil des Themenheftes geht es um Herausforderungen und Ambivalenzen kirchlicher Äußerungen zu rechtspopulistischer Politik. Hier kommen hochrangige Vertreter aus Kirchenleitungen und theologischer Forschung zu Wort.

Der württembergische Landesbischof *Frank Otfried July* geht auf die Herausforderung ein, dass die Kirchen den rechtspopulistischen rassistischen Provokationen gezielt und eindeutig entgegentreten, zugleich aber mit den Leuten, die hinter den Parolen stehen oder diesen zu folgen geneigt sind, im respektvollen Gespräch bleiben müssen. Können kritische Äußerungen von VertreterInnen der Kirchen angesichts der Ambivalenz, dass rechtspopulistische Positionen auch von Kirchenmitgliedern geteilt werden, überhaupt etwas bewirken? Dazu setzt sich July kritisch mit evangelischen Positionen der politischen Urteilsfindung auseinander.

Der ungarische lutherische Bischof *Tamás Fabiny* schildert den Vormarsch

rechtspopulistischer und rechtsextremer Phänomene in Ungarn. Er geht unter Bedacht auf die spezifischen Entwicklungen der ungarischen Politik seit dem Nationalsozialismus auf die Diskriminierung der Roma, das Verhältnis zum Judentum, die Flüchtlingspolitik und den seit 1989 neu entfachten Nationalismus ein. Dabei kommt es auch zu Bestrebungen seitens der Politik, die Kirchen für nationalistische Zwecke einzuspannen.

Wie schon July denkt auch *Olivier Dantine*, Supertintendent von Salzburg-Tirol, über den Graben zwischen mit rechten Parteien sympathisierenden Kirchenmitgliedern und Kirchenvertretern, die öffentlich kritisch gegen neorechte Politik auftreten, nach. Es gibt offensichtliche Schnittmengen von rechter Ideologie und konservativ christlichen Anschauungen. Wie kann sich die Kirche bei klarer inhaltlicher Distanzierung die Möglichkeit offenhalten, auf die SympathisantInnen rechter Politik offen zuzugehen und auf ihre Ängste zu hören? Die Glaubwürdigkeit der Kirchen hängt an ihrem Einsatz in sozialen Fragen und in der Versöhnungsarbeit, so die These von Dantine.

Der Theologe *Ulrich Körtner* geht in eine weitere kritische Reflexion kirchlicher Reaktionen auf die Wahlerfolge der neuen Rechten. Die Kirchen sollten sich selbstkritisch fragen, was sie möglicherweise zu deren Erfolgen beitragen. Eine einseitige moralische Entrüstung könne sich als unbezahlte Wahlwerbung auswirken. Körtner plädiert für eine differenzierte Auseinandersetzung, die das Gespräch mit den WählerInnen sucht. Rechtspopulistische Parteien erhalten auch unter katholischen und evangelischen Kirchenmitgliedern Zuspruch, besonders über sexual-, familien- und identitätspolitische Fragen. Gerade im nicht zu unterschätzenden kulturellen Konflikt um Diversitätspolitik scheinen die Kirchen sich zu einseitig um Minderheitenrechte zu sorgen und zu wenig auf die Befindlichkeiten und Rechte der Mehrheiten Rücksicht zu nehmen.

Kirchliche Möglichkeiten und Handlungsstrategien

Neorechte Politik fordert die Kirchen heraus. Sie äußern sich meist kritisch gegen Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie sehen sich aber auch unter den Kirchenmitgliedern mit Sympathien für fremdenfeindliche, homophobe, antisemitische und islamophobe Programmatik konfrontiert. Wie können Kirchen in Wahrung ihres Auftrages und im Sinne des Evangeliums mit diesen Fragen umgehen? Welche Handlungsstrategien und konkreten Angebote schlagen die AutorInnen dieses Heftes vor?

Ruth Wodak hält es für wichtig, den Kampf um Werte nicht den rechtspopulistischen Gruppen und Strömungen zu überlassen. Politik mit Angst sei durch eine Politik der Solidarität zu ersetzen. Scheinbar traditionelle Werte wie Gerechtigkeit, Bildung, Diversität seien demokratiestärkend wieder zu beleben und neu zu formulieren.

In der Wertedebatte hält es *Körtner* für wichtig, sich auch Begriffe wie Na-

tion und Kultur anzueignen und sie nicht den rechtspopulistischen Programmen zu überlassen.

Davor bräuchte es, *Schelkshorn* folgend, eine fundierte Analyse der ideologischen Grundlagen neorechter Politik und gegebenenfalls ihrer christlichen Verbrämung, um sich nicht unversehens von ihr instrumentalisieren zu lassen.

Entängstigen sieht *Zulehner* als Beginn für eine neue Solidarisierungsoffensive der Kirchen. Sie sollen jeder Angstpolitik widerstehen und nicht nur Unterstützung für, sondern konkrete Begegnungen mit den diskriminierten und schutzbedürftigen Menschen organisieren. Die Begegnung mit Fremden kann spirituell als Begegnung mit dem Auferstandenen gedeutet und erfahren werden. Pastorale Arbeit soll die Ursachen der Ängste ernst nehmen und sich deren Heilung widmen und Vertrauen stärken.

Für *Fabiny* zählen in der sich nationalistisch zuspitzenden Situation in Ungarn besonders zwei kirchliche Gegenstrategien: Der Einsatz für Solidarität und Menschlichkeit gegenüber Minderheiten und Flüchtlingen und die deutliche Abgrenzung zu einem politischen Christentum, das den Nationalismus religiös verbrämt. Dazu gehören Bildungsarbeit, das Ermöglichen von Aufstiegschancen und Maßnahmen gegen den Hass auf Flüchtlinge.

July ortet das Potential der Kirche in ihrer Gestalt als Auslegungsgemeinschaft. Hier kann um politische Fragen in der Auseinandersetzung mit biblischen Traditionen und in der Balancierung individueller Gewissensentscheidung und kirchlicher Positionierung gerungen werden. Dabei ermöglicht der Eigensinn der jüdisch-christlichen Tradition ein Lernen aus Umkehr, Schritte der Versöhnung, die Entzerrung einseitiger Vorurteile durch Dialog, die Offenheit zur Aufnahme von Flüchtlingen und die Wahrung der Menschenwürde auch in politischen Auseinandersetzungen.

Hermann spricht den möglichen gesellschaftlichen Vorbildcharakter der Kirche an, der vor allem darin besteht, dass sie einen konstruktiven Umgang mit Verschiedenheit auf der Basis der Gottesebenbildlichkeit der Menschen und ihrer Würde im Umgang untereinander innerhalb der Kirche und im Umgang mit anderen Menschen, Gruppen und Institutionen praktiziert. Dazu gehört ein selbstkritischer Umgang mit den politischen Verstrickungen der Kirche und die Fähigkeit, Rechenschaft über die eigenen Glaubensgrundlagen abzulegen. Damit wird kritische Bildung zum wichtigen Hebel kirchlicher Anstrengungen gegen Ausgrenzung und totalitäre Bewegungen und für soziale Gerechtigkeit und eine Kultur der Begegnung und des Dialogs.

Hier hackt auch *Dantine* ein, der die verschiedenen Formate kirchlicher Bildungsarbeit als Angebote zum Einüben eines Perspektivenwechsels genutzt sehen möchte. Das bezieht sich nicht nur auf das traditionelle bildungsbürgerliche Stammpublikum, sondern soll auch andere Zielgruppen erreichen. Perspektivenwechsel ist darum auch für kirchliche MitarbeiterInnen wichtig, um nicht als abgehoben zu erscheinen.

Das wird von den AutorInnen mehrheitlich angesprochen: Die Sorgen und Ängste der durch Diversität und Globalisierung Verunsicherten in den Kirchen und in der Gesellschaft ernst zu nehmen. Auf sie zuzugehen, ihnen zuzuhören, für sie da zu sein – das ist die große Herausforderung der alltäglichen kirchlichen Arbeit und in Begegnungssituationen. Hier fehlt es noch weitgehend an pfiffigen neuen Strategien, Programmen und Aktionen. Hier sind Sie, geneigte Leserin und interessierter Leser, zum Weiterdenken eingeladen. Den AutorInnen möchte ich an dieser Stelle für Ihr Mitwirken herzlich danken.

Thomas Krobath

Wider die Instrumentalisierung des Christentums.

Zur Unvereinbarkeit von neorechter Ideologie und christlicher Moral

Es gibt sie wieder – die unheilige Allianz zwischen Christentum und neorechter Ideologie. Beispielgebend dafür ist Orbáns neorechte christliche Politik. Ihre Verteidigung des christlichen Abendlandes führt zu einer Pervertierung christlicher Moral.

Von **Hans Schelkshorn**[1]

Durch den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien steht heute in den Kernstaaten der westlichen Welt der demokratische Rechtsstaat in Frage. Der überraschende Wahlsieg von Donald Trump hat selbst die republikanischen Grundfesten der USA erschüttert. Im heterogenen Spektrum neorechter Bewegungen sind Christ(inn)en keineswegs unbeteiligte Zuschauer. Der Front National wird von ultrakonservativen katholischen

1 Der folgende Beitrag wurde zuerst publiziert in: Walter Lesch (Hg.), Christentum und Populismus. Klare Fronten? Freiburg im Breisgau: Herder 2017, S. 26–37. Der Wiederabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung von: Autor, Herausgeber und Verlag.

Kreisen unterstützt. In der AfD engagieren sich sowohl konservative Katholik(inn)en als auch evangelikale Protestant(inn)en. Angesichts der Bedrohungen durch den politischen Islam haben sich inzwischen in zahlreichen europäischen Ländern Christ(inn)en und Neorechte zur „Verteidigung des christlichen Abendlandes“ vereint.

Der Geist neorechter Ideologie hat bereits seit Längerem die Grenzen rechtspopulistischer Parteien überschritten. In jüngster Zeit ist mit Viktor Orbán ein Christdemokrat zur neuen Leitfigur neorechter Bewegungen aufgerückt; auch in Polen ist mit der PiS eine „nationalkonservative“ Regierung an die Macht gelangt. Obwohl inzwischen sowohl gegen Polen als auch gegen Ungarn jeweils ein Verfahren zur Sicherung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips gemäß Art. 7 des EU-Vertrags eingeleitet worden ist, können sich Viktor Orbán und Jaroszlaw Kaczyński auf eine beinahe vorbehaltlose Unterstützung durch den katholischen Episkopat stützen. Teile der reformierten Kirche sympathisieren in Ungarn sogar mit der rechtsextremen Jobbik-Partei.

In der medialen Öffentlichkeit, aber auch in den Sozialwissenschaften werden neorechte Parteien zumeist unter dem schwammigen Begriff des „Populismus“ thematisiert. „Populismus“ gilt weithin als eine Politik ohne feste Ideologie, die sich jeweils den schwankenden Stimmungen des „Volkes“ anpasst, Ressentiments gegenüber den Eliten und Fremden mobilisiert und einfache Lösungen für komplexe Probleme anbietet. Das Bild eines ideologiefreien Populismus verharmlost jedoch in gefährlicher Weise die politische Agenda neorechter Parteien, die auf eine Aushöhlung bis hin zur Abschaffung liberaler, d. h. rechtsstaatlicher Demokratie abzielt. Mit seiner Proklamation eines „illiberalen Staates“ spricht Viktor Orbán nur in aller Offenheit aus, was neorechte Parteien über alle Differenzen hinweg ideologisch verbindet. Vor diesem Hintergrund stellt sich am Beginn des 21. Jahrhunderts für die Christ(inn)en in Europa die bedrängende Frage nach dem Verhältnis zwischen neorechter Ideologie und christlicher Moral.

1. Zur ideologischen Matrix der Neuen Rechten

Trotz aller inhaltlichen Differenzen liegt neorechten Parteien eine gemeinsame ideologische Matrix zugrunde, deren Elemente bereits in früher Zeit von Alain de Benoist, dem Begründer der Nouvelle Droite in Frankreich, entwickelt worden sind. Die Neue Rechte muss sich nach Alain de Benoit von zwei Dogmen des alten Faschismus befreien, nämlich der Option für eine gewaltsame Beseitigung der Demokratie und der Ideologie des biologischen Rassismus, der die Menschheit in Herrenrassen und Untermenschen einteilt.[2] Im Gegensatz zum Faschismus der 1930er Jahre strebt nach de Benoist

2 Vgl. dazu A. de Benoist, Der Aufstand der Kulturen: europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert, Berlin 1999, S. 36–38; 41–44.

die Neue Rechte eine radikale Reform der Demokratie an und ersetzt den alten Rassismus durch einen Ethnopluralismus. Die Welt ist nach de Benoist ein Pluriversum raumgebundener Ethnien und Kulturkreise, die in gleichberechtigter Koexistenz zueinander stehen. Imperialismus- und Globalisierungskritik sind folglich nicht länger ein Monopol linker Gesellschaftskritik, sondern ein Kernstück neorechter Politik.

Die Erneuerung der Demokratie muss sich nach Alain de Benoist am Modell der direkten Demokratie der Antike orientieren, die auf einem homogenen ethnischen Fundament aufruhte. Tatsächlich hatte Perikles, worauf de Benoist ausdrücklich hinweist, 451 v. Chr. das Gesetz erlassen, dass athenischer Bürger nur sein kann, wer sowohl väterlicher- als auch mütterlicherseits von Athenern abstammt.[3] In diesem Sinn muss nach de Benoist auch heute die Demokratie wieder in eine Gemeinschaft von Bürgern umgewandelt werden, die durch eine gemeinsame Abstammung miteinander verbunden sind. Die Ideologie vorstaatlicher Menschenrechte, die nach de Benoist ein Produkt des Christentums und der Aufklärung ist, habe hingegen die Menschen aus den tragenden organischen Gemeinschaftsformen herausgelöst. Der moderne Liberalismus, der ideologische Hauptfeind, ist daher für de Benoist bloß eine Säkularisierung des christlichen Individualismus und abstrakten Universalismus. Zusammenfassend hält de Benoist somit fest: „Die antike Demokratie gründet sich auf die Idee der organischen Gemeinschaft, die moderne [Demokratie] als Erbin des Christentums und der Aufklärung stützt sich dagegen einzig auf das Individuum. In beiden Fällen erhalten die Begriffe ‚Stadt', ‚Volk', ‚Nation', ‚Freiheit' einen ganz anderen Sinn."[4]

Die „organische Demokratie", die sich weder auf das abstrakte Individuum noch auf die Menschheit, sondern allein auf die homogene Volksgemeinschaft bezieht, kann nach de Benoist am besten mit der Idee der Brüderlichkeit umschrieben werden, die allerdings von christlichen bzw. transnationalen Elementen gereinigt werden muss. „Die Heimat ist der natürliche Rahmen der Brüderlichkeit, jedesmal wenn diese unsere Pflichten gegenüber denen ausdrückt, die mit uns ein gemeinsames Erbe teilen."[5]

Das Ziel einer neorechten Politik ist nach de Benoist der Rückbau der menschenrechtlich fundierten, pluralen Demokratie in eine ethnische Bürgergemeinschaft. Denn die Kraft einer Demokratie hängt von der „Existenz eines relativ homogenen Volkes" ab. „Je enger sich die Mitglieder einer Gemeinschaft verbunden fühlen, desto eher haben sie die gleichen Gefühle, die gleichen Werte, die gleiche Art, die Welt zu sehen und die sozialen Beziehungen aufzufassen, desto leichter können sie kollektive Entscheidungen treffen, die zum Gemeinwohl beitragen,

3 A. de Benoist, Demokratie: Das Problem: Tübingen-Zürich-Paris 1986, S. 18.

4 A. de Benoist, Demokratie (s. Anm. 2), S. 24.

5 Ebd., S. 116 f.

ohne auf eine Vermittlung angewiesen zu sein."[6] Zu diesem Zweck schlägt de Benoist verschiedene Instrumentarien vor, die inzwischen zum Arsenal neorechter Parteien gehören: Stärkung direkter Demokratie durch Referenden, Schwächung der Gewaltenteilung und der Richterdemokratie, konkret des Verfassungsgerichts; Stärkung des kulturellen Zusammenhalts der Ethnie bzw. nationalen Gemeinschaft durch eine offensive Kulturpolitik.

Nach dem Front National hat 1986 Jörg Haider die Ideen von de Benoist aufgegriffen „Wird aber Politik nicht auf ethnischen Prinzipien aufgebaut, dann hat" – wie Haider programmatisch verkündete – „die Menschheit überhaupt keine Zukunft"[7] Die Staatsbürgerschaft beruht auf dem Abstammungsprinzip; der linken Berufung auf die Menschenrechte wird das „Recht auf Heimat" entgegengehalten.[8] Der Slogan des Ausländervolksbegehrens der FPÖ von 1993 „Österreich zuerst" hat inzwischen zahllose Nachahmungen gefunden, bis hin zu Donald Trumps „America first".

Parteiprogramme bilden eine politische Philosophie niemals eins zu eins ab. Dennoch kann de Benoists Konzept der Nouvelle Droite als ideologische Matrix angesehen werden, die neorechte Bewegungen trotz aller Unterschiede miteinander verbindet. Denn das Konzept einer „organischen Demokratie" eröffnet einen weiten Freiraum, in dem die Frage der „nationalen Identität" je nach Land und Region unterschiedlich bestimmt werden kann. Aus diesem Grund können neorechte Parteien aus dem breiten Spektrum nationalistischen und antidemokratischen Denkens, das sich seit dem 19. Jahrhundert und vor allem in der Zwischenkriegszeit entstanden ist, schöpfen. Aus welchen Quellen auch immer die nationale Identität bestimmt wird, so steht eine Sache außer Streit: Neorechte Parteien passen sich nicht einfach den schwankenden Stimmungen des Volkes an, sondern legen jeweils selbst vorweg fest, was „der" Wille „des" Volkes zu sein hat und vor allem wer zum Volk, d. h. der definierten ethnischen Gemeinschaft, gehört.

2. Kritik der ideologischen Synthese zwischen neorechter Ideologie und Christentum

Obwohl Alain de Benoist die liberale Idee der Menschenrechte als eine Säkularisierung christlicher Moral zurückweist, haben sich bereits seit Längerem Allianzen zwischen christlichen Gruppen und der Neuen Rechten gebildet. Eine neorechte Politik im Namen des Christentums muss jedoch eine Identität zwischen ethnischer Nation und einer homogenen christlichen Gesellschaft unterstellen. Darüber hinaus bilden antiliberale bzw. antimodernistische Traditionen in evangelikalen und konservativ-katholischen

6 Ebd., S. 24 f.

7 J. Haider, Die Freiheit, die ich meine, Frankfurt am Main, Berlin 1994, S. 224.

8 Ebd., S. 87–89.

Kreisen ideologische Brücken für aktuelle Allianzen zwischen Christentum und der Neuen Rechten.

Das spektakulärste Beispiel für eine neorechte christliche Politik ist ohne Zweifel Viktor Orbáns Umbau des ungarischen Staates. Mit einer Stimmenmehrheit von 53 % erlangte die Fidesz-Partei 2010 eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die Orbán für eine neue Verfassung, die ohne Einbeziehung der Opposition beschlossen wurde, nutzte. Dieser Akt war zwar legal möglich, widerspricht jedoch zutiefst dem Geist der Demokratie. In der Präambel wird Ungarn nicht mehr als eine Republik, sondern als eine christliche Nation beschrieben; daran schließt sich der Katalog der Menschenrechte an. Gewiss: In zahlreichen demokratischen Verfassungen finden sich in der Präambel idealisierende Darstellungen der nationalen Geschichte. Doch im Unterschied zu anderen „westlichen" Verfassungen wird in der ungarischen Verfassung das Verfassungsgericht ausdrücklich verpflichtet, seine Entscheidungen im Licht der Präambel, d. h. des einseitig definierten Bildes von Ungarn als einer christlichen Nation, zu fällen.[9] Mit der „Osterverfassung" hat Orbán Ungarn seiner Vision eines „illiberalen Staates" zumindest angenähert. Den neorechten, ethnisch orientierten Geist der Verfassung hat Orbán selbst 2012 in einer Rede im südungarischen Ópusztaszer in aller Klarheit zum Ausdruck gebracht. „Von dem Augenblick an, wo wir als Ungarn auf die Welt kommen, schließen unsere sieben Stämme den Blutbund, gründet unser heiliger Stephan den Staat."[10] Da Christentum und Nation als Einheit gedacht werden, ist für Orbán selbst die Priorität der ethnischen Gemeinschaft vor den Menschenrechten, ein Kernelement der neorechten Ideologie von de Benoist, kein Problem. Unter den Eliten Europas wird – so Orbán in einem Interview in der Schweizer „Weltwoche" – nur über „seichte und zweitrangigen Themen debattiert. Nette Sachen wir Menschenrechte, Fortschritt, Frieden, Offenheit, Toleranz. Wir sprechen nicht über Freiheit, wir sprechen nicht über das Christentum, wir sprechen nicht über die Nation, und wir sprechen nicht über den Stolz. Brutal gesagt: Was heute in der europäischen Öffentlichkeit dominiert, ist nur europäisch-liberales Blabla über nette, aber zweitrangige Themen."[11]

Wenn die Bewahrung der Homogenität des selbst definierten „Volkes" zur zentralen Agenda der Regierungspolitik aufrückt, muss der innergesellschaftliche Pluralismus zurückgedrängt werden.[12] Aus diesem Grund setzt die Fidesz-Regierung sämtliche Bereiche der Zivilgesellschaft, von den Medien, Kultureinrichtungen bis

9 J.-W. Müller, Wo Europa endet. Ungarn, Brüssel und das Schicksal der liberalen Demokratie, Berlin 2012, S. 28 f.

10 Zitiert nach G. Mayer, Umstrittene Blut-und-Boden-Rede Orbáns, in: Der Standard (4.10. 2012); online verfügbar: http://derstandard.at/1348284885395/ [Zugriff 15.11. 2017].

11 Das Interview findet sich in der „Weltwoche" (Nr. 46/Dez. 2015).

12 Dies ist der Kern von Jan-Werner Müllers Theorie des „Populismus"; vgl. dazu J.-M. Müller, Was ist Populismus? Ein Essay?, Berlin 2016.

hin zu NGOs und jüngst auch die Privatuniversitäten unter Druck. Wer Kritik an der Regierung äußert, setzt sich dem Verdacht der Volksfeindschaft aus. Die Idee eines illiberalen Staates auf christlicher Grundlage wendet sich daher nicht bloß gegen die Exzesse einer neoliberalen Globalisierung, sondern stellt auch die Idee der pluralen, auf der Idee der Menschenrechte gegründeten Demokratie in Frage.

Nicht zuletzt stellt Viktor Orbán wie de Benoist die Universalität der Menschenrechte in Frage. In der Rede in Kötcse vom 5. September 2015 stellt Orbán kontrastreich die „liberale Identität" der „nationalen und christlichen Identität" gegenüber.[13] Die liberale, d. h. menschenrechtsorientierte Politik habe die Welt in ein globales Dorf verwandelt, in dem der Westen allen Völkern in missionarischem Eifer die Idee der Menschenrechte – zuweilen gewaltsam – aufgezwungen habe. Wie bei de Benoist sind die Menschenrechte offenbar nur Teil eines bestimmten, nämlich des westlichen Kulturkreises. Da die Menschenrechte allen Menschen das Recht zusprechen, sich frei zu bewegen und sich an jedem Ort, wo es einem am besten erscheint, niederzulassen, dürfen wir uns nach Orbán nicht wundern, wenn in Krisenzeiten massenhaft Menschen an unserer Tür klopfen. Der liberale Kosmopolitismus gefährde daher den Wohlstand und die Selbstbehauptung Europas.

Der liberalen Idee einer globalen Verantwortungsethik stellt Orbán die christliche Identität entgegen, die sich an den Pflichtenkreisen orientiert. Wir sind nach Orbán zuerst für unsere Familienmitglieder verantwortlich, dann für die Mitglieder unseres Dorfes, unseres Landes – und zuletzt eventuell noch für andere („and then everyoneelse may come"). Der liberalen Ideologie sind nach Orbán nicht nur konservative Menschen, sondern auch christliche Kreise aufgesessen. Kirchliche Amtsträger hätten das christliche Gebot der Nächstenliebe, das bloß für den privaten Raum Geltung habe, illegitimerweise zu einem politischen Prinzip umfunktioniert.

Viktor Orbáns neorechte Verteidigung des „Christlichen Abendlandes" führt exemplarisch vor Augen, dass eine Synthese zwischen Christentum und neoechter Ideologie geradezu eine Pervertierung christlicher Moral vollzieht. Um die inneren Widersprüche einer neorechten Politik unter christlichen Vorzeichen präzise zu erfassen, bedarf es allerdings einiger Klärungen.

Die neorechte Kritik an den Menschenrechten stellt nicht nur Hegels These, dass die Französische Revolution auf dem ethischen Universalismus des Christentum aufbaue, in Frage, sondern diskreditiert auch christliche Denker wie Jacques Maritain, der in der Mitte des 20. Jahrhunderts, d. h. inmitten der Barbarei des Faschismus, auf der Basis eines christlichen Naturrechtsdenkens wichtige Grundlagen für eine plurale Demokratie und die UN-Deklaration über die Menschenrechte ge-

13 Eine englische Übersetzung ist auf der homepage der ungarischen Regierung zugänglich: www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/viktor-orban-s-speech-at-the-14th-kotcse-civil-picnic [Zugriff 15.11. 2017].

legt hat.[14] Die Würde der menschlichen Person transzendiert nach Maritain alle geschichtlichen, auf Abstammung gegründeten Gemeinschaften. Die normative Vorgängigkeit der Person stellt nach Maritain das relative Recht gewachsener Formen der Gemeinschaft keineswegs in Frage. Auch Maritain ist ein Kritiker eines Liberalismus im Sinne eines bindungslosen Individualismus. Wenn jedoch die ethnische Gemeinschaft über der Person steht, gibt es nach Maritain gegenüber dem politischen Totalitarismus kein Bollwerk mehr. Aus diesem Grund hat „das weltliche Denken" unter dem Einfluss des Christentums, wie Maritain im Sinn und zugleich im sachliche Widerspruch zu de Benoist weiter ausführt, erkannt, dass die antike „Bürgerfreundschaft" durch „eine stärkere, umfassendere Liebe, eben die brüderliche Liebe" ergänzt werden muss, damit sie in „eine Brüderlichkeit" übergehen kann, die „über die Grenzen der Gesellschaftsgruppe hinausschreitet und sich über das ganze Menschengeschlecht ausweitet."[15]

Die von Orbán attackierte „liberale Identität", die den Menschen eine kosmopolitische Verantwortungsethik zumutet, ist geschichtlich betrachtet eine christliche Idee, die sich zwar in dieser Form noch nicht in der Bibel findet, jedoch am Beginn der Neuzeit von der christlichen Philosophie, genauer von der „Schule von Salamanca", entwickelt worden ist. Im biblischen Samaritergleichnis geht es um die Hilfe gegenüber den uns jeweils begegnenden Notleidenden unabhängig von religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit. Der Samariter fühlt sich tatsächlich noch nicht für die gesamte Menschheit mitverantwortlich. Dies ändert sich jedoch im 16. Jahrhundert. Unter dem Eindruck der Gewaltexzesse in der Neuen Welt entwirft Francisco de Vitoria eine Theorie des Völkerrechts, die exakt jene Elemente enthält, die Orbán in nationalistischer Verblendung als liberale Ideologie brandmarkt, nämlich ein globales Reise-, Handels-, Niederlassungs- und Einbürgerungsrecht. Darüber hinaus weitet Vitoria den Horizont moralischer Verantwortung auf die gesamte Menschheit aus. In welchem Winkel der Erde auch immer Menschen ungerechterweise massenhaft zu Tode kommen, sind wir zur Hilfestellung verpflichtet.[16] Die derzeit geltenden internationalen Konventionen zum Asyl- und Fremdenrecht sind de facto eine Einschränkung gegenüber Vitorias Vision einer neuen Weltgesellschaft.

Die Lehre von den Pflichtenkreisen, die Orbán dem „liberalen Kosmopolitismus" entgegengestellt, ist hingegen eine heidnische Lehre, die sich sowohl bei Cicero als auch beim Konfuzianer Menzius findet. Die Lehre von den Pflichtenkreisen widerspricht nicht dem ethischen Uni-

14 Vgl. dazu J. Maritain, Christlicher Humanismus. Politische und geistige Fragen einer neuen Christenheit, Heidelberg 1950 (Erstausgabe in Spanisch 1934); ders., Die Menschenrechte und das natürliche Gesetz, Bonn 1951 (französische Erstausgabe 1942).

15 J. Maritain, Christentum und Demokratie, Augsburg 1949, S. 49.

16 Vgl. dazu H. Schelkshorn, Entgrenzungen. Ein europäischer Beitrag zum Diskurs über die Moderne, Weilerswist 2009, S. 205–298.

versalismus, sondern einem moralischen Egalitarismus, wonach Familienangehörige und Fremde in jeder Hinsicht gleich zu behandeln wären. Die Lehre von den Pflichtenkreisen plädiert stattdessen für eine schrittweise Ausweitung moralischer Verantwortung, die bei der Familie einsetzt, jedoch, wie die christliche Theologie und auch Menzius fordern, letztlich die gesamte Menschheit umfassen muss.

Das von Orbán angesprochene Verhältnis zwischen christlicher Moral und Politik ist ein äußerst komplexes Problem, das in diesem Zusammenhang nicht systematisch behandelt werden kann. Zumindest ein Hinweis sei hier gestattet: Das biblische Gebot der Nächstenliebe richtet sich tatsächlich zunächst an Christ(inn)en in ihrem alltäglichen, privaten Leben. Aus der christlichen agape, die zugleich eine göttliche Gabe ist, können nicht unmittelbar, d. h. ohne sorgfältige Abwägung aller Umstände, politische Prinzipien oder gar Lösungen für die aktuelle Flüchtlingsfrage abgeleitet werden. Auch und gerade in einer christlich inspirierten Verantwortungsethik sind selbstverständlich auch die Kapazitätsgrenzen der Staaten, die Asylsuchende aufnehmen, zu berücksichtigen. In der Suche nach einer humanen Asyl- und Migrationspolitik darf allerdings eine christlich orientierte politische Ethik nicht in eine ethnische Ideologie zurückzufallen, sondern wird in den säkularen Menschenrechtskonventionen zentrale Gehalte ihrer eigenen Moral wiedererkennen und weiterentwickeln. Wer wie Viktor Orbán durch die Verfassung einen christlichen Staat aufbaut, sollte christlichen Menschenrechtsgruppen nicht vorwerfen, den Unterschied zwischen privater und politischer Ethik nicht begriffen zu haben.

Schlussbemerkung

Auf den christlichen Kirchen lastet noch heute das schwere Erbe der Allianzen mit den faschistischen Systemen des 20. Jahrhunderts. Die Neue Rechte stellt das Christentum erneut vor eine historische Herausforderung, in der nicht weniger als der universalistische Kern christlicher Moral auf dem Spiel steht. Darüber hinaus stellen die neorechten Verteidiger des „Christlichen Abendlandes“ paradoxerweise die zentralen Errungenschaften europäischer Kultur, nämlich rechtsstaatliche Demokratie und Menschenrechte, in Frage. Die Antwort auf den politischen Islam kann jedoch nicht in einer völkischen Ideologie und einem christlichen Autoritarismus bestehen, die die späte Versöhnung zwischen Christentum und Demokratie desavouieren.

Die breite Resonanz neorechter Ideologien in evangelikalen und konservativ-katholischen Kreisen, die in den letzten Jahrzehnten vor unser aller Augen langsam und kontinuierlich gewachsen ist, muss konfessionsübergreifend zum Thema eines ernsthaften innerchristlichen Disputs gemacht werden. Die schonungslose Kritik an eigenen antidemokratischer Traditionen ist heute eine der zentralen Aufgabe in der je neu zu leistenden Selbstaufklärung des Christentums, die nicht länger durch falsche Rücksichten aufgeschoben

werden darf. Denn unheilige Allianzen mit neorechten Bewegungen werden – dies kann schon jetzt mit Sicherheit gesagt werden – die Glaubwürdigkeit des Christentums in Europa auf Jahrzehnte hin beschädigen.

In einer Rede vor den Dominikanern in Paris rief Albert Camus 1946 die Christ(inn)en auf, ihre Bündnisse mit dem Faschismus zu beenden und sich am Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, einer „Civitas des Dialogs", zu beteiligen.[17] Im Kampf gegen antidemokratische Mächte dürfe sich nach Camus das Christentum nicht länger „die Tugend der Auflehnung und der Empörung … die ihm vor langer Zeit eigen war"[18], entreißen lassen, um nicht noch einmal „der vervielfachten Hinopferung des Sokrates beizuwohnen".[19]

Durch den Aufstieg der Neuen Rechten hat Albert Camus' Appell an die Christ(inn)en eine neue Aktualität gewonnen. Die lateinamerikanischen Theologien der Befreiung haben bereits vor Jahrzehnten die christlichen Quellen prophetischer Kritik neu erschlossen. Vor diesem Hintergrund ist es wohl kein Zufall, sondern eher ein bemerkenswertes „Geschichtszeichen", dass Franziskus, d.h. der erste Papst aus Lateinamerika, die europäische Christenheit an die menschenrechtlichen Grundlagen der europäischen Demokratie und an den Kerngehalt der christlichen Moral erinnern muss. ■

17 A. Camus, Der Ungläubige und die Christen, in: Ders., Fragen der Zeit, Reinbek bei Hamburg 1997, S. 65–70. Vgl. dazu H. Schelkshorn, Albert Camus' Appell an die Christen, in: Ders. / F. Wolfram / R. Langthaler (Hg.), Religion in der globalen Moderne. Philosophische Erkundungen, Wien 2014, S. 193–215.

18 A. Camus, Der Ungläubige und die Christen, S. 70.

19 Ebd., S. 69.

Die Normalisierung von Ausgrenzung

Seit der „schwarz-blauen“ Regierung des Jahres 2000 in Österreich wurde eine rechtspopulistische Rhetorik der Sündenböcke, Opfer-Täter-Umkehr, ideologischen Codierungen, Verharmlosungen und des Lancierens von Verschwörungstheorien in Europa auch auf Regierungsebene akzeptabel. Die Normalisierung rechtspopulistischer Politik beruht auch auf einer diskursiven Konstruktion und Verstärkung von Ängsten. Dagegen sind positive Werte zu setzen.

Von **Ruth Wodak**[1]

Der „faustische“ Pakt – Bruch von Nachkriegs-Tabus

Immer wieder zieht und zog Österreich internationale Aufmerksamkeit auf sich: So beispielsweise am 3. Oktober 1999, als die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 27,2 % der Stimmen gewann – nach einem

1 Der folgende Beitrag wurde zuerst publiziert in: Thomas Köhler / Christian Mertens (Hg.), Manifest. Zu Österreichs Dritter Republik. Sonderband 1 des Jahrbuchs für politische Beratung (Wien 2017), S. 84–102. Der Wiederabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung von: Autorin, Herausgebern und Proverbis Verlag. Stand der politischen Entwicklung: Herbst 2016.

Dieser Text beruht zum Teil auf meinem Buch „Zur Politik mit der Angst“ (Hamburg 2016).

Wahlkampf, der sich unverhohlen und ausdrücklich um rassistische Parolen gegen Ausländer gedreht hatte. Und so auch am 24. April 2016, als der freiheitliche Kandidat für die Bundespräsidentschaftswahl, Norbert Hofer, in der ersten Runde über 35 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Und wiederum am 1. Juli 2016, als der Verfassungsgerichtshof der Wahlanfechtung der Präsidentschaftswahl durch die FPÖ recht gab. Die zweite Runde der zweiten Runde findet nun (nach weiteren Verzögerungen aufgrund ungültiger Wahlkartenkuverts) am 4. Dezember 2016 statt, sicherlich unter massiver Beobachtung in- und ausländischer Medien. Handelt es sich jeweils um ein Déjà vu? Ein kurzer historischer Rückblick bietet sich an, um den Erfolg rechtspopulistischer Parteien und Kandidaten in vielen Ländern der Europäischen Union besser zu verstehen:

Während des Wahlkampfs 1999 schienen sowohl die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) als auch die Österreichische Volkspartei (ÖVP) – beide hatten bis Oktober 1999 eine Große Koalition gebildet – wie gelähmt. Die Schlagzeile der „Neuen Kronenzeitung" (im Verhältnis zur Bevölkerungszahl das meistgelesene Boulevardblatt der Welt) hatte Haiders Sieg schon vier Tage vor der Wahl gefeiert. Zunächst galt dies als rein „österreichisches Phänomen", ähnlich wie andere Skandale, die das Land weltweit in die Schlagzeilen brachten, wie die berüchtigte „Waldheim-Affäre" 1986.[2] Sowohl diese als auch Haiders Erfolg wurden darauf zurückgeführt, dass Österreich seine Nazi-Vergangenheit nicht ausreichend überwunden hätte: Österreich lebe noch immer „gemütlich" mit seiner „Lebenslüge", dass es das erste Opfer der Nazi-Aggression gewesen sei und dass Hitler und seine SS-Schergen allein verantwortlich seien für die Gräueltaten der Nazis.

Am 4. Februar 2000 bildete Haiders Partei eine Koalition mit der ÖVP. Vorangegangen waren einige Monate der Verhandlungen zwischen der SPÖ – sie hatte die Wahlen vom 1. Oktober 1999 eigentlich gewonnen – und der ÖVP. Diese war Dritte geworden, hinter der FPÖ. Die damals 14 anderen EU-Mitgliedsstaaten waren sehr besorgt, weil ein *wichtiges Tabu Nachkriegseuropas zum ersten Mal gebrochen wurde:* niemals eine rechtsextreme Partei in die Regierung zu holen, eine Partei, die sich nicht klar von der Ideologie (und der Rhetorik) der Nazi-Zeit distanzierte und diesen ambivalent gegenüberstand. Gegen die „schwarz-blaue" Regierung (benannt nach den Parteifarben), wurden daher Sanktionen beschlossen, die rasch – fälschlich verallgemeinert – als gegen alle Österreicher und gegen Österreich selbst gerichtet umgedeutet wurden. In Österreich folgte ein Rückfall in den Chauvinismus, der von fast allen Medien und dem gesamten politischen System des Landes mitgetragen wurde. Schließlich wurden die Sanktionen nach langen Konsultationen aufgehoben. Eine Untersuchungskommission, genannt die „Drei Weisen", kam zu dem Schluss, dass sich Österreich

2 Vgl. Ruth WODAK et al., „Wir sind alle unschuldige Täter!" – Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus (Frankfurt am Main 1990).

nach wie vor an alle EU-Verträge hielt und ein demokratisches Land geblieben war.[3]

Das Ergebnis dieser Ereignisse und der Entwicklungen seit 2000 war eine graduelle *Normalisierung* zuvor tabuisierter rassistischer, xenophober und antisemitischer Rhetorik und auch ausgrenzender Gesetzgebung in Österreich und parallel dazu ähnlicher Entwicklungen in ganz Europa. Dies zeigte sich in einer Reihe von expliziten und kodierten Äußerungen in der Öffentlichkeit. *Haider war also ein Präzedenzfall: Sein Aufstieg markiert die Schwelle, an der rechtspopulistische Parteien für Regierungsbeteiligungen in EU-Mitgliedsstaaten akzeptabel wurden.* Auch wenn Analogien nie ganz zutreffen, ermöglichen uns diese Erfahrungen aus der rezenten Vergangenheit doch, Einiges von den Entwicklungen zu verstehen, mit denen wir seither konfrontiert wurden und werden.

Die „Grammatik“ des Rechtspopulismus

Die FPÖ im Jahr 2000 wies schon viele Merkmale dessen auf, was bald als *Haiderisierung Europas* bezeichnet werden sollte: Eine rechtspopulistische Partei vertritt eine Ideologie, die aus revisionistischer Geschichtsschreibung, nativistisch-chauvinistischer Konstruktion einer deutschen Kulturnation, einwanderungsfeindlicher, islamophober und – meist kodierter – antisemitischer Rhetorik besteht sowie einer Inszenierung von Politik, die bald die Grenzen zwischen Unterhaltung und ernsthafter Politik verwischen würde – zwischen Fiktionalisierung von Politik und Politisierung von Fiktion.[4] Im Kampf aller gegen alle um Stimmen verfolgen die meisten rechtspopulistischen Parteien gleichzeitig mehrere Strategien, je nach Zielgruppe und politischem Kontext. Zwei Strategien sind besonders auffallend:

- Alle rechtspopulistischen Parteien instrumentalisieren eine ethnische / religiöse / sprachliche / politische Minderheit als *Sündenbock* für die meisten – wenn nicht alle – aktuellen Sorgen und Probleme. Sie stellen die jeweilige Gruppe als gefährlich dar, als Bedrohung „für uns“, für „unsere“ Nation. Dieses Phänomen manifestiert sich als „Politik mit der Angst“. Die jeweiligen Parteien (und deren Obleute) stilisieren sich in diesem Zusammenhang – in einem nächsten Schritt – als die Retter „des Volkes“ und des „kleinen Mannes / der kleinen Frau“ aus der eben konstruierten Not.
- Alle rechtspopulistischen Parteien pflegen eine – wie ich dies bezeichne – „Arroganz der Ignoranz“.[5] Appelle an gesunden Menschenverstand und Anti-Intellektualismus markieren eine Rückkehr zu vormodernistischem Denken, also vor der Aufklärung.

3 Zu den Einzelheiten vgl. ds., Politik mit der Angst – Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse (Hamburg 2016), S. 199 ff.

4 S. ds., The glocalization of politics in television – Fiction or reality? In: European Journal of Cultural Studies 13 (2010), H. 1, S. 1–20 sowie ds., The Discourse of Politics in Action – Politics as Usual. 2nd edition (Basingstoke 2011).

5 Ds., Politik mit der Angst, S. 15.

Konstruktion von Sündenböcken, Opfer-Täter-Umkehr, Verharmlosung und Leugnung wie auch das Lancieren von Verschwörungstheorien waren – das konnte bei vielen Gelegenheiten beobachtet werden – unter den häufigsten *diskursiven Strategien*, die dazu dienten, Wähler und Wählerinnen, Zuhörer oder Zuschauer von „notwendigen" politischen Maßnahmen zu überzeugen. Dazu gehörte die Beschränkung von Einwanderung und die Rechtfertigung solcher Restriktionen, die oft genug demokratischen Traditionen und Werten vieler Nationalstaaten widersprach. Natürlich konnte die sprachliche Realisierung variieren, je nach Genre und Politikbereich: Je anonymer das Genre und die Öffentlichkeit, desto expliziter wird die ausgrenzende Rhetorik. Je formeller die Situation, desto eher werden solche Vorurteile und Stereotype in eine positive Selbstdarstellung eingebettet, mit impliziten oder kodierten Elementen und Klauseln (Präsuppositionen [Vorausannahmen], Anspielungen, Folgerungen, usw.) und von Disclaimers eingeleitet. Außerdem muss der *Kontext jeder Äußerung* einbezogen werden, um seine ausgrenzende Bedeutung und Wirkung (die illokutive und perlokutive Kraft) zu verstehen. Beim Verfolgen dieser Entwicklungen hat sich ein für alle Mal gezeigt, dass *Form und Inhalt von Äußerungen (geschrieben, mündlich oder visuell) gleichzeitig analysiert werden müssen,* weil Bedeutungen immer über Form *und* Inhalt transportiert werden. Erst im Gebrauch, in spezifischen sozio-politischen, historischen und lokalen Kontexten gewinnen Äußerungen ihre Bedeutung.[6]

Über eine detaillierte, qualitative und quantitative Analyse des Diskurses und der Texte erfahren wir Informationen über die immanenten Ideologien und Einstellungen. Diskurse sind sowohl thematisch (durch Bezug auf ein Makrothema), multiperspektivisch (d. h. dialogisch-argumentativ) wie auch von der Textsorte, dem Genre, stark bestimmt und werden in einzelnen Texten realisiert. Jeder Text bezieht sich immer auf andere Texte, diachron und synchron gesehen. An dieser Stelle würde es natürlich zu weit führen, alle linguistischen Kategorien im Einzelnen anzuführen bzw. auch die Grammatiktheorien, die solchen Kategorien zugrunde liegen, zu präsentieren.[7] Ein einziges wesentliches Element sei hervorgehoben: bestimmte Argumentationsschemata (Topos, Topoi), die an den Common Sense der einzelnen Personen appellieren:[8]

Topoi dienen vor allem dazu, die jeweilige (positive oder negative) Charakterisierung von spezifischen Personen bzw. Gruppen von Personen zu rechtfertigen und zu legitimieren. Als Topoi bezeichnen wir inhaltsbezogene

6 Vgl. Ludwig WITTGENSTEIN, Philosophische Untersuchungen (Frankfurt 1967).

7 Vgl. Martin REISIGL / Ruth WODAK, Discourse and Discrimination – Rhetorics of Racism and Antisemitism (London 2001) sowie ds., The discourse-historical approach (DHA). In: Ruth WODAK / Michael MEYER, Methods of Critical Discourse Analysis. 2nd edition (London 2009), S. 87–121.

8 Manfred KIENPOINTNER, Plausible and fallacious strategies to silence one's opponent. In: Frans H. VAN EEMEREN (Hg.), Examining Argumentation in Context – Fifteen Studies on Strategic Manoeuvring (Amsterdam 2009), S. 61–75.

Schlussfolgerungsregeln, die ein oder mehrere Argumente mit der Schlussfolgerung verknüpfen (obligatorische explizite oder erschließbare Prämissen im Rahmen der Argumentation).[9]

Bei der Analyse von rechtspopulistischer Rhetorik kommen vor allem folgende Topoi im Zuge der Rechtfertigung bestimmter politischer Maßnahmen zur Geltung, ohne jeweils ausführliche Begründungen oder Beweise liefern zu müssen (Tabelle):[10]

Wichtige Topoi im rechtspopulistischen Diskurs	
Topos	**Beschreibung**
Topos des Volkes	Wenn das Volk eine Handlung will/nicht will, dann soll diese Handlung erfolgen/nicht erfolgen.
Topos von Recht und Ordnung	Wenn ich/wir die Macht haben, dann garantiere/n ich/wir für Recht und Ordnung
Kulturtopos	Weil die Kultur einer bestimmten Gruppe von Leuten ist, wie sie ist, entstehen spezifische Probleme in spezifischen Situationen.
Belastungstopos	Wenn eine Person, eine Institution oder ein „Land“ durch spezifische Probleme belastet wird, dann sollten Maßnahmen ergriffen werden, um diese Belastung zu verringern.
Topos der Gefahr – Bedrohungstopos	Wenn eine Gefahr besteht oder naht, dann muss man sich wehren und ihre Ursachen bekämpfen.
Topos des Retters	Wenn ein „Volk“, ein „Land“ oder eine Institution in Not ist, dann wird eine bestimmte Person auftauchen und dieses „Volk“, „Land“ oder diese Institution retten.
Topos der demokratischen Mitbestimmung	Wenn ich/wir die Macht haben, dann wird das Volk demokratisch mitbestimmen.
Nutzen-Topos	Wenn eine bestimmte Handlung aus einer spezifischen Sicht als nützlich erscheint, dann sollte sie durchgeführt werden.
Geschichts-Topos	Wenn eine Handlung in der Vergangenheit einer Person oder einem „Land“ gedient/geschadet hat, dann wird es sich in der Gegenwart oder Zukunft ähnlich verhalten.

9 Vgl. Martin REISIGL, Zur kommunikativen Dimension des Rechtpopulismus. In: Sir Peter Ustinov Institut (Hg.), Populismus – Herausforderung oder Gefahr für eine Demokratie? (Wien 2012), S. 141–162; Ds., Argumentation analysis and the discourse-historical approach – A methodological framework. In: Christopher HART/Piotr CAP (Hg.), Contemporary Critical Discourse Studies (London 2014), S. 67–96; Ruth WODAK, The Politics of Fear – What Rightwing Populist Discourses Mean (London 2015).

10 Ds., „Normalisierung nach rechts“ – Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und kritischer Öffentlichkeit. In: Linguistik Online 73 (2015), Nr. 4 (http://dx.doi.org/10.13092/lo.73.2191; abgerufen am 11.08.2016).

Mainstreaming und Normalisierung

Heute ist der Rechtspopulismus mit allen seinen Varianten in vielen europäischen Ländern eine politische Kraft des Mainstreams geworden, d. h. das Wählerpotenzial liegt bei oder über 20 % und erfasst alle sozialen Schichten. Daher müssen die jeweiligen Maßnahmen und Strategien, Ideologien und Programme ernst genommen, analysiert, interpretiert und erklärt werden. Es geht darum, die Wahlerfolge solcher Parteien nachzuvollziehen und zu verstehen, warum sie für so viele junge und alte, männliche und weibliche Wähler in manchen nationalen Kontexten attraktiv sind und in anderen nicht.

Im Jahr 1992 führten große Proteste gegen Haiders Anti-Einwanderungs-Vorschläge zu einer der größten Nachkriegsdemonstrationen – dem sogenannten „Lichtermeer" – gegen eine solche ausgrenzende und rassistische Politik. Bis 2014 wurden jedoch viele Vorschläge des Volksbegehrens „Österreich zuerst" aus dem Jahr 1993 bereits umgesetzt und legalisiert, sie sind integraler Teil der österreichischen Politik geworden. Die vielen Mauern und Stacheldrahtzäune, die seit 2010 gegen die angebliche Bedrohung durch Migranten und Flüchtlinge (in Griechenland, Bulgarien, Ungarn und Spanien) und seit 2015/2016 auch in Österreich und Ungarn errichtet wurden, manifestieren eine traditionelle Politik der Ausgrenzung unter neuen Vorzeichen: Die „postmodernen Fremden" müssen ferngehalten werden.[11] Ausgrenzung ist nun in Stein gemeißelt. Die „Fremden innerhalb" tragen die Grenzen in sich, sie verkörpern sie, haben diese internalisiert.[12] Die Fremden müssen Sprachtests (schon vor Grenzübertritt) und Staatsbürgerschaftstests absolvieren, Arbeitserlaubnisse beantragen, sich vielen Regeln anpassen, also assimilieren.[13] Und sie erfahren Tag für Tag ausgrenzende Praxen, sowohl explizit wie subkutan. Auf diese Weise wurden Grenzen immer wieder aktiviert, sodass nur ausgewählte Individuen passieren können, während andere außerhalb warten müssen oder erst gar nicht hereindürfen:

„Unterschiedlich verstanden, entweder als geografische Bezeichnung für die Abgrenzung von Territorien, als politischer Ausdruck nationaler Souveränität, als juristischer Wegweiser für die Staatsbürgerschaft und als ideologisches Bild für Inklusion und Exklusion, zirkuliert die Grenze als robuste räumliche Metapher in der öffentlichen Umgangssprache."[14]

Viele Faktoren sind an dem Erfolg rechtspopulistischer Parteien beteiligt. Diese Faktoren werden von lokalen und globalen Entwicklungen beeinflusst: durch nationale Traditionen und histo-

11 Zygmunt BAUMAN, *Europe of Strangers* (http://docs.google.com/viewer?url=www.transcomm.ox.ac.uk/working%20papers/bauman.pdf; abgerufen am 11.08.2016).

12 Vgl. Georg SIMMEL, The Sociology of Georg Simmel (New York 1950).

13 Vgl. Michał KRZYŻANOWSKI / Ruth WODAK, Politics of Exclusion – Debating Migration in Austria (New Brunswick, NJ 2009).

14 Robert D. DECHAINE (Hg.), Border Rhetorics: Citizenship and Identity on the US–Mexican Frontier (Tuscaloosa, AL 2012), S. 1.

rische Narrative, durch die globale Finanzkrise und die damit verbundene neoliberale Sparpolitik, die zu steigenden Arbeitslosenzahlen in vielen Ländern Europas geführt hat, durch den Wunsch, den Wohlfahrtsstaat „für uns“ zu schützen („Wohlfahrts-Chauvinismus“), durch enorme Armut in den „Entwicklungsländern“ und die dadurch ausgelöste Migration, durch die Entwicklungen des „Arabischen Frühlings“ und das Entstehen neuer fundamentalistischer religiöser Bewegungen, durch die Einführung von immer mehr Sicherheitsmaßnahmen seit 9/11, und letztlich durch große Fluchtbewegungen aufgrund immer neuer Kriege und Krisenherde und so weiter. Und natürlich durch die Enttäuschung vieler Bürger und Bürgerinnen über die Disfunktionalität traditioneller Politik, der man nicht mehr zutraut, neuen Risiken und Gefahren für unsere Gesellschaft angemessen zu begegnen. Unzufriedenheit, Verärgerung, ja sogar Wut der Wähler und Wählerinnen sind die Folge. Neue, medienversierte Führerpersönlichkeiten instrumentalisieren nun diese Enttäuschung in Text, Bild und Reden, durch eine Politik mit der Angst.

Durch die Finanzkrise von 2008 sind die Wähler und Wählerinnen sowohl in Geber- wie in Schuldnerländern zutiefst desillusioniert gegenüber Forderungen aus der EU, meint der britisch-polnische Politikwissenschaftler Jan Zielonka: „In der EU dominieren Technokraten die politischen Entscheidungen und Populisten die Politik.“[15] Frustration und EU-Skepsis stärken links- wie rechtspopulistische Bewegungen, die ansonsten ideologisch weit voneinander entfernt liegen: So treten die linkspopulistische griechische SYRIZA, die spanische Podemos-Bewegung, die rechtspopulistische österreichische FPÖ, die britische UKIP und die niederländische Freiheitspartei alle dafür ein – aus unterschiedlichen Gründen und mit unterschiedlichen Argumenten –, „Brüssel“ Macht wegzunehmen und sie „nach Hause zu bringen“.

Überall ist man also mit *Renationalisierungstendenzen* konfrontiert; diese manifestieren sich in neuen Grenzen, neuen Mauern, die in ganz Europa aufgebaut werden, um die traditionellen Nationalstaaten zu schützen: eine „Festung Europa“, in Zeiten, in denen globalisierte Medien und neue Kommunikationsformen eine beispiellose Geschwindigkeit der Nachrichtenübermittlung ermöglichen. Parolen fordern eine Rückkehr zu einem homogenen Nationalstaat, zu Muttersprache und konservativen Familienwerten, die „reine“ christliche weiße Menschen, „echte“ Österreicher, Finnen, Ungarn oder Dänen betonen. Solche Parolen erscheinen überall als Antworten auf die vielen – irrealen oder realen – Ängste und Befürchtungen. Die Antworten rechtspopulistischer Parteien orientieren sich an nostalgischen Vorstellungen, klammern sich an engstirnige, chauvinistische und traditionelle Werte und ver-

15 Jan ZIELONKA, Elusive solidarity. In: Journal of Democracy 23 (2012), H. 4, S. 54–61.

suchen derart, das Rad der Geschichte und der sozialen Entwicklungen zurückzudrehen.

Die US-amerikanische Ethnologin Jean Comaroff hebt drei Punkte hervor, die in Bezug auf rechtspopulistische Programme wichtig sind: „Erstens, dass ein gewisser Populismus für alle [sozialen] Bewegungen erforderlich ist, die sich gegen das Establishment wenden, früher wie heute, progressiv oder konservativ. Zweitens, dass er niemals ausreicht, um eine nachhaltige, politisch konstruktive Mobilisierung voranzutreiben. Und drittens, dass der Populismus der Moderne auch unter diesen Voraussetzungen anscheinend besondere und besonders beunruhigende Eigenschaften angenommen hat."[16]

Jetzt können wir uns allerdings die Frage stellen: Was passiert nun, da die rechtspopulistischen Bewegungen tatsächlich dabei sind, Teil des Establishments zu werden? Bis heute gibt es nur wenige Beispiele für Regierungskoalitionen (in Österreich, Italien, der Schweiz, Norwegen und den Niederlanden) oder für Unterstützung der Regierungen (in Dänemark). Klar vorhersehbare Muster sind noch nicht erkennbar. Die Koalitionsregierung von ÖVP und FPÖ in Österreich hat bei den Wahlen 2006 ihre Mehrheit verloren, und die FPÖ verlor viele Stimmen aufgrund ihrer allgemein als unzulänglich beurteilten Regierungsarbeit. Doch unter Heinz-Christian Strache erhielt die Partei wieder neuen Zulauf und steht 2016 in den Meinungsumfragen bei über 30 %.

Die andauernde Oppositionshaltung war offensichtlich nicht erfolgreich, sobald die FPÖ mit dem schwierigen „Job" des Regierens konfrontiert wurde. Rechtspopulistische Parteien sind in der Opposition wesentlich erfolgreicher. In Dänemark allerdings hielt sich die Dansk Folkeparti zehn Jahre lang an der Macht. Das Programm, die Vorteile des Wohlfahrtsstaates für das „dänische Volk" zu schützen und zu bewahren, scheint auch während der Regierungsbeteiligung auf positive Resonanz gestoßen zu sein. Das Gleiche gilt für die Schweiz, wo die Schweizer Volkspartei weiterhin starke Unterstützung besitzt. Sogar in Ländern, in denen rechtspopulistische Parteien bisher von der Regierung ausgeschlossen waren, wie in Frankreich oder Großbritannien, setzen die Mitte-rechts- und Mitte-links-Parteien präventiv auf rechte Politik im (eher verzweifelten) Versuch, ihre Wähler bei der Stange zu halten. Die Erfahrung zeigt, dass diese Strategie, die zuvor schon in vielen Ländern (einschließlich Österreich) getestet wurde, zum Scheitern verurteilt ist, weil die Wähler und Wählerinnen dazu neigen, jene Partei zu wählen, die traditionell für eine bestimmte Politik steht, anstelle von Parteien, die opportunistisch und halbherzig versuchen, auf den fahrenden Zug aufzuspringen.

Zu den Folgen der *Normalisierung rechtspopulistischer Politik* gehört, dass sich fast das gesamte politische Spekt-

16 Jean COMAROFF, Populism and late liberalism – A special affinity? In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 637/2011, S. 99–111, hier S. 103.

rum nach rechts verschiebt. Ausgrenzende Politik wird wirksam gefördert und umgesetzt, Gesellschaften mit einer starken Oppositionspartei polarisieren sich (zum Beispiel Griechenland). Hoffnungen, der Erfolg rechtspopulistischer Parteien könnte neue konstruktive Alternativen beflügeln und die Mainstream-Parteien aus ihrer Lähmung aufwecken, haben sich bisher nicht erfüllt.

Nativistische Körperpolitik – Ost und West

In den Grundsatzerklärungen rechtspopulistischer Parteien herrscht ein *nativistischer Nationalismus* vor: der Wunsch, eine homogene weiße christliche Bevölkerung innerhalb der Grenzen des traditionellen Nationalstaates zu etablieren, in dem alle dieselbe Sprache sprechen – die Muttersprache. In einigen dieser Parteien tritt auch eine faschistische „Blut und Boden"-Rhetorik zutage, verbunden mit einer Metaphorik von „Fremden" als „Parasiten", „Krankheit" oder „Leiden". Oft wird derart auf faschistische und nationalsozialistische Ideologeme und Traditionen zurückgegriffen, auf umgeschriebene Gründungsmythen von verlorener Macht und verlorenen Territorien.

Bei dieser nativistischen Körper- und Grenzpolitik sind allerdings gewichtige Unterschiede zwischen rechtsgerichteten politischen Parteien in *Ost- und Westeuropa* festzustellen. Aufgrund der kommunistischen Vergangenheit der osteuropäischen Länder muss die aktuelle Politik mit einem ganz anderen Vermächtnis umgehen als in Westeuropa.[17] Ungarn, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Bulgarien, die Ukraine, Russland und die baltischen Staaten haben mehr als das Trauma des Zweiten Weltkriegs zu bewältigen, also Besetzung durch Nazi-Deutschland (Tschechoslowakei, Polen und Bulgarien), faschistische Regierungen (wie Ungarn und Rumänien) oder Kollaboration mit Nazi-Deutschland in vielerlei Hinsicht (Ukraine). Sie waren zudem bis 1989 Teil des Ostblocks, des Warschauer Pakts. So sind mindestens zwei totalitäre Vergangenheiten in das kollektive Gedächtnis eingeflossen: einerseits der Zweite Weltkrieg, andererseits die Ära des Sowjet-Kommunismus sowie verschiedene Formen von Widerstand.

Die Umwälzungen des Jahres 1989 hatten demnach zur Folge, dass Nationalstaaten und nationale Identitäten, die lange als „verloren" gegolten hatten oder die es nie wirklich gegeben hatte, neu erfunden werden mussten. *Auschwitz* war das Wichtigste, was man über den Zweiten Weltkrieg wissen musste – allerdings nur für den Westen. Im Osten hatte die Beschäftigung mit dem Holocaust der Juden disruptive Folgen. Die Schrecken und Opfer des Zweiten Weltkriegs kamen in Schulbüchern und Gedenkstätten selbstverständlich vor, aber die Juden waren nicht Teil dieser Geschichte.[18] In Osteuropa prägen noch immer große

17 Vgl. Tony JUDT, The problem of evil in postwar Europe. In: New York Review of Books, 14.02.2008.

18 Ds., Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart (Frankfurt am Main 2012), S. 821 f.

Widersprüche die Erinnerungskultur: Soll man der ungarischen Revolution von 1956 gedenken, des Prager Frühlings 1968 oder des Falls der Berliner Mauer? Judt fasst dieses gewaltige Paradox sehr pointiert zusammen:

„Vor 1989 bekam jeder Antikommunist den ‚faschistischen' Stempel aufgedrückt. Doch wenn ‚Antifaschismus' einfach eine andere kommunistische Lüge gewesen war, lag jetzt eine große Versuchung darin, in der Rückschau mit Sympathie oder sogar Wohlwollen auf alle bislang diskreditierten Antikommunisten zurückzublicken, also auch auf die Faschisten. […] Noch vor kurzem als Nationalisten, Faschisten, und Nazikollaborateure verschrien, errichtet man ihnen jetzt Denkmäler, um ihren Heldenmut während des Krieges zu ehren."[19]

Abgesehen von Vergangenheits- und Identitätspolitik, bringt der Übergang zu einer kapitalistischen Wirtschaft neue Gewinner und Verlierer hervor. Viele wollen so schnell wie möglich ein echter und akzeptierter Teil „des Westens" werden, andere wollen neutral bleiben, und wieder andere sehnen sich nostalgisch nach einer „besseren Vergangenheit". Die signifikant unterschiedlichen Erfahrungen in West- und Osteuropa können die verschiedenen politischen Entwicklungen und die unterschiedlichen Arten rechtspopulistischer Bewegungen und ihrer Programme zumindest teilweise erklären: unterschiedliche Wählergruppen, unterschiedliche Geschlechterpolitik, unterschiedliche Sündenböcke – Muslime und Migranten in Westeuropa, Juden und Roma in Osteuropa. Wir müssen uns daher von der Vorstellung verabschieden, es gäbe eine allgemeingültige Erklärung für Aufstieg und Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien.[20] Geschichte, kollektive Erinnerungen und Erfahrungen wie auch verschiedene Identitätsnarrative formen eine Reihe von komplexen Ideologien.

Die Politik mit der Angst

Die Vorsitzenden der rechtspopulistischen Parteien haben in den letzten Jahren auch ihr Aussehen und ihr Auftreten verändert – von „Schlägertypen" zu gut ausgebildeten und gut gekleideten Demagogen, die nach außen hin einen „weichen", fürsorglichen und verantwortungsbewussten Politiker verkörpern. Eine *Politik der Leugnung* dominiert – Befürworter solcher Parteien leugnen sicherlich alle, dass sie rassistische oder antisemitische Überzeugungen billigen. Derartige Parteien geben sich vor allem patriotisch, sie versprechen, das „Volk" vor der Globalisierung, vor Migrationströmen und anderen (häufig vorgeblichen) Gefahren zu schützen. Gegen alle neuen Entwicklungen wird eine Politik mit der Angst akti-

19 Ebenda, S. 824.

20 S. auch Jens RYDGREN, The sociology of the radical right. In: Annual Review Sociology 33 (2007), S. 241–262; Anton PELINKA, Right-wing populism – Concept and typology. In: Ruth WODAK / Majid KHOSRAVINIK / Brigitte MRAL (Hg.), Right-wing Populism in Europe – Politics and Discourse (London et al. 2013), S. 3–22.

viert, eine *negative* Mobilisierung.[21] Diese Mobilisierung dient nicht konstruktiven Programmen, sondern einer rückwärtsgewandten Politik, einem anachronistischen Programm, das versucht, eine illusionäre Vergangenheit zu bewahren, verbunden mit viel Nostalgie und Antiintellektualismus. Diese „Arroganz der Ignoranz" durchdringt viele Bereiche unserer Gesellschaft.

Bestimmte geschlechtsspezifische Diskurse scheinen einer derartigen Politik durchaus nützlich und tragen zur Konstruktion einer Ideologie bei, die – jeweils kontextabhängig und in unterschiedlicher Form, Stärke und Kombination – Elemente nativistischer Körperpolitik, von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, von Sexismus sowie Homophobie vereint – sie bildet das schon beschriebene autoritäre Syndrom.[22] Die Behauptung des sogenannten „Frontier-Feminismus" der Tea Party-Anhänger in den USA, dass „Küchentisch-Ökonomie" komplexe Probleme staatlicher Wirtschaftspolitik und die globale Finanzkrise lösen könnte, veranschaulicht eine solche Ignoranz. Der Wunsch nach traditionellen Geschlechterrollen, starken und strengen Vätern einerseits, fürsorglichen Müttern andrerseits, spiegelt einmal mehr den Wunsch wider, den weiblichen Körper zu disziplinieren, um den „starken Mann" wieder hervor zu holen. Dies ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, warum rechtspopulistische Parteien und ihre Vorsitzenden (z. B. Marine Le Pen oder Heinz-Christian Strache) starke männliche politische Führer wie Wladimir Putin zu bewundern scheinen, die (häufig gegen alle internationalen Menschenrechtskonventionen) eine zunehmend autoritäre Politik betreiben.[23]

„Pappmascheemänner" und „Plastikfrauen" verkörpern und bekunden neue Geschlechterrollen, sodass viele Männer ins Hintertreffen geraten – als Modernisierungsverlierer, arbeitslos und ohne Zukunftsperspektive, vor allem unter der jungen Generation.[24] Die hohe Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen löst in vielen EU-Mitgliedsstaaten verständliche Zukunftsangst und Veränderungswünsche aus, die oft auf starke Führerfiguren projiziert werden. Angst wird leicht auf Sündenböcke übertragen und politisch instrumentalisiert: „Andere", die uns „unsere" Jobs wegnehmen, meist Migranten, werden als Ursache begriffen, anstelle komplexer Phänomene, wie sozialer Ungleichheit, Sparpolitik und neoliberaler Wirtschaftspolitik. In manchen armen Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit, darunter Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Frankreich, Ungarn und Großbritannien, führt die wirtschaftliche Lage zu wachsender Fremdenfeindlichkeit. In einigen Fällen sind erfolgreiche rechtspopulistische Bewegungen entstanden. Aufgrund verschiedener Bedingungen und

21 Vgl. COMAROFF, Populism and late liberalism.

22 Vgl. Theodor W. ADORNO et al., The Authoritarian Personality (New York 1950).

23 COMAROFF, Populism and late liberalism, S. 205.

24 Vgl. Hanna ROSIN, The End of Men and the Rise of Women (London 2012).

Vorgeschichten ist dies allerdings nicht überall auf dieselben Ursachen zurückzuführen.

Eine sorgfältige Analyse verschiedener Medienskandale – beispielsweise der sogenannten „Mohammed-Cartoon-Krise" im Jahr 2006 – veranschaulicht, dass die komplexe Wechselbeziehung zwischen Medien, Skandalisierung und einer Politik der Angst (und Bedrohung) ein notwendiges und konstitutives Element für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien ist – neben der Dynamik des sogenannten *„rechtspopulistischen Perpetuum mobile"*.[25] „Bedrohungen und Gefahren dominieren die politische Rhetorik. Politische Veränderungen werden durch Worst-Case-Szenarien vorangetrieben", diagnostiziert der schwedische Medienwissenschaftler Stig-Arne Nohrstedt.[26]

Zwischen den Bürgern und Bürgerinnen herrscht Misstrauen, weil sich die Einzelnen immer verletzbarer fühlen, hilflos und ohnmächtig den unvorhersehbaren und unbekannten Mächten und Entwicklungen ausgeliefert, die niemand beeinflussen kann – einschließlich abstrakter Phänomene wie Globalisierung, Klimawandel oder Finanzkrise. Statt positive Vorstellungen in alternativen Parteiprogrammen und Manifesten zu konkretisieren – wie „Solidarität"[27], eine Politik des „Wohlbefindens"[28], „Begegnungskulturen"[29] oder Akzeptanz und Leben mit Differenz[30] –, erleben wir eine rasante Zunahme von Konflikten und die Normalisierung einer diskriminierenden Politik.

Zusammenfassung: „Mikropolitik der Angst"

Fasst man die hervorstechenden Merkmale rechtspopulistischer Rhetorik zusammen, sind zwei Ebenen zu unterscheiden: zum einen *spezifische Inhalte,* zum anderen *spezifische diskursive Strategien*, die diese Inhalte umsetzen (die natürlich auch mit anderen Inhalten in anderen Zusammenhängen von anderen politischen Parteien und Positionen benutzt werden).[31]

Die nachfolgende Liste fasst die relevanten Merkmale rechtspopulistischer Rhetorik zusammen:

Rechtspopulistische Parteien beziehen sich auf ein *homogenes demos,* ein *populum* (Gemeinschaft, *Volk*), das beliebig und nach nativistischen Kriterien definiert wird; sie verfolgen also eine *nativistische Körperpolitik*.

25 WODAK, The Politics of Fear; Ds., Politik mit der Angst.

26 Stig-Arne NOHRSTEDT, Mediatization as an echo-chamber for xenophobic discourses in the threat society – The Muhammad cartoons in Denmark and Sweden. In: WODAK / KHOSRAVINIK / MRAL (Hg.), Right-wing Populism in Europe, S. 309–320, hier S. 311 f.

27 Jodi DEAN, Solidarity of Strangers – Feminism after Identity Politics (Berkeley, CA 1996).

28 Martha NUSSBAUM, Emotional Politics – Why Love Matters for Justice (Cambridge, MA 2013).

29 Ash AMIN, Land of Strangers (Cambridge 2012).

30 Seyla BENHABIB, The generalized and the concrete Other. In: Ds. et al. (Hg.), Feminism as Critique (Minneapolis, MN 1987).

31 Zu weiteren Details vgl. WODAK, Politik mit der Angst, S. 82–84.

Damit in Zusammenhang legen rechtspopulistische Parteien Wert auf ein *Kernland* (oder *Heimat*), das vor gefährlichen Eindringlingen geschützt werden muss. Auf diese Weise werden *Bedrohungsszenarien* aufgebaut.

Der Schutz des Vaterlandes (der *Heimat*) impliziert den Glauben an ein gemeinsames Narrativ der Vergangenheit, in der „*Wir*" entweder Helden oder Opfer des Bösen waren (einer Verschwörung, böser Feinde, von Feinden des Vaterlandes usw.). Auf diese Weise werden *revisionistische Geschichtsbilder* konstruiert.

Verschwörungen sind notwendiger Bestandteil der diskursiven Konstruktion von Angst. Genutzt werden dabei traditionelle antisemitische und antielitäre Vorstellungen – es wird angenommen, dass Verschwörungen von Bankern, Medien, Oppositionsparteien, Vaterlandsverrätern etc. organisiert werden.

Rechtspopulistische Parteien vertreten *traditionelle, konservative Werte und Moral* (traditionelle Geschlechterrollen und Familienwerte) und beharren auf dem Status quo.

Sie berufen sich auf *einfache Erklärungen und Common Sense-Lösungen* (Antiintellektualismus) und verehren einen *Retter, einen charismatischen Führer,* der zwischen den Rollen von Robin Hood (Schutz des Sozialstaats, Unterstützung von „Mann und Frau auf der Straße") und „strengem Vater" oszilliert.[32]

Obwohl nicht alle rechtspopulistischen Parteien alle Inhalte befürworten, können diese weitgehend verallgemeinert werden als typisch für rechtspopulistische Ideologien. Diese Inhalte werden unter anderem durch folgende diskursive Strategien und sprachlichen Mittel realisiert:

Rechtspopulistische Rhetorik teilt die Welt in Gut und Böse, in „Wir" und „Sie", Insider und Outsider, indem *einfache Dichotomien* konstruiert werden, mit positiver Selbstdarstellung und negativer Fremddarstellung.

Der aggressive *Kampagnen-Habitus* schließt auch die Verwendung von *Ad hominem-Argumenten* sowie andere Trugschlüsse ein, beispielsweise den Strohmann-Trugschluss oder die vorschnelle Generalisierung. Unter Rechtfertigungsdruck kommen *ambivalente, verharmlosende und unaufrichtige Entschuldigungen* vor.

Zu einer solchen dichotomen Weltsicht gehören *die Opfer-Täter-Umkehr* und die *Sündenbock-Strategie* durch Schuldabschiebung.

Darüber hinaus dienen die *Topoi der Geschichte und des Retters* der Konstruktion revisionistischer historischer Narrative.

Die Konstruktion von Verschwörungen erfordert *irreale Szenarien,* in denen einige Täter (Lobbys, Parteien, Banken und die „Anderen") angeblich die Fäden ziehen. Sie werden häufig dramatisiert. *Lügen und Gerüchte* werden verbreitet, um die „Anderen" zu denunzieren und zu dämonisieren – nach dem Motto: „*Anything goes*!"

32 Vgl. George LAKOFF, The Political Mind – Why You Can't Understand 21st-century American Politics with an 18th-century Brain (New York 2008).

Von großer Bedeutung sind schließlich die Strategien der *kalkulierten Ambivalenz* und der *Provokation.* Sie eignen sich für aggressive Kampagnen ebenso wie dafür, die Agenda der Medien zu bestimmen.

Den gordischen Knoten durchschneiden – alternative Bezugssysteme schaffen

In seinem weithin anerkannten Buch „Don't Think of an Elephant: Know Your Values and Frame the Debate" (2004) schlägt der US-amerikanische Linguist George Lakoff vor, alternative Bezugssysteme zu schaffen. Wenn die Demokraten in den USA einfach nur auf die Vorgaben der Republikaner reagierten, verlören sie die Möglichkeit, die politischen Themen selbst zu bestimmen. Der Kampf um Werte, Initiativen und Alternativen sollte daher nicht vernachlässigt und den anderen überlassen werden. Ganz im Gegenteil – anstatt sich gegen die republikanischen Programme zu wenden, sollten sich die Demokraten bemühen, eigene Ziele zu definieren und an ihrer egalitären Position festhalten. Insofern behauptet Lakoff, die Demokratische Partei sei im Wahlkampf nicht in der Lage gewesen zu verhindern, dass die Republikanische Partei die ureigenen demokratischen Themen neu ‚geframt' hätten (also umdefiniert und umbenannt hätten) und so dem demokratischen Programm die Relevanz entzogen habe.

Ich schließe mich hier der Meinung Lakoffs an, dass man *alternative Bezugssysteme und Programme* schaffen muss, um nicht in die demagogische und politische Falle des Rechtspopulismus zu gehen. Nicht in die Falle zugehen bedeutet, alternative Wege der Medienberichterstattung zu entwickeln und zu pflegen – die sich weniger an skandalösen Vorfällen und der Performance rechtspopulistischer Politiker orientieren und mehr daran, hinter die Kulissen zu blicken. Statt immer empörendere Äußerungen zu wiederholen, wäre es viel klüger, auf die zugrunde liegende Dynamik und die damit verbundenen Absichten hinzuweisen, nämlich Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, auf die Titelseite zu kommen, koste es, was es wolle. Es wäre schon viel gewonnen, wenn immer wiederkehrende Muster und ewig neue Anspielungen auf Verschwörungen explizit auf einer Metaebene benannt und analysiert würden. Der Bann des „Erlaubt ist, was gefällt" könnte damit gebrochen werden, indem man offensichtliche Lügen aufdeckt und Ereignisse wieder historisiert und in ihren Kontext einbettet. Statt Angst zu betonen, bieten sich Solidarität und Inklusion als positive Alternativen an. Nicht in die Falle zu gehen bedeutet, eine *Politik mit Angst und Neid* durch eine *Politik der Solidarität* zu ersetzen.

Weiter wäre es wichtig, mit voreiligen Generalisierungen aufzuhören und damit, scheinbar homogenen Gruppen bestimmte – meist negative – Eigenschaften zuzuweisen, im Sinne von „Alle Amerikaner, Muslime, Israelis, Briten, Österreicher, Roma, Juden machen oder sind X." Gruppen sind niemals homogen. Eine solche Rhetorik verstärkt und reproduziert gefährliche Stereotype. Komplexität sollte nicht einfachen Dichotomien weichen, um schwierige Phänomene irreführend,

mit jeder Menge von Trugschlüssen, zu „erklären“.

Ebenso sollte man unterlassen, auf inszenierte Skandale sofort mit dem *rechtspopulistischen Perpetuum mobile* zu reagieren; auch wäre es wünschenswert, wenn man nicht mehr aus Angst vor Wählerverlust auf den fahrenden rechtspopulistischen Zug aufspränge. Stattdessen sollten Parteien alternative Positionen formulieren oder sogar ihre traditionellen Werte neu beleben: Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Bildung, Mehrsprachigkeit, Diversität und Solidarität (neu) formulieren, angepasst an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts – all diese fundamentalen europäischen Werte sind in der Kopenhagener Erklärung zur europäischen Identität von 1973 schon festgeschrieben. ■

Literatur

Theodor W. ADORNO et al., The Authoritarian Personality (New York 1950)

Ash AMIN, Land of Strangers (Cambridge 2012)

Zygmunt BAUMAN, Europe of Strangers (http://docs.google.com/viewer?url=www.transcomm.ox.ac.uk/working%20papers/bauman.pdf; abgerufen am 11.08.2016)

Seyla BENHABIB, The generalized and the concrete Other. In: Ds. et al. (Hg.), Feminism as Critique (Minneapolis, MN 1987)

Jean COMAROFF, Populism and late liberalism – A special affinity? In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 637/2011, S. 99–111

Jodi DEAN, Solidarity of Strangers – Feminism after Identity Politics (Berkeley, CA 1996)

Robert D. DECHAINE (Hg.), Border Rhetorics: Citizenship and Identity on the US–Mexican Frontier (Tuscaloosa, AL 2012)

Tony JUDT, The problem of evil in postwar Europe. In: New York Review of Books, 14.02.2008

Ds., Ill fares the land – A treatise on our present discontents (London 2011)

Ds., Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart (Frankfurt am Main 2012)

Manfred KIENPOINTNER, Plausible and fallacious strategies to silence one's opponent. In: Frans H. VAN EEMEREN (Hg.), Examining Argumentation in Context – Fifteen Studies on Strategic Manoeuvring (Amsterdam 2009), S. 61–75

Michał KRZYŻANOWSKI / Ruth WODAK, Politics of Exclusion – Debating Migration in Austria (New Brunswick, NJ 2009)

George LAKOFF, The Political Mind – Why You Can't Understand 21st-century American Politics with an 18th-century Brain (New York 2008)

Stig-Arne NOHRSTEDT, Mediatization as an echochamber for xenophobic discourses in the threat society – The Muhammad cartoons in Denmark and Sweden. In: Ruth WODAK / Majid KHOSRAVINIK/Brigitte MRAL (Hg.), Right-wing Populism in Europe – Politics and Discourse (London et al. 2013), S. 309–320

Martha NUSSBAUM, Emotional Politics – Why Love Matters for Justice (Cambridge, MA 2013)

Anton PELINKA, Right-wing populism – Concept and typology. In: Ruth WODAK / Majid KHOSRAVINIK/Brigitte MRAL (Hg.), Right-wing Populism in Europe – Politics and Discourse (London et al. 2013), S. 3–22

Martin REISIGL, Zur kommunikativen Dimension des Rechtpopulismus. In: Sir Peter Ustinov Institut (Hg.), Populismus – Herausforderung

oder Gefahr für eine Demokratie? (Wien 2012), S. 141–162

Ds., Argumentation analysis and the discourse-historical approach – A methodological framework. In: Christopher HART / Piotr CAP (Hg.), Contemporary Critical Discourse Studies (London 2014), S. 67–96

Ds. / Ruth WODAK, Discourse and Discrimination – Rhetorics of Racism and Antisemitism (London 2001)

Ds. / Ruth WODAK, The discourse-historical approach (DHA). In: Ruth WODAK / Michael MEYER, Methods of Critical Discourse Analysis. 2nd edition (London 2009), S. 87–121

Hanna ROSIN, The End of Men and the Rise of Women (London 2012)

Jens RYDGREN, The sociology of the radical right. In: Annual Review Sociology 33 (2007), S. 241–262

Georg SIMMEL, The Sociology of Georg Simmel (New York 1950)

Ludwig WITTGENSTEIN, Philosophische Untersuchungen (Frankfurt 1967)

Ruth WODAK, The glocalization of politics in television – Fiction or reality? In: European Journal of Cultural Studies 13 (2010), H. 1, S. 1–20

Ds., The Discourse of Politics in Action – Politics as Usual. 2nd edition (Basingstoke 2011)

Ds., The Politics of Fear – What Rightwing Populist Discourses Mean (London 2015)

Ds., „Normalisierung nach rechts“ – Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und kritischer Öffentlichkeit. In: Linguistik Online 73 (2015), Nr. 4 (http://dx.doi.org/10.13092/lo.73.2191; abgerufen am 11.08.2016)

Ds., Politik mit der Angst – Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse (Hamburg 2016)

Ds. et al., „Wir sind alle unschuldige Täter!“ – Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus (Frankfurt am Main 1990)

Jan ZIELONKA, Elusive solidarity. In: Journal of Democracy 23 (2012), H. 4, S. 54–61

Rechtspopulismus in Österreich

Globalisierung, Flüchtlingsbewegungen und Verunsicherungen begünstigen rechtspopulistische Tendenzen. Diese brauchen und fördern autoritäre Dispositionen von unterwerfungsbereiten Menschen. Dagegen können Kirchen entängstigend wirken und Solidarität stiften.

Von **Paul M. Zulehner**

Aufstieg der Rechtspopulisten

Sie waren im Juni 2016 zu einem „Zweiten Wiener Kongress“ zusammengekommen, um den „patriotischen Frühling“ gemeinsam zu feiern: Gert Wilders aus den Niederlanden, Marine Le Pen vom Front National in Frankreich, für die AfD Marcus Petzelt, Gerolf Annmans aus dem belgischen Flandern, Janice Atkinson aus dem Brexit-Lager. Eingeladen hatte der Chef der FPÖ Heinz Christian Strache, vulgo HC Strache. Eine rechtspopulistische Bewegung ist also in ganz Europa und neuestens auch in den USA im Gang. Österreich dient ihr als Vorzeigeland. Unzählige JournalistInnen waren im Dezember 2016 zum Abschluss der Marathon-Bundespräsidentenwahl nach Wien angereist, um von der Wahl des ersten rechtspopulistischen Bundespräsidenten zu berichten.

Die Enttäuschung war bei vielen von der Sensationspresse, die mit ihrer Berichterstattung zum unaufhaltsamen Aufstieg der Rechtspopulisten erheblich beiträgt, sichtlich groß, dass Norbert Hofer mit 46 % der Stimmen deutlicher als prognostiziert unterlag. Schneller als sonst reisten die Journalisten ab. In der unterlegenen FPÖ wurde jedoch sogleich der Schlachtruf ausgegeben: „Aber das nächste Mal gewinnen wir. Hofer bleibt Kandidat!“ Und HC Strache wird bei den Wahlen 2018 (diesen sind inzwischen auf 2017 vorgezogen) Bundeskanzler werden. Tatsächlich führt zwar die FPÖ derzeit nicht in den Umfragen, weil die ÖVP nach rechts gerückt ist. Aber die Ergebnisse schwanken relativ stark und sind eng an das Flüchtlingsthema gebunden; für eine Lösung der massiven wirtschaftlichen und sozialen Probleme haben Rechtspopulisten kaum Ideen, die an der deutschen AfD gut erkennbar ist.

Der Aufstieg der Rechtspopulisten hat auch in Österreich schon vor der Ankunft vieler schutzsuchender Kriegsflüchtlinge begonnen. Vor allem die Finanzkrise von 2008 und die daran geknüpften sozialen Abstiegsängste vieler Menschen aus der Unter- und Mittelschicht haben sie beschleunigt. Er hat politisch nicht nur Österreich – aber auch dieses europäische Land - polarisiert.

Die koalitionär regierenden „Parteien der Mitte“, die SPÖ und ÖVP, scheinen zwischen den polaren Lagern aufgerieben zu werden. Die politische Mitte ist – zumindest in der Bundespräsidentenwahl – gleichsam implodiert. Die von diesen regierenden Parteien nominierten Persönlichkeiten erhielten lediglich um die 10 % der Wählerstimmen.

Seither versuchen diese beiden Parteien alles Erdenkliche, um den drohenden Machtverlust und damit einen FPÖ-Bundeskanzler zu verhindern. Die Taktik ist offenkundig und scheint auch Erfolg zu haben – fragt sich um welchen Preis. Die Regierung unter Faymann machte einen Schwenk von Merkel zu Orban, unterstützte die Schließung der Balkanroute und verschärft, wo sie nur kann, die Asylgesetze. Dieser Schwenk prägt immer noch die österreichische Politik. Von Verschärfen und Stoppen ist allenthalben die Rede. Einzelne Vorfälle mit Tschetschenen oder afghanischen Jugendlichen werden für eine verschärfende Anlassgesetzgebung genützt. Ob die Rechnung aufgehen wird, dass der FPÖ Wählerstimmen entzogen werden, indem man deren politische Linie der Abschottung und ihre „Politik der Angst“ imitiert? Fachleute vermuten, dass vor die Wahl gestellt, gar manche Menschen nicht den Schmiedl, sondern doch den Schmied wählen werden. Der politische Jungstar Sebastian Kurz, der für eine Mischung von Bewegung à la Macron und einer ÖVP neu steht, hat jedenfalls derzeit Aufwind. Und vielleicht ist er gar nicht mehr nur Schmiedl, sondern ein anderer Schmied.

Das Anliegen, die Ängste der Menschen ernst zu nehmen, ist selbstverständlich zu akzeptieren. Dann aber stellt sich sofort die Frage, was mit den Ängsten geschehen soll: Werden sie abgebaut oder bewirtschaftet? Jedenfalls ist politolo-

gisch nicht ausgeschlossen, dass beispielsweise Horst Seehofer dank seiner Politik der Angst ungewollt die AfD fördert. Politikimitate fördern zumeist das Original.

In den traditionellen Regierungsparteien hat der Schwenk zu massiven innerparteilichen Spannungen geführt. Die SPÖ ist noch mehr zerrissen als die ÖVP. Gerade in Wien erreicht in Kernbezirken der SPÖ die FPÖ hohe Werte und lässt Parteifunktionäre eine pragmatische Antiflüchtlingspolitik einfordern, während die Parteijugend von der Parteiführung sozialistische Werte einfordert. In der ÖVP hingegen lässt sich ein lautloser Abschied der Jahrzehnte lang treuen christlichen Wählerinnen und Wähler beobachten. Sie fühlen sich heimatlos und angesichts der von einer „christlichsozialen Partei" vertretenen (Flüchtlings-) Politik in dieser Partei heimatlos. Ätzende Karikaturisten deuten das C im Parteiprogramm als Z wie Zäune. ÖVP-Politiker berufen sich dabei kaum noch auf ihre christlichen Werte, sondern bevorzugen Max Weber und seine Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Dabei wird die Gesinnung der Caritas, den Kirchenleitungen und den NGOs zugeordnet, die Verantwortung den in der Politik tätigen Parteikollegen. Das Kuriose daran ist, dass Max Weber ja keine gesinnungslose Verantwortungsethik wollte, sondern lediglich eine verantwortungsblinde Gesinnungsethik kritisierte. Diese Verlagerung von der Gesinnung zur Verantwortung bekommt den Traditionsparteien nicht wohl, vor allem wenn dabei die Gesinnung auf der Strecke bleibt. Nicht wenige meinen nicht mehr erkennen zu können, was an den Sozialisten sozialistisch und an den Christdemokraten christlich ist. Die „Weltanschauung" und die „Werte" (den Asylwerbenden in Kursen vermittelt) werden dem pragmatischen Machterhalt geopfert, was sich gar rasch als die beste Anleitung zum Machtverlust erweisen könnte.

Ein Blick nach Deutschland lässt erkennen, dass es auch anders geht. Eine Bundeskanzlerin mit Stehvermögen behält trotz beträchtlichen Verlusten das Vertrauen der Mehrheit, und der in die bundesdeutsche Politik neu eingezogene Martin Schulz erfreute sich nur kurzzeitig beachtlicher Flitterwochenakzeptanz gerade wegen seinen kompromisslosen europapolitischen Positionen, mit denen er sich klar von den rechtspopulistischen Bewegungen absetzt, die ja ein ganz anderes Europa oder am liebsten gar keines wollen: siehe Brexit, dem ein Frexit oder ein Öxit etc. folgen sollen.

Diese Politik reagiert auf die Meinungslage in der Bevölkerung, ohne Mut, diese agierend zu verändern. Diese gilt es im Folgenden zu beschreiben.

Auswirkungen der Ängste auf die Ansichten und Haltungen in der Flüchtlingspolitik

Laut Umfragen haben die Menschen in Österreich hinsichtlich der Flüchtlingspolitik unterschiedliche Gefühle. Untersucht hat diese das SORA-Institut schon bald nach dem Ankommen der ersten großen Zahl von schutzsuchenden Menschen im

Herbst 2015.[1] Damals meinten 17 %, sie fühlten angesichts der Flüchtlingspolitik Ärger, 27 % äußerten Zuversicht. Die Übrigen 52 % zeigten sich besorgt. 4 % haben sich nicht zugeordnet. Ähnlich dann kurze Zeit später das Ergebnis nach der Wahl in Wien. Im 2016 habe ich die Gesamtbevölkerung repräsentativ erforschen können. Jetzt waren es 29 % mit Ärger, 13 % mit Zuversicht, 61 % waren besorgt.

In einer Onlinestudie 2016[2] wollte ich in Erfahrung bringen, wie die polaren Lager „Ärger und Zuversicht" „denken", welche Sätze sie für richtig erachten, welches (politische) Handeln ihnen angemessen erscheint.

Das Lager Ärger

Das sind jene Positionen, die im Lager Ärger bis zu 90 % Zustimmung gefunden haben: Bejaht wurden die Aussagen, dass Viktor Orban zu Recht Zäune errichtet hat, Europa zu einer Festung ausgebaut werden müsse. Es kämen doch überwiegend Wirtschaftsflüchtlinge. Mit den Schutzsuchenden kämen auch Kriminelle und Terroristen. Es werde, geht es so weiter, in einer Katastrophe enden. Die Gallionsfigur dieses „Gefühlslagers" ist Viktor Orban. In seinem Gefolge finden sich die Vysegradländer Polen, die Slowakei und Tschechien, aber auch die meisten rechtspopulistischen Bewegungen in Europa. Sogar die Fürstin von Thurn und Taxis hat Orban durch eine Einladung nach Regensburg gewürdigt.

Das Handeln, das sich an diese Einschätzung knüpft, ist eindeutig: Abschotten, Grenzen schließen, Flüchtlinge zurückschicken, vor allem wenn sie kriminell werden. Am besten man lässt keinen mehr ins Land.

Für Argumente ist diese Gruppe nur schwer zugänglich. Fakten zählen im postfaktischen Zeitalter nicht. Man liebt vielmehr „alternative Fakten", verallgemeinert Einzelgeschichten, folgt Verschwörungstheorien, produziert in Sozialen Medien fake-news. Auf die Frage, wie viele Muslime es in Europa gäbe, kämen alle Kriegsflüchtlinge aus dem Nahen Osten, erreicht die Durchschnittszahl im Lager Ärger über 31 %, laut UNO wären es 6 %.

Manche Grenzgänger aus dieser Gruppe beteiligen sich an Hasspostings in den Sozialen Netzwerken, beschimpfen Engagierte als Gutmenschen, spotten über die „Willkommenskultur". Sie verbinden ohne Bedenken Flüchtlinge mit Krise und Terror. Gesichtslose Bilder prägen die Sprache: Von Flüchtlingswellen, Flüchtlingsstrom, Flüchtlingskrise, einer Lawine ist die Rede. Diese Worte verschaffen dem Wort Flüchtling wie auch dem Begriff Islam von Haus aus eine negative Konnotation. Dass vereinzelt Leute aus diesem Gefühlslager nicht nur hassen, sondern auch hetzen und im Einzelfall auch gewalttätig werden, ist unbestritten. Die Kriminalität ist in der Tat nach der Ankunft schutzsuchender Menschen gestiegen: aber nicht unter den

1 http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/ltw-ooe15.html [Zugriff: 15.11.2017].

2 Die Ergebnisse finden sich in: Paul M. Zulehner, Entängstigt euch! Die Flüchtlinge und das christliche Abendland, Ostfildern: Patmos [3]2016.

Schutzsuchenden Gästen (der Anteil der Kriminellen ist genauso hoch wie in der einheimischen Bevölkerung), wohl aber gegen die schutzsuchenden Personen und die Einrichtungen, die sie beherbergen sollen.

Lager der Zuversichtlichen
Das Lager der Zuversichtlichen vertritt polare Positionen. Ihren Zugehörigen geht es um das Recht auf Asyl, sie wollen dieses nicht scheibchenweise beschnitten haben. Dank ihres konkreten Einsatzes in der Flüchtlingsarbeit ist ihnen glasklar, dass die Integration nicht leicht ist und dass es durchaus schwarze Schafe unter den Asylwerbenden gibt. Ihr Ziel ist volle Integration, und das in drei Dimensionen: Sprache – Wohnen – Arbeit. Sie sehen darin eine enorme Herausforderung für die Gesellschaft wie für die Politik. Mit führenden Ökonomen weisen sie darauf hin, dass es eine win-win-Situation werden kann, wenn jetzt in die Integration investiert wird. Zugleich decken sie auf, dass Politiker gern über die Burka diskutieren statt über hohe Arbeitslosenzahlen (die es wegen der Finanzkrise und nicht wegen der Flüchtenden gibt – in Österreich seit der innenpolitischen Wende in der Flüchtlingspolitik höher als in Deutschland!) und dass die Wohnungssuche von Asylanten Versäumnisse im Sozialen Wohnbau schonungslos offenbart.

Ängste

In meiner Studie („Entängstigt euch!“) ging es dann vor allem um die Frage, warum in ein- und demselben Land die einen zu Ärger, andere zur Zuversicht sowie die schweigende Mitte zur Sorge neigt.

Angeregt durch soziologische Theorien hat sich klar herausgestellt, dass die Weichen in der einzelnen Person gestellt werden. Je höhere das Potential vielfältiger Ängste ist, desto wahrscheinlicher gerät jemand ins Lager Ärger und Abwehr. Wer hingegen weniger Angst, dafür aber mehr Zuversicht in seinem Leben angesammelt hat, neigt zu Zuversicht und zum Engagement.

Die Ängste der Menschen haben heute viele Gesichter. Da sind archaische biographische Ängste: vor Krankheit oder Verlust des Partners[3] soziale Abstiegsängste, die bis in die mittleren sozialen Schichten reichen, kulturelle Ängste dafür, sich im eigenen Land fremd zu fühlen; stark verbreitet ist in unserer postchristlichen Zeit die Angst, in einem knappen Leben von neunzig Jahren mit seiner maßlosen Glückssehnsucht „zu kurz zu kommen“[4] (). Nicht wenige leiden gerade im Kontext des Reichtums an diffusen Ängsten, die keinen Namen und kein Gesicht haben und allgegenwärtig lauern.

Nicht übersehen werden dürfen die Ängste von Schutzsuchenden, von denen

3 Monika Renz, Erlösung aus Prägung: Botschaft und Leben Jesu als Überwindung der menschlichen Angst-, Begehrens- und Machtstruktur. Paderborn, 2008; [2]2016.

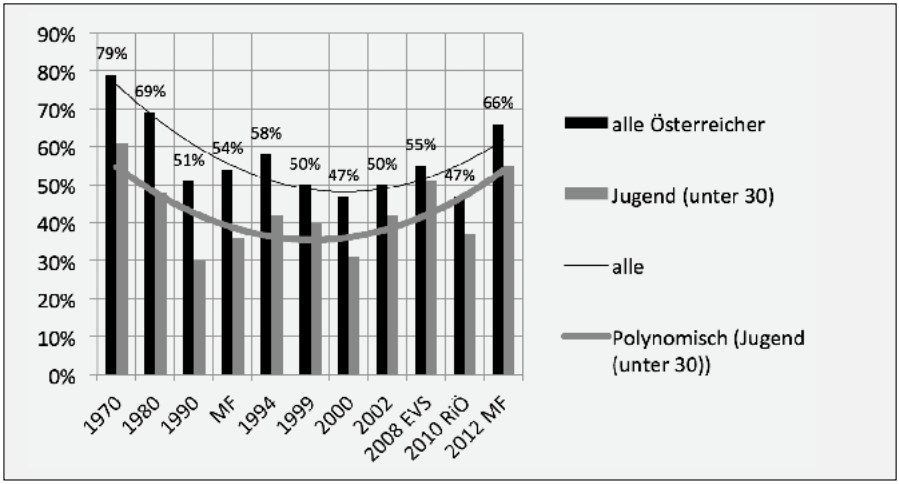
4 Marianne Gronemeyer, Das Leben als letzte Gelegenheit. Sicherheitsbedürfnisse und Zeitknappheit. Darmstatt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1993.

nicht wenige traumatisiert sind. Sie schrecken auf, wenn bei uns am samstagmittags die Sirenen erprobt werden. Frauen, die schon im Krieg, dann auf der Flucht von Mitflüchtenden wie von Sicherheitsbeamten sexuell belästigt und nicht selten vergewaltigt wurden, leben in ständiger Angst vor der sexuellen Gewalt von Männern.

Autoritarismus in Österreich 1970–2012

Statistisch verwandt mit den Ängsten ist ein Persönlichkeitsmerkmal, das in der Forschung seit Theodor W. Adorno Autoritarismus benannt wird.[5]

Entwicklung des Autoritarismus in Österreich[6]



Es ist die Eigenschaft von Personen, sich Autoritäten zu unterwerfen. Recht hat, wer oben ist, so ihr Grundgefühl.

Dieser Autoritarismus ist in Österreich in den letzten Jahren wieder im Steigen begriffen, nachdem er seit den Siebzigerjahren von einem hohen Nachkriegswert rückläufig war. Die Zunahme begann, bevor auch nur ein einziger Flüchtling aus Afghanistan oder Syrien ins Land gekommen war – in Österreich bereits 1996. Schon damals konnte ich in Repräsentationsstudien[7] beobachten, dass die Zahl zumal junger Leute zunimmt, die die lästige Last der erkämpften und verbrieften Freiheit wieder loswerden wollen. Dafür werden Gründe genannt. Jürgen Habermas[8] sprach von einer „neuen Unübersichtlichkeit“.

5 Theodor W. Adorno, The Authoritarian Personality, New York 1967.

6 Das sind Daten aus meinen eigenen Studie, vor allem: Paul M. Zulehner Verbuntung. Kirchen im gesellschaftlichen Pluralismus Ostfildern [3]2013.

7 U. a. in Paul M. Zulehner, Isabella Hager, Regina Polak: Kehrt die Religion wieder?, Ostfildern 2001.

8 Jürgen Habermas, Die neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1985.

Die Globalisierung trägt dazu bei. Rechtspopulisten sind folglich geborene Gegner der Globalisierung, ja schon der Europäisierung. Sie bevorzugen die überschaubare Provinz, das Heimatliche. Inmitten dieser Unübersichtlichkeit werden, so Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim[9], die Freiheiten riskant. Im neoliberalen Gefüge trage der einzelne für sich allein die Verantwortung. Institutionelle Entlastungen werden nicht gewährt. Das alles wäre nicht so dramatisch, würden in den Familien ichstarke und daseinskompetente Personen heranwachsen, die sodann durch eine gediegene Persönlichkeitsbildung in den Erziehungs- und Bildungseinrichtungen zu Menschen heranwachsen, die den steigenden Anforderungen des Lebens gewachsen sind. Das Familiensystem aber ist auch wegen seiner Ökonomisierung heillos überlastet.

Autoritäre, also unterwerfungsbereite Menschen mit geringem Selbstvertrauen, neigen dazu, das Fremde und Ungewohnte als Bedrohung zu erleben. Während nichtautoritäre Personen in anderen Kulturen eine Bereicherung sehen, sind diese für autoritäre eine Bedrohung. Pluralitätslust und Pluralitätstoleranz sind ihnen fremd. Sie halten sich an politischen Führern und Gruppen fest, welche ihnen die Bedrohung vom Leib halten. Statt eine eigene Identität auszubilden, nehmen sie eine Identitätsanleihe. Auffällig oft neigen Autoritäre zu traditionellen Geschlechterrollen. Auch der Hang zu vielgesichtiger Gewalt ist nachgewiesen.

Anthropologisch besehen leben solche Menschen in einer engen Welt. Eng heißt lateinisch angustus; angustia ist Enge und Angst zugleich. Leben entfaltet sich nicht mehr auf der Basis des Vertrauens. Auch in der Politik mindert Angst die Fähigkeit zu solidarischem Engagement. Angst entsolidarisiert.

Statistisch korrelieren Autoritarismus und besorgter Ärger in hohem Maß: Unter den Sehrautoritären zählen zu 56 % zu den „Verärgert-Besorgten“ und nur 6 % zu den „Zuversichtlichen“. Ganz anders die Nichtautoritären: 13 % „Verärgert-Besorgte“, 42 % „Zuversichtliche“.

Die Christen und ihre Kirchen in der Flüchtlingszeit

Es überrascht nicht, dass es in Großkirchen diese Polarisierung auch unter den Kirchenmitgliedern gibt. 67 % der Menschen mit Ärger sagen in der Flüchtlingsstudie, man könne durchaus ein guter Christ sein, ohne sich für Flüchtlinge einzusetzen. Unter den Zuversichtlichen teilen diese Ansicht lediglich 6 %. Nicht wenige Katholiken haben bei der Wahl des Bundespräsidenten Norbert Hofer von der FPÖ gewählt, das freilich nicht nur wegen seiner Ansichten in der Flüchtlingspolitik, sondern auch wegen seiner konservativen Position zur Familie, zur Abtreibung, zum Frauen- und Männerbild, nicht zuletzt zum Heimatgefühl. Zudem ließ Hofer plakatieren: „So wahr mir Gott

9 Ulrich Beck, Elisabeth Beck-Gernsheim (Hg.), Riskante Freiheiten – Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1994.

helfe!“, was auf dem Land traditionelle Katholiken offenbar angezogen hat.

Die katholische wie die evangelische Kirchenleitung in Österreich hat aber klar Position bezogen. Kardinal Christoph Schönborn hat sich in dieser Frage nicht nur klar geäußeret, er hat auch Bischofskollegen aus den osteuropäischen Ländern gemahnt, sich den Stellungnahmen von Papst Franziskus anzuschließen. Seit Kardinal Peter Erdö aus Ungarn nicht mehr den Vorsitz im Rat der Europäischen Bischofskonferenzen hat, ist die flüchtlingsabweisende Haltung auf Europaebene schwächer geworden. In Österreich verficht der Burgenländer Bischof Ägidius Zsifkovits in kantiger Weise eine Pro-Asyl-Politik. Als die Regierung an der burgenländischen Grenze einen Zaun errichtete, weigerte sich der Bischof Ägidius Zsifkovics, diesen Zaun auf dem diözesanen Grenzgrundstück errichten zu lassen.

So klar sich die Kirchenleitungen positionieren, so kontrovers werden die Themen rund um Asyl-suchende Kriegsflüchtlinge in den Laienorganisationen diskutiert. Vor allem die Verbände, die noch untergründige parteipolitische Nähen aufweisen, schwanken zwischen Evangelium und Parteiposition. Die Präsidentin der Katholischen Aktion Österreich, Gerda Schaffelhofer, hat sich hingegen mit großer Eindeutigkeit zu Gunsten einer Willkommenskultur engagiert. Sie hat eine Reihe von gewichtigen Stellungnahmen abgegeben. Zudem hat sie Ende Oktober 2016 eine internationale Tagung zusammen mit dem ZdK und Laien(organisationen) aus Ostmitteleuropa in Klagenfurt organisiert. Der langjährige Leiter des UN-Flüchtlingslagers in Jordanien, Kilian Kleinschmidt wie der maltesische P. Tony Calleja SJ vom Jesuit Refugee Service in Aleppo waren Keyspeaker. Kontrovers aufgenommen wurde die Intervention des Vertreters der polnischen Bischofskonferenz Weihbischof Krzysztof Zadarko. Er betonte, die polnische Kirche habe keine Erfahrung mit Muslimen. Zudem warne der Geheimdienst die Bischöfe vor dem Eindringen von Kriminellen und Terroristen ins Land. Inzwischen ist die Position der Polnischen Bischofskonferenz in Bewegung geraten. Auch die Pastoraltheologinnen und Pastoraltheologen Ost(Mittel)Europas haben zur Flüchtlingspolitik ihrer Länder und die Haltung ihrer Bischöfe kantig Stellung bezogen. Hier ihre drei Positionen:

„1. Von den Kirchenleitungen wünschen sich die Pastoraltheolog*innen ein Annehmen der Migration als ein von Gott gegebenes „Zeichen der Zeit“. Dann sind schutzsuchende Menschen eine Zumutung an uns, fördern unsere Menschlichkeit und stärken die Gemeinschaften in Pfarrgemeinden und Orden. Wir sollten sie nicht nur als eine Bedrohung unseres Wohlstands und unserer Sicherheit, sondern auch als eine Bereicherung unserer Kultur und unseres Glaubens betrachten. Zugleich sollen die Kirchenleitungen die Regierungen ihres Landes ermutigen, der eigenen Bevölkerungen mehr Einsatz

für Menschlichkeit zuzutrauen. Dabei brauchen sie für die christlich inspirierten Positionen eine säkulare Sprache, also die Sprache der Menschenrechte und der Einheit, jener des Einen Welthauses und der Einen Menschheit in ihr, damit eine Sprache wachsender Gerechtigkeit und dadurch gesicherten Friedens. Eine zusätzliche Aufgabe der Kirche sollte es sein, Brücken zwischen den polarisierten Gruppen zu bauen, sie ins Gespräch miteinander zu bringen und die Diskussion vor „Etikettierungen" zu bewahren.

2. Christ*innen werden ermutigt, face-to-face-Begegnungen mit schutzsuchenden Menschen, darunter auch Muslimas und Muslime, zu suchen. Solche Begegnungen haben die Kraft, bequeme Klischees über Fremde, Flüchtlinge und den Islam zu überwinden und in den Schutzsuchenden vor allem Menschen zu erkennen, die nicht nur ein Recht auf Asyl haben, sondern in denen in heilbringender Weise uns auch der Auferstandene entgegenkommt.
3. Weil Ängste entsolidarisieren, ohne Solidarität aber keine gerechte Welt und damit kein Weltfrieden zustande kommt, ersuchen die Pastoraltheolog*innen alle Verantwortlichen in den Medien wie in der Politik, vom Schüren von Ängsten abzulassen und stattdessen sich an einer Europäischen wie internationalen Politik des Abbaus von Fluchtursachen zu beteiligen. Wer Angst verbreitet, gewinnt vielleicht Wahlen, verspielt aber die Chance auf eine gerechte und friedliche Zukunft. Auch die Seelsorge in den Ortskirchen wie die Pastoraltheologie als Wissenschaft sollen sich hinkünftig mehr den Ursachen der Ängste, deren Heilung und damit der Entwicklung von Vertrauen und Zuversicht widmen."

Entängstigen

Engagiert sind in Österreich die Orden, Pfarrgemeinden und natürlich die Caritas. Dabei zeigt sich auch hier, dass es immer nur ein Teil der Pfarren ist, die schutzsuchende Gäste aufnehmen, mit ihnen die Sprache erlernen, Wohnraum suchen und nach Erhalt des Asyls sich auch um einen Arbeitsplatz sorgen.

Erwähnenswert ist nicht zuletzt auch die universitäre Forschung. Mit Regina Polak hat die katholisch-theologische Fakultät eine der wenigen Theologinnen, die fachkundig an einer Theologie der Migration arbeiten und dazu international angefordert werden.

Eine Stärke der Kirchen ist es, jenen, die sich engagieren, den Rücken zu stärken. Das ist deshalb notwendig, weil sie kulturell immer mehr Gegenwind erfahren. Unter dem Druck einer „Politik der Angst" und der massiven Kampagne der Boulevardpresse (Österreich, Heute, Kronenzeitung) ist in der Bevölkerung der Anteil der Zuversichtlichen zurückgegangen. Im Jahre 2016 (April) betrug er nicht mehr 27 % wie im Herbst 2015, sondern nur noch 13 %, während das Lager Ärger von 17 % auf 26 % angewachsen ist. Es ist der Politik gelungen, die Ängste zu

mehren statt zu mindern, und dies trotz rückläufiger Flüchtlingszahlen und mit Blick auf die Verfassung fragwürdige Einführung von Obergrenzen – wobei festgehalten werden muss, dass in einem höchst unsolidarischen Europa hinsichtlich der Flüchtlinge Österreich bisher einen enormen Beitrag geleistet hat.

Die Kirchen können aber „entängstigen“ und zwar vor allem durch Begegnungen mit konkreten „Gesichtern und Geschichten“, die vielleicht der einzige Weg sind, die Angst vor den Schutzsuchenden aus fremden Kulturen zu heilen. Manche fühlen dann, so sagen sie, „göttlichen Rückenwind“[10]. ■

10 Paul M. Zulehner, a. a. O. (siehe Anm. 2).

Wie politisch muss Kirche sein?

Kirche und die Herausforderungen durch radikale und populistische Strömungen

Weltweit scheinen populistische Bewegungen unterschiedlicher Couleur stark zuzunehmen. Auch Europa ist davon betroffen. Müssen, sollen, dürfen Kirchen darauf reagieren. Und wenn ja, wie sollen sie das tun. Manche Stimmen mahnen zu Zurückhaltung, andere zu dringlicher Abgrenzung. Was also ist Populismus und wie sieht ein angemessener Umgang damit aus?

Von **Stefan Hermann**

Populismus wird immer mehr zu einem multinationalen und globalen Problem. Dies zeigt auch eine Umfrage[1] unter mehr als 500 Experten aus rund 100 Ländern. Durch welche verschiedenen Faktoren kann die Stabilität eines Landes gefährdet sein und welche der genannten Faktoren werden in den kommenden fünf Jahren darauf wesentlichen Einfluss haben? So lauten die Leitfragen des Global Future Survey 1/2017. Das Ergebnis: Populismus wird weltweit mit

1 www.kas.de/futuresurvey

63 % als Stabilitätsrisiko wahrgenommen, gefolgt von der wirtschaftlichen Entwicklung (59 %), politischem Extremismus sowie organsisiertem Verbrechen (je 49 %), Migration (38 %), Klimawandel (35 %), internationalem Terrorismus (28 %) und gewaltsamen Umbrüchen (24 %). Dieses Ergebnis mag auf den ersten Blick erstaunen, allerdings scheint sich weltweit so etwas wie ein Trend zur „Globalisierung des Autoritarismus" zu vollziehen, angesichts dessen demokratische Rechtsstaatlichkeit und zivilgesellschaftliche Strukturen alles andere als eine Selbstverständlichkeit zu sein scheinen.

Populismus – ein vielschichtiges und vielgesichtiges Phänomen

Doch was ist Populismus eigentlich? Abgrenzungen und Übergänge von Populismus, Radikalismus und Extremismus sind nicht leicht zu bestimmen. Dies zeigt allein schon die Differenzierung in Protest- und Identitätspopulismus, also Formen direkter Empörung und Formen kultureller, ethnischer oder andersartiger Abwertung. Auch Medien-, Tele- oder postmoderner Populismus sind als Erscheinungsformen zu nennen. Nicht zuletzt lassen sich rechts- und linkspopulistische Strömungen identifizieren: Bei rechtspopulistischen Bewegungen wird die Tendenz festgestellt, bestimmte Menschen- und Personengruppe in der Regel aus nationalistischen, ethischen oder völkischen Gründen auszuschließen[2]. Linkspopulistische Gruppen haben dagegen inklusivistische Absichten, beispielsweise in der Gleichstellung von ihnen als unterprivilegiert bezeichnete Gruppen. Linkspopulismus verbindet sich in der Regel mit antikapitalistischen und sozialistischen bzw. kommunistischen Positionen, auch verbunden mit strikter Gegnerschaft gegen Globalisierung und mit radikalem Pazifismus. Neoliberaler Populismus geht mit vereinfachenden neoliberalistischen Rezepten einher.

Populismus als Krisenphänomen

Erklärungsmuster für Populismus gibt es zuhauf. So gilt er manchen als Folge einer Überinszenierung von Politik oder als Krise der repräsentativen Demokratie. Als Symptome hierfür gelten das Schrumpfen der großen Parteien, eine Unterschiede nivellierende Konsensdemokratie, ein politisch korrekt ausbalancierter und bestimmte Themen ausklammernder, technokratischer Politikstil mit unverständlicher Kommunikation. Auch die Unübersichtlichkeit einer komplexen Wirklichkeit, nicht zuletzt infolge zunehmend lokal erlebbarer Globalisierung, gilt als Beschleuniger populistischer Identitätsmuster. Populistische Strömungen begegnen diesen mutmaßlich von ihnen entlarvten Phänomenen unter anderem mit

2 Der renommierte Forscher zum Thema „Rechtsradikalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit", Prof. Wilhelm Heitmeyer spricht deshalb auch von: „autoritärem Nationalradikalismus" (mündlicher Vortrag Oktober 2017 in Stuttgart).

rückwärtsgewandten Utopien, antimodernistischem Prostest, einer scheinbar eindeutigen Vereinfachungs- und Vereindeutigungskultur, mit bewusst als politisch unkorrekt intendierten Enttabuisierungen und Zuspitzungen und der Behauptung höchster Transparenz und wirklicher Beteiligung des Volkes.

Differenzierte Phänomene müssen differenziert bewertet werden

Damit sind bereits erste wichtige Phänomene beschrieben, die im Folgenden exemplarisch in Bezug auf kirchliche Herausforderungen dargestellt werden. Dabei sollen Begriffe wie „Populismus, Radikalismus und Extremismus" nicht vage als Kampfbegriffe instrumentalisiert werden, um unbequeme und nicht mainstreamförmige Gedanken und Positionen zu desavouieren. Ein leichtfertig geäußerter Vorwurf von Populismus, gar um eigene Defizite zu überdecken, müsste Antipopulismus selbst als populistisch entlarven.

Nicht zuletzt muss erwähnt werden, dass es auch berechtigte Anliegen des Populismus geben kann, die – wenn sie angemessen geäußert werden – konstruktiv-kritische Indikatoren einer demokratischen Verfasstheit und notwendiger Reformen sein können. So müssen Anliegen, die hinter populistischen Äußerungen beispielsweise aufgrund berechtigter Enttäuschungen politisch-ideologischer Heilsversprechen, missbräuchlicher politischer Vorgänge sowie echter sozialer Bedrohung zu vermuten sind, ernst genommen werden, sofern sie nicht grundsätzlich gegen unveräußerliche Grund- und Menschenrechte gerichtet sind.

Radikalismus, Extremismus und Populismus – Versuche einer (Er)Klärung

Wohl seit jeher existiert ein mehr oder weniger konfliktreiches Neben- und Miteinander verschiedener Kulturen, Weltanschauungen und Religionen. Auch ein Blick in das Urdokument der jüdisch-christlichen Tradition zeigt die Vielschichtigkeit der Welt. Dennoch war diese nicht nur medial noch nie so unmittelbar vor der eigenen Haustüre zu spüren, zunehmend auch in der eigenen Familie. War Fremdartiges, Exotisches und bisweilen auch Befremdliches lange Zeit aus einer sicheren Distanz zu betrachten, ist es gegenwärtig so nahe gerückt, dass ein Ausweichen vielfach nicht mehr möglich ist. Die Welt als Dorf, als global village, ist aus dem virtuellen weltweiten Netz zunehmend in die unmittelbar erfahrbare Lebenswirklichkeit getreten, der es sich zu stellen gilt.

Manche mag eine solche unübersichtliche Buntheit anregen und motivieren, über das Eigene nachzudenken. Für andere stellt sie eine unmittelbare Verunsicherung und Bedrohung dar: Was gilt angesichts einer solchen Vielfalt (dann noch)? Was gibt (dann noch) Orientierung? Gilt alles gleich und gleich gültig, zumal dann, wenn es Wahrheit nur noch im Plural zu geben scheint? Schließen

sich Toleranz und Wahrheit aus und/oder welche Kriterien gibt es dafür?

Schon immer hat der Umgang mit Komplexität auch zu vereinfachenden Antworten verführt, die sich in Radikalisierung und Extremisierung sowie – nicht selten als Vorstufe dazu – in populistischen und fundamentalistischen Positionen kristallisieren: Kann denn das eine gelten und das andere auch, wenn sich beides widerspricht? Kann und muss es nicht den einen Maßstab geben, an dem alles zu bemessen ist? Muss Einfalt angesichts von Vielfalt immer einfältig sein, gewissermaßen dem Verdacht ausgesetzt, naiv zu sein?

Radikal – Schimpfwort oder Schlüsselbegriff?

Radikale Vielfalt einerseits, radikale Eindeutigkeit andererseits erscheint gegenwärtig immer mehr als eine Spannung, die Gesellschaften spaltet – bis hinein in kirchliche Gruppen und Kreise. Doch was ist das eigentlich – radikal? Wer bestimmt, was radikal (zu nennen) ist und was nicht? Wie kann ein konstruktiver Umgang mit Radikalität gelingen – in welchem Sinn auch immer?

Radikalität gibt es in fast allen Bereichen der Lebenswirklichkeit, beispielsweise im wissenschaftlichen Bereich in Wissenschaftstheorie oder Wissenschaftshermeneutik oder im religiös-ethischen Bereich in der Frage einer konsequent radikalen Lebensführung oder einer kompromisslos-fundamentalistischen Bindung an als unhinterfragbar definierte Gegebenheiten. Nicht zuletzt werden im ideologischen Bereich systematisch Einzelaspekte von Wirklichkeit verabsolutiert, unter anderem in nationalistischer, völkischer, ökonomischer, ethnischer oder weltanschaulicher Perspektive. Ein flüchtiger Blick in die Christentumsgeschichte zeigt, dass auch die christliche(n) Konfession(en) immer wieder von radikalen Gruppierungen hinterfragt und durchzogen waren bzw. sind.

Doch so eindeutig ist die Einordnung von Radikalem nicht: Das lateinische Wort „radix“ bezeichnet die Wurzel, das abgeleitete Fremdwort „radikal“ einerseits „auf den Grund gehend, von Grund aus, gründlich“, also auch im übertragenen Sinn „konsequent“ und „entschieden“, andererseits aber auch „kompromisslos“. Konsequent und entschieden setzten sich sogenannte „Radikale“, nicht selten auch „Liberale“ oder „Freisinnige“ genannt und nicht selten kirchenkritisch, im 19. Jahrhundert gegen die monarchistisch-konservative Verfasstheit für demokratische Grundrechte ein. Nach der Konstituierung freiheitlich-demokratischer Grundordnungen, insbesondere nach Ende des Zweiten Weltkrieges, wandelte sich das Verständnis von politischem Radikalismus erneut: Als „radikal“ gelten nun politische Überzeugungen, die zwar in der Regel die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung kritisieren und radikal verändern wollen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die darin verankerten Grundrechte im Unterschied zu Extremisten jedoch – zumindest nicht per se – in Frage stellen und/oder aktiv bekämpfen bzw.

beseitigen wollen, wobei ein Graubereich zwischen Radikalismus und Extremismus nicht von der Hand zu weisen ist.

Populismus – ein kritischer und ein Kritikbegriff

Vom lateinischen „populus“ (Volk) abgeleitet, assoziiert der Begriff „Populismus“ Kritik an bestehenden hierarchischen oder herrschaftlichen Strukturen und beansprucht, im Kontrast dazu die „Stimme des Volkes“, „des kleinen Mannes auf der Straße“ oder einer „schweigenden Mehrheit“ zu sein. Diese werden bewusst realen oder postulierten, nicht selten abwertend mit „Altparteien“ in Verbindung gebrachten Eliten oder Privilegierten entgegengestellt, denen oft Entfremdung vom „einfachen“ Volk, Korruptheit oder ein Schweigekartell hinsichtlich bestimmter Themen und Tabus vorgeworfen wird. Der Begriff des Volkes wird dabei in der Regel nicht im Sinne eines verfassungsrechtlich bestimmten Volksbegriffs gebraucht, sondern nach eigenen Kriterien, nicht selten auch völkisch definiert.

Volksnähe wird dabei mit einer Abwertung von „political correctness“ begleitet, die als beschönigend verunglimpft und in bewusster Aufnahme und Provokation von Emotionen und in Bündelung verschiedenster „Bedrohungslagen“ kommuniziert wird. Angeblich elitäre Hierarchien werden in Frage gestellt und aus dem „Volk“ kommende, nicht skandalbehaftete und verdachtsfreie Führungspersonen positioniert. Es wird mehr direkte Demokratie gefordert. Diese wird jedoch nicht selten wieder dadurch begrenzt, dass die Gesamtverantwortung auf eine charismatische Leitperson übertragen wird. Diese hebt sich von Repräsentanten einer Elite dadurch ab, dass sie sich als Repräsentantin einer direkten und nicht „nur“ repräsentativen Legitimation durch „das“ moralisch überlegene Volk versteht. Durch eine überspitzt kontrastierte Entgegensetzung vom Fremdem und vermeintlich Eigenem wird der Identifikationsaspekt durch exkludierende Momente verstärkt.

Demokratische Konsensbildung – Hemmnis und Antrieb von Populismus

Populistischen Strömungen spielt paradoxerweise eine doppelte Tatsache in die Hände: Vielfach sind durch Mehrparteien oder große Koalitionen politische Kontroverslinien konsensual nivelliert, so dass zugespitzte Unterscheidungspositionen attraktiver werden. Auch eine Orientierung der Parteien an einer politischen „Mitte“ trägt zu deutlich konturierten Bewegungen jenseits der Mitte bei. Zugleich aber kann ein konsequent praktizierter Konsens der Parteien in Fragen, die von Populisten in besonderer Weise thematisiert werden (z. B. Zuwanderungsfragen), dazu führen, dass diesen Themen in der Öffentlichkeit weniger Bedeutung beigemessen wird, weil sie von der öffentlichen Agenda verschwinden. Umso stärker brechen diese Fragen jedoch bei entsprechenden Konflikten in radikalisierten, populistisch zugespitzten Formen wieder auf.

Auch das zweite demokratische Paradox kann Populismus leicht befördern: In nahezu allen Parteien und manchen Institutionen ist die Komplexität der Entscheidungsprozesse so gewachsen, dass Wählerschaft bzw. Mitglieder eine stärkere Transparenz und Beteiligung fordern. Zur Mitgliederbindung werden deshalb nicht selten scheinbar einfache Lösungs- und Beteiligungsmöglichkeiten angeboten, um Erwartungen wach zu halten bzw. zu wecken oder hinsichtlich möglicher Bindungen gefällig(er) zu werden. Ein solcher Mainstreampopulismus, der sich in zahlreichen Wahlkampfdebatten und Slogans eigentlich nichtpopulistischer Bewegungen nachweisen lässt, scheint ebenso eine Kehrseite von Demokratie zu sein, wie Massenmedien aus Aufmerksamkeitsgründen zu provokativ populistischem Verhalten zu verführen scheinen.

Rechtspopulismus – inszenierte Enttabuisierung von Tabus

Rechtspopulismus proklamiert für sich, aus seiner Sicht bewusst verschwiegene und unpopuläre Tabuthemen vorbehaltlos und offen und anzusprechen. Nicht selten werden solche vermeintlichen Tabus mit Verschwörungstheorien, extremer Moralisierung oder apokalyptischen Krisenszenarien verbunden und in einfachen und Eindeutigkeit suggerierenden dualistischen Deutungsmustern (gut-böse/schlecht) geäußert. Solche bewusst als zugespitzte Provokationen inszenierten Tabubrüche haben unter anderem zum Ziel, dass der Mut eines solchen Vorgehens – „endlich spricht das mal jemand offen aus, was schon lange gesagt gehört“ – auf öffentliche Bewunderung stößt. Dieselbe Wirkung sollen auch nonverbale Tabubrüche erzielen, durch die Heroisierungseffekte entstehen, die notwendige Differenzierungen verhindern. Dabei wird die Beweispflicht durch bewusstes Agandasetting umgekehrt: Nicht die populistischen Postulate müssen legitimiert werden, sondern die widersprechenden Positionen. Direktheit und Einfachheit möglicher Lösungswege werden einer vermeintlichen politischen Technokratie, Eindeutigkeit einem angeblich fruchtlosen Diskurs und beliebiger Pluralität, national(istisch)e Identität bis hin zu Rassismus der als befremdlich dargestellten Realität ethisch-kultureller Vielfalt und Differenz als unvermittelbar entgegengestellt.

Populismus – ein scheinbares Identitätsangebot

Verunsicherung insbesondere im Blick auf die eigene Identität scheint eine Hauptursache für populistische Anfälligkeit zu sein. Die Vielfalt pluralistischer Angebote im Zusammenhang von Globalisierung, Internationalisierung und Individualisierung und der Zwang der Wahl können zu Überforderungen und einer Verunklarung notwendiger Orientierungs- und Zuordnungsmuster führen und Verlust- und Überfremdungsängste wecken. Enttäuschte Heilsversprechen und politische bzw. verwaltungstechnische Zentralisierungstendenzen können Entfremdungseffekte und ein wachsendes

Gefühl bewirken, nicht verstanden und bedeutungslos zu werden. Nicht erst das Zusammentreffen dieser Faktoren bedingt die Furcht vor einem Identitätsverlust in individueller, kultureller, religiöser und nationaler Hinsicht bzw. vor einem zunehmenden Werte- und Kulturwandel, vor einem wachsenden Konflikt- und Kriminalitätspotential bis hin Staatsversagen bzw. Unordnung und Chaos apokalyptischen Ausmaßes. Diese nur beispielhaft genannten Faktoren bereiten einen fruchtbaren Resonanzboden für Populismus, der einfache Antworten auf komplexe Fragen zu bieten scheint.

Populismus – eine bewusste Strategie

Populistische Antworten vereinfachen. Sie bedienen sich dualistischer Denk- und Argumentationsformen, die als Ausweis eines „gesunden Menschenverstandes" markiert werden, der sich nicht selten mit Kritik an Pluralisierung, Globalisierung, bürokratischen Institutionen sowie pauschaler Wirtschafts- und Politikkritik paart. Die kritische Position wird dabei undifferenziert und polemisch vertreten, als unhinterfragbar dargestellt und Positionen eines angenommenen Mainstreams entgegengestellt. Eine Emotionalisierung der politischen Debatte zu Lasten differenzierender Sachargumente ist dabei ebenso beabsichtigt wie die Vereinfachung und Verrohung der politischen Debattenkultur und –sprache, die zwar bewusst eingesetzt, bei öffentlicher Kritik zwar etwas relativiert, jedoch nicht grundsätzlich zurückgenommen wird. Hierzu dienen argumentative Zuspitzungen, nicht selten verbunden mit plakativen nationalistisch bzw. rassistischen Schuldzuweisungen an bestimmte gesellschaftliche, weltanschauliche, wirtschaftliche, ethnische oder sonstige Gruppen und persönliche Angriffe gegenüber einzelnen Personen oder Personengruppen. Auch die Einforderung von Recht und Gesetz und der Schutz bzw. Erhalt des sogenannten „christlichen Abendlandes" gegen die Überfremdungsgefahr einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft gehören zum rechtspopulistischen Standardrepertoire. Ob und inwiefern es „das" christliche Abendland je gegeben hat bzw. wie dessen Wertegemeinschaft bestimmt gewesen sein soll, bleibt bewusst unbestimmt.

Populismus – eine Vereindeutigungsfalle für Jugendliche

Eine besondere Herausforderung stellt diese Gemengelage für die Identitätsentwicklung junger Menschen dar, zu deren Zwischenphase auch ein sogenannter transitorischer Fundamentalismus gehört. Diese Phase bipolaren Denkens kann sich unabhängig vorhandener emotionaler Bindungen bzw. in Abgrenzung von diesen entwickeln und im Kontext der geschilderten riskanten Freiheiten und des unerschöpflichen Marktes religiös-weltanschaulicher Möglichkeiten einem Zwang zur Häresie unterliegen, der sich durch die zunehmende Deinstitutionalisierung und damit relativierter dogmatisch-inhaltlicher Prägekraft

verstärken kann. Mit Zwang zur Häresie[3] wird die unabdingbare Notwendigkeit beschrieben, sich – zumindest probeweise – für ein religiös-weltanschauliches Angebot zu entscheiden, ohne die Folgen im Voraus absehen zu können. Zahlreiche Biographien Jugendlicher – eine exemplarische ist geschildert in „Inside IS. 10 Tage im ‚islamischen Staat'"[4] – zeigen die ambivalenten Potentiale dieser Entwicklungshase in aller Deutlichkeit: Sie kann entweder zu einer ausgeprägten Kommunikations- und Dialogfähigkeit ausgebildet werden oder zu totaler Regression mit der Gefahr, sich vollständig einer übergeordneten Macht zu unterwerfen oder zu einem absoluten Subjektsein zu tendieren, sich selbst wie Gott zu fühlen.

Fanatisierung, Radikalisierung und Extremisierung werden bei Jugendlichen insbesondere dann auf fruchtbaren Boden fallen, wenn sie mit gefühlten oder realen Diskriminierungs- oder Ungerechtigkeitserfahrungen konfrontiert sind und das Gefühl haben, keine Antworten auf ihre existentiellen und bisweilen unkonventionell-häretischen Fragen zu erhalten. Nicht selten entscheidet dann nicht der Inhalt von Antworten über die weitere Entwicklung, sondern die Tatsache, überhaupt Antworten oder Resonanzen erhalten zu haben. Je eindeutiger und klarer solche Antworten ausfallen, desto unhinterfragter werden diese angenommen, insbesondere wenn diese in ihrer Radikalität den Anschein eines Andersseins erwecken, das zugleich ein neues Wir-Gefühl ausbildet. Sowohl gruppenspezifische weltanschauliche als auch religiöse, aber auch nationalistische und rassistische und / oder politische Codes tragen dann dazu bei, das Wir-Gefühl und damit das Selbstbewusstsein in radikaler Abgrenzung zu stärken und alles Fremde und Differente durch Diffamierung als schlecht abzuwerten.

Theologische Grundlagen im Umgang mit Radikalismus und Extremismus

Ein konstruktiver Umgang mit Vielfalt steht nicht in theologischer Beliebigkeit. Nach jüdisch-christlicher Überzeugung kommt jedem Menschen eine je eigene gottgegebene Individualität zu. Jede Form von Nivellierung oder Vereinheitlichung solcher Verschiedenheit ist deshalb auch eine Schädigung der Menschheit und der Menschlichkeit. Angesichts populistisch verbreiteter Angst vor Verschiedenheit und Orientierungsverlust ist deshalb seitens der Kirche mit Nachdruck festzuhalten: Der Gegensatz zu Verschiedenheit ist Totalität.

Zugleich bedarf es einer spirituellen Fürsorge für sogenannte „Verlierer" und „Benachteiligte", insbesondere im Blick auf eine gefühlte Ohnmacht, die Angebote der Heilung braucht. Dabei sind die fünf Säulen der Identität in den Blick zu nehmen: Psyche und Körper, Anerkennung

3 Ein von Peter L. Berger geprägter Begriff (Ders., Der Zwang zur Häresie. Religion in der pluralistischen Gesellschaft. Frankfurt / Main 1980).

4 Jürgen Todenhöfer, Inside – 10 Tage im „Islamischen Staat", 22. Auflage München 2015.

und soziales Netzwerk, die Erfahrbarkeit von Selbstwirksamkeit, die Frage vorhandener positiver Perspektiven sowie die Dimension von Werten bzw. Ideologie[5]. Der reiche Schatz biblischer Erzählungen bietet zahlreiche Möglichkeiten einer konstruktiven Bearbeitung Konflikten durch und emotionalen Reaktionen auf Vielfaltserfahrungen, in denen auch Macht- und Überlegenheitsaspekte zur Sprache kommen. Solche Geschichten haben das Potential, die Perspektive des eigenen in der Perspektive des anderen zu reflektieren und dabei Identität weiterzubilden. Deshalb sollte deutlich aufgezeigt werden, inwiefern ein konstruktiver Umgang mit Vielfalt in der biblischen und theologischen Tradition angelegt ist.

Für die jüdisch-christliche Tradition ist zudem die Menschenwürde, in säkularisierter Form abgeleitet von dem unbedingt und voraussetzungslos gegebenen Geschenk der Gottesebenbildlichkeit, ein unaufgebbares Recht eines jeden Menschen, und zwar unabhängig von Herkunft, Überzeugung, Leistungsfähigkeit und Tun. Diese unantastbare Würde des Menschen ist eine der fundamentalen Grundüberzeugungen für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft im Einklang mit einem biblisch fundierten Menschenbild.

5 Nach: Hilarion Gottfried Petzold (Hrsg.): Methoden des therapeutischen Umgangs mit Symbolen und Symbolisierungsprozessen. Überlegungen zu Kernqualitäten des Menschenwesens [Vortrag auf dem 7. Deutschen Symposium für Kunsttherapie, 27.–30. November 1988], Fritz Perls Akademie, Hückeswagen 1988).

Fundamentales muss nicht fundamentalistisch sein

Fundamentale Grundüberzeugungen unterscheiden sich von fundamentalistischen Konzepten darin, dass sie in reflektierter Rezeption historischer Offenbarungsdokumente Wahrheiten und Wirklichkeitszugänge thematisieren, die andere Wahrheits- und Wirklichkeitszugänge in dieser Weise nicht abbilden können. Fundamentalistische Überzeugungen hingegen verabsolutieren historische Formen von Religion, verwehren sowohl kritische Reflexion als auch kritischen Diskurs und unterscheiden nicht zwischen historischen Erscheinungsformen von Religion und deren transzendentem Ursprung. Fundamental Wichtiges muss also keineswegs fundamentalistisch oder exklusivistisch gewendet sein, sondern bleibt zugleich anknüpfend und widerständig anschlussfähig, ohne vereinnahmend zu sein.

Toleranz – ein theologisch gefüllter Begriff[6]

Die Traditionen des Neuen Testamentes machen die positionelle Pluralitätsfähigkeit und Perspektivität des christlichen

6 Gemeint ist im Folgenden eine Konzeption von „starker Toleranz“ bzw. von „Wertschätzungstoleranz“, die anderen Lebenskonzepten und Weltanschauungen auf Augenhöhe begegnet, also nicht im Sinne einer Erlaubnistoleranz bzw. Duldung einer Minderheut durch eine Mehrheit, einer „Koexistenztoleranz“ oder „Respekttoleranz“, die Konflikte bewusst vermeidet (vgl. dazu: Rainer Forst, Toleranz im Konflikt, Frankfurt / Main 2003 und Evelyn Krimmer, Evangelischer Religionsunterricht und reflektierte Toleranz, Göttingen 2013).

Glaubens deutlich – gleich vier Evangelien überliefern in je eigener Perspektive Leben und Botschaft Jesu. Sie weisen zugleich auf die Diskursfähigkeit in konstruktivem Umgang mit Differenzen hin – beispielhaft genannt sei das Apostelkonzil in Jerusalem sowie der Umgang mit sozialisationsbedingten Fragen religiöser Praxis, beispielsweise dem Verzehr von Götzenopferfleisch.

Dabei wird in Ansätzen auch eine Grundhaltung deutlich, die gegenwärtig als „starke" Toleranz bezeichnet wird. Diese bezeichnet die Fähigkeit, sich in seiner eigenen Positionalität und Identität wertschätzend auf eine abweichende Positionalität einzulassen, beide Positionen kritisch miteinander in Beziehung zu setzen und in konstruktiver Erfahrung von Differenz und der Bereitschaft zu Verstehen und Verständigung die eigene Identität weiterzuentwickeln. Ergebnis eines solchen Perspektivenwechsels muss dabei gerade nicht die Übernahme der jeweils unterschiedlichen Position sein. Differenzen können bestehen bleiben, können unterscheiden, müssen aber nicht trennen.

Unterschiedliches – nicht unbedingt ein Widerspruch

Damit ist auf eine weitere – in der Reformation in besonderer Weise betonte – fundamentale Grundüberzeugung hingewiesen: die Unterscheidung zwischen der Person und dessen Tun. Der Mensch kann an seinem Tun, seiner persönlichen Überzeugung und seinem Lebensentwurf gemessen und bewertet werden, seine gottgeschenkte Würde bleibt davon jedoch grundsätzlich unberührt. Diese Unterscheidung verdeutlicht einen theologisch begründeten konstruktiven Umgang mit Unterschieden, der Vereinfachungslogiken widerspricht, wie sie in populistischen Argumentationsmustern, nicht selten begleitet von irrationalen Affektlogiken, in der Regel enthalten sind. Die logische Form der Dialektik unterscheidet Unterschiedliches, ohne zu trennen, vereint logisch scheinbar Widersprüchliches, ohne es zu vergleichgültigen, und ordnet verschiedene Bedeutungsrelevanzen einander konstruktiv zu.

So gibt sich Gott einerseits in Jesus Christus ganz dem Menschen hin – der offenbare, sinnenfällige Gott –, jedoch bleibt sein Handeln aufgrund seiner Göttlichkeit (Heiligkeit) dem Menschen in seiner tiefsten Tiefe verborgen und jeder menschlichen Verfügbarkeit entzogen. Freiheit bedeutet gerade nicht grenzenlose Freiheit, sondern Freiheit vom Zwang, sich selbst durch sein Tun beweisen zu müssen, und zugleich unverfügbare, geschenkte Freiheit in und durch Jesus Christus: durch Christus zur Freiheit befreit (Gal 5,1). Auch die Weisungen Gottes (Gebote) sind Hinweise darauf, wie Freiheit gelingen kann, stehen also unter dem Vorzeichen der guten Gabe Gottes, seinem Evangelium. Die Liebe Gottes befähigt zur Liebe gegenüber Gott, sich selbst und anderen Mitgeschöpfen. Und auch Hoffnung ist präsent, zwar nicht mit Händen zu greifen, aber im Vertrauen auf Gott immer neu geschenkt: zur Hoffnung hin gerettet (R 8,23).

Vertrauen – Einladung zu Verstehen und Verständigung

Die genannten Beispiele zeigen: Freiheit, Liebe und Hoffnung sind weder „nur" Herausforderung oder Aufgabe noch „nur" eine Gabe, die ohne Folgen bleibt. Nur so kann die Dialektik der Aussagen: „Der Glaube gründet nicht auf Werken" und: „Ein Glaube ohne Werke ist tot" fruchtbar aufeinander bezogen bleiben. Eine einseitige Auflösung dieses spannungsvoll fruchtbaren Miteinanders oder eine Trennung bzw. Verabsolutierung eines der beiden Aspekte sowie eine dualistische Gegeneinandersetzung widerspricht den Zeugnissen der biblischen Tradition. Nicht zuletzt weist die Tradition der Bibel wiederholt auf die Bruchstückhaftigkeit menschlicher Erkenntnis, die in den gegenwärtigen Wissenschaften längst anerkannter Standard ist – sie unterscheiden verschiedene Weisen der Weltwahrnehmung, die sich unterscheiden, aber nicht trennen lassen und jeweils nie das Ganze abbilden können. Diese Bruchstückhaftigkeit menschlicher Erkenntnis bei gleichzeitig bleibender Liebe Gottes (1.Kor 13) kann ein sich selbst bescheidendes Wissen um die eigene Relativität fördern und gerade darin Ansporn zu weiterer Entwicklung in Identität, Verstehen und Verständigung sein.

Das Vertrauen auf und die Gewissheit von Gottes bedingungsloser Liebe, das unverlierbare Gottesgeschenk der Menschenwürde sind ein wichtiges Pfund der Begegnungsoffenheit in Resilienz, ein Ansporn für fehlerfreundlichen und damit keinesfalls mutwilligen Mut zum Wagnis, zur kritischen Reflexion und Relativierung scheinbarer Sicherheiten. Gerade die Tatsache, dass wir allein durch Gottes Liebe vor Gott (ge)Recht(fertigt) sind und bleiben, kann vor Selbstgerechtigkeit, Selbstgefälligkeit und Selbstabschottung bewahren, wie der frühere Ratspräsident der EKD, Wolfgang Huber erst jüngst öffentlich angemahnt hat: „Wir erleben eine neue Subkultur der Selbstgerechtigkeit", ein Einschließen im „Kokon der eigenen Überzeugungen" und im vertrauten Kreis der Gleichgesinnten, der die eigenen Vorurteile bestätigt. „Diese Selbstgerechtigkeit tötet den öffentlichen Diskurs […]. Es genügt nicht, still seine Aversionen zu pflegen. Es hilft aber auch nicht, sein Gegenüber zu verteufeln. Wir müssen schleunigst aufhören, uns gegen unliebsame Meinungen abzuschotten"[7].

Anregungen zum Umgang mit extremistischen, radikalen und populistischen Überzeugungen[8]

Kirche verdankt sich dem schöpferisch-berufenden Wort Gottes. Deshalb setzt sie im Umgang mit anderen Weltanschauungen

7 Wolfgang Huber, Ohne Streit kein Zusammenhalt; in: Die Zeit, Nr. 33, 10.8.2017, S. 46.

8 Eine Zusammenfassung wichtiger Regeln nennt Prof. Bernhard Pörksen (Tübingen) in einem Beitrag in der Stuttgarter Zeitung vom 11.10.2017, S. 31: „Je mehr Dialogversuche mit den Anhängern und Mitläufern, desto besser", „Je sachlicher und konkreter, desto erhellender", „Die Anführer sind nicht die Wähler" und „Ignoranz ist illusionär". Er resümiert: „Es gilt, Resonanzräume der Debatte zu schaffen und zu bewahren, in denen man im Vertrauen auf das bessere Argument und die Vorzüge der offenen Gesellschaft streiten kann. Womöglich braucht es den öffentlich ausgetragenen Disput nach dem Vorbild der Schlichtungen um Stuttgart 21".

und Positionen auf die Kraft des Wortes in Dialog und Diskurs und verzichtet auf Gewalt, die allein dem Staat zugeschrieben wird. Sie bemüht sich gegen gegenwärtige Trends zu fake news und einseitig verkürzenden oder polemischen Darstellungsformen um einen differenzierten und differenzierenden Dialog und Diskurs in Wahrheit und Wahrhaftigkeit. Sie verzichtet auf Ausgrenzung, Verunglimpfung und auf persönlichkeitsverletzende Angriffe. Ihre Erfahrung des Mitleidens Gottes mit den Menschen (griechisch: Sympathie) und der vorbehaltlos geschenkten Liebe und Toleranz Gottes bringt sie beherzt in aktives Mitgefühl und Eintreten für Benachteiligte und Ausgegrenzte sowie in das Bemühen um das Verstehen anderer (Perspektivenwechsel) ein.

Aus Positionalität, in Positionalität entschieden für Menschenwürde und Toleranz

Kirche stimmt im weltlichen Bereich mit dem Staatswesen überein, dass Toleranz um ihrer Selbsterhaltung willen in Unterscheidung von Person (Würde) und Position (Tun) intolerant sein muss gegen Intoleranz. Sie kann und muss dies auch als Kirche in dieser Welt, aber nicht von dieser Welt, in der Kommunikation des Evangeliums und im Dienst der Liebe (Diakonie) öffentlich zur Sprache bringen. Dabei beteiligt sie aktiv in der ihr vom Staat übertragenen Aufgabe der öffentlichen Mitgestaltung der Gesellschaft. Innerkirchlich wird sie ihrer Aufgabe der Bildungsverantwortung, gesellschaftlich ihrer Aufgabe der Bildungsmitverantwortung gerecht. Denn einerseits will Glaube verstanden, kritisch reflektiert und kommuniziert werden, andererseits die Botschaft des Evangeliums um Gottes, der Menschen und der Menschlichkeit willen in Wort und Tat in die Gesellschaft eingebracht werden. Patentrezepte einer konstruktiven Auseinandersetzung mit populistischen Positionen und Menschen gibt es nicht. Einige wenige Ansätze sollen jedoch im Folgenden angedeutet werden.

Bildung und Vorbild als Populismusprophylaxe

Innerkirchliche und weltgestaltende kirchliche Bildung kann und muss deshalb in ihren unterschiedlichen Formen dazu beitragen, zunächst Fremdem und Befremdlichem respektvoll und wertschätzend zu begegnen, Vorurteilen, Abwertung und Verunglimpfung zu wehren und die Fähigkeit zu kritischen Dialog und Diskurs zu fördern. Gerade in ihrem Selbstverständnis, „nicht mit Gewalt, sondern durch das Wort“ zu wirken (non vi, sed verbo), kann und muss Kirche hierbei in der Begegnungs-, Beteiligungs-, Diskurs- und Sprachkultur als modellierendes und sich der eigenen Bruchstückhaftigkeit bewusstes Vorbild wirken. Dabei muss auch selbstkritisch deutlich werden, dass Weltanschauung und Religion vor fundamentalistischen, radikalen und extremistischen Gefährdungen historisch nicht gefeit war und ist. Religiöse Bildung setzt deshalb explizit auch Aufklärung über Religion voraus und motiviert

zu kritischer Reflexivität, zu differenzierender und verständigungsbereiter Positionalität sowie reflektierter Mündigkeit. Indem Kirche sich entschieden für Frieden und soziale Gerechtigkeit engagiert und dies innerhalb der eigenen Institutionen vorbildhaft umsetzt, indem sie gegen Dogmatismus zu kritischer Mündigkeit befähigt und bestehende Beteiligungsformen gegen Vorwürfe eines hierarchischen Elitarismus transparent hält und sich auch in der Öffentlichkeit als Gemeinschaft in Verschiedenheit erkennbar sein lässt, kann sie selbst ein gesellschaftliches Vorbild gegen populistische Anfälligkeit sein. Entscheidend wird dabei auch der Umgang der Konfessionen, Religionen und Weltanschauungen miteinander sein.

Ziel religiöser Bildung sollte sein, angstfrei die Vielfalt an Wirklichkeitsdeutungen und Lebensentwürfen wahrzunehmen, sie im Licht der biblischen Tradition(en) kritisch zu reflektieren und dabei einen – vorläufigen und entwicklungsoffenen – Standpunkt zu gewinnen und diesen im Gespräch mit anderen anschlussfähig, aber nicht unkritisch kommunizieren zu können. Eine solche Fähigkeit, aufgrund eines eigenständigen kritischen Urteils Rechenschaft über die eigene (Glaubens)Überzeugung geben zu können, ist eine wichtige Grundlage für einen reflektierten und differenzierten Umgang mit Differenzen in einer pluralen Gesellschaft. Wer sich dabei der in den biblischen Traditionen enthaltenen Suchbewegungen und der in ihr sich abbildenden Dialektik bewusst bleibt, wird seinerseits auch in der Lage sein, in konstruktiver Weise mit radikalen und populistischen Positionen umzugehen.

Abgrenzung statt Ausgrenzung, Begegnung statt Abschottung

Ausgrenzung populistisch argumentierender Menschen und Positionen kann von ihrem Selbstverständnis her nicht die Reaktion der Kirche auf zunehmenden Populismus sein. Jedoch setzt Begegnung auch entschiedene Abgrenzung gegen Diskriminierung, Emotionalisierung und Vereinfachung voraus[9]. Konstruktiv-diskursive Begegnungen setzen Klarheit und Entschiedenheit bei gleichzeitiger Wertschätzung des Gegenübers voraus. Eine sachbezogene und differenzierte Argumentation wird angesichts populistischer Zuspitzungen, Verkürzungen und stark dualistischer Denkkategorien sowie plakativer Gegenüberstellungen („gesunder Menschenverstand“ und „stille Mehrheit“ versus elitäres Denken und verschleiernde

9 Gegen innerkirchliche Voten, rechtspopulistische Strömungen zu ignorieren vgl. beispielsweise Dietrich Bonhoeffers Votum: „Der Staat, der die christliche Verkündigung gefährdet, verneint sich selbst. Das bedeutet eine dreifache Möglichkeit kirchlichen Handelns dem Staat gegenüber: erstens die an den Staat gerichtete Frage nach dem legitim staatlichen Charakter seines Handelns, d. h. die Verantwortlichmachung des Staates. Zweitens der Dienst an den Opfern des Staatshandelns. Die Kirche ist den Opfern jeder Gesellschaftsordnung in unbedingter Weise verpflichtet, auch wenn sie nicht der christlichen Gemeinde zugehören […]. In beiden Verhaltensweisen dient die Kirche dem freien Staat in ihrer freien Weise, und in Zeiten der Rechtswandlung darf die Kirche sich diesen beiden Aufgaben keinesfalls entziehen. Die dritte Möglichkeit besteht darin, nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad in die Speichen zu fallen“ (Bonhoeffer, Dietrich: Die Kirche vor der Judenfrage (1934), in: DBW XII (1997), S. 349–358).

political correctness), angesichts emotionaler Unterlegenheits-, Ausgrenzungs- und Verlustgefühle in der Regel nur unter erschwerten Bedingungen möglich sein.

Dabei wird immer wieder zu berücksichtigen sein, ob eine Äußerung die Sach- oder Beziehungsebene betrifft bzw. einen appellativen oder Selbstaussagecharakter hat. Nicht selten beinhalten plakative Äußerungen emotionale Befindlichkeiten, die affektlogisch auf scheinbar sachlogische Positionen übertragen werden. Behutsames Wahrnehmen der verschiedenen Bedeutungsschichten plakativer Äußerungen kann zu differenziertem Antwortverhalten führen. In achtsamen und nicht beschämenden Schritten sollte versucht werden, anschlussfähige Sachargumente einzubringen, sachfremde oder unzutreffende Logiken zu entschlüsseln, verfestigte Überzeugungen vorsichtig zu hinterfragen und zu weiten, um eigenlogische Konstruktionen nach und nach zu verflüssigen. Ein emotionaler Schlagabtausch sowie eine polemische Konfrontation führen allein schon aus psychosozialen und neurobiologischen Gründen ebenso zu Verhärtungen wie das Erwidern möglicher despektierlicher und besserwisserischer Haltungen, die jedoch deutlich markiert werden müssen. Auch bei Versuchen persönlicher Verletzung oder beschämender Diskriminierungen ist beherzte Entschiedenheit gefragt, die jedoch ihrerseits nicht beschämend oder ausgrenzend ist, sondern die Würde des Gegenübers trotz befremdlicher Überzeugungen wahrt und transparent werden lässt.

Kommunikation des Evangeliums – alles andere als plakativ

Kommunikation des Evangeliums lässt sich nicht plakativ verkürzen. Ein Blick in die jüngere Kirchengeschichte macht deutlich, dass einer politischen Verkürzung oder Vereinnahmung des Evangeliums, wie sie auch in populistischen Bewegungen erfolgt, in den Anfängen gewehrt werden muss. Dabei gilt es auch, sich möglicher religiös motivierter Gefährdungspotentiale für gruppenbezogene Menschenverachtung bewusst zu sein, diese aufzudecken und konstruktiv zu bearbeiten, beispielsweise wenn sich absolute Wahrheitsansprüche mit impliziten oder expliziten Abwertungen von Menschen verbinden, die anderen Wahrheitskonzeptionen folgen. Ein selbstkritischer Blick in die eigene Kirchengeschichte kann dazu durchaus hilfreich sein. So beinhaltet die historische Regelung „Wessen Reich, dessen Religion“ schon allein im innerchristlichen und interkonfessionellen Bereich eine deutliche Bewertung einer abweichenden Konfession sowie eine bewusste Ausgrenzung von Menschen anderen Bekenntnisses.

Menschen und deren Beweggründe verstehen zu wollen, die für sie populistische Überzeugungen attraktiv machen, zu Recht benannte Missstände anzugehen, entwürdigende Strukturen aufzudecken, im Gespräch Orientierung anzubieten und selbstkritisch „prophetisch“ zu wirken sind ureigene Aufgaben der Kirche in Binnen- und im politischen Raum. Ein konstruktiv-kritischer Um-

gang mit populistischen Verführungen setzt die Unterscheidung voraus, dass es um Sachverhalte bzw. Überzeugungen und um Menschen und deren perspektivische Wirklichkeitswahrnehmung geht. Er setzt in der Vielstimmigkeit auch eine unterscheidbare und für Identifikation erkennbare Kirche voraus, die sich ihrer eigenen vielschichtigen Geschichte, aber auch ihres Grundes bewusst ist.

In ihrem gesellschaftlichen Engagement und im Bereich der kirchlichen Bildungsmitverantwortung sollte Kirche gerade aufgrund ihrer theologischen Grundüberzeugungen wertschätzende Rahmenbedingungen zu Begegnung, Dialog und Diskurs schaffen. Ihr Bekenntnis zur Gottesebenbildlichkeit und Menschenwürde aller Menschen zeigt sie im Eintreten für Bedürftige und Schwache, für Teilhabe und Gerechtigkeit, für Vielfalt und Differenz und damit gegen Diskriminierung. Zum ureigenen, aber auch gesellschaftlichen Auftrag der Kirche gehört unabdingbar, dass sie sich klar und beherzt, wertschätzend und entschieden auch im Diskurs mit extremistischen, radikalen und populistischen Positionen in die Gesellschaft einbringt und auch in dieser Äußerung der Kommunikation des Evangeliums Licht der Welt und Salz der Erde bleibt.

Evangelium heißt: Verschiedenheit und Offenheit

Der Bezug auf das Evangelium schließt per se aus, dass Kirche zu einem selbstreferentiellen, auf sich bezogenen System mit nicht mehr anschlussfähigen Sprachcodes und unhinterfragbaren Positionen werden kann, das sich jeder Veränderung und Kritik entzieht, zumal das Verständnis des Evangeliums auch innerhalb der Kirche nicht unumstritten, weil auslegungsfähig und auslegungsbedürftig ist. Dieses Evangelium macht deutlich, dass Kirche – unabhängig von Mehrheitsverhältnissen – immer Volkskirche, also Kirche für das Volk, Kirche für alle und damit Kirche der Verschiedenen ist. Allein damit steht sie in Widerspruch zu gängigen dualistisch-vereinfachenden oder ausgrenzend-elitären Sortierungsmustern, zumal das Evangelium allen Menschen zugesprochen ist. Und weil Kirche sich weder sich selbst verdankt noch auf einer einheitlichen menschlichen Gesinnung beruht, kann sie ein guter und exemplarischer Erfahrungsraum für einen konstruktiven Umgang mit Pluralität und Differenz sowie für einen entschiedenen Umgang mit Diskriminierung sein.

Das Evangelium macht deutlich, dass die schöpfungsbedingte Verschiedenheit von Menschen ein unschätzbarer Reichtum ist. Zugleich gilt auch, dass es vor Gott kein Ansehen der Person, des Könnens, der ethnischen Herkunft, der weltanschaulichen Prägung oder sonstiger Merkmale gibt – eine dialektische Balance von nicht egalitärer Gleichheit und nicht trennender Verschiedenheit, die immer wieder Grund zu kritischem und differenzierten Nachdenken gibt. ■

Was sage ich wenn …? – Stammtischparolen begegnen

Zunehmende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist ein Phänomen unserer Gesellschaft, vor dem niemand die Augen verschließen kann. In so genannten Stammtischparolen findet diese oft ihren Ausdruck. Wie kann es gelingen, dem etwas entgegen zu setzen, Haltung zu zeigen, Position zu beziehen und sprachfähig zu werden?

Von **Dorothea Eichhorn**

IM Zuge der Flüchtlingsdiskussion macht sich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zunehmend in der Mitte der Bevölkerung breit. Es ist davon auszugehen, dass auch die evangelische Kirche und die Diakonie nicht ausgenommen sind. Eine deutschlandweite Untersuchung[1] besagt, dass insbesondere fremdenfeindliche und alltagsrassistische Positionen von nahezu jeder

1 Oliver Decker u. a.: Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig, Leipzig 2014, www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/mitte_leipzig_internet.pdf [Zugriff: 15.11.2017].

vierten Person in den alten Bundesländern und von nahezu jeder dritten Person in den neuen Bundesländern geteilt werden. Auch andere demokratie- und menschenrechtsfeindliche Erscheinungsformen wie Sexismus, Homophobie, Islamophobie oder die Abwertung von Menschen mit Behinderung haben breite Bevölkerungsschichten erreicht. In anderen europäischen Ländern sind ähnliche Entwicklungen zu beobachten, die sich unter anderem in der Äußerung von so genannten Stammtischparolen niederschlagen.

Der Begriff Stammtischparolen steht dabei für alle Arten von zugespitzten, ausgrenzenden und diskriminierenden sowie schlagwortartig vorgebrachten Äußerungen. Mit diesen werden auch haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende in Kirche und Diakonie konfrontiert – sei es im beruflichen oder im privaten Umfeld. In der Situation selbst fühlt man sich oft überrumpelt und hat keine passende Antwort parat.

Mit dem Angebot eines „Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen" greift das Diakonie.Kolleg. als Fortbildungseinrichtung des Diakonischen Werks Bayern die Problematik auf. In den meist eintägig durchgeführten Workshops setzen die Teilnehmenden sich mit Hintergründen und Dynamiken so genannter Stammtischparolen auseinander und reflektieren ihre eigene Haltung. Sie erhalten inhaltliche Impulse zu hilfreichem Verhalten bei Provokationen und erarbeiten anhand von eigenen Beispielen Handlungsmöglichkeiten und Reaktionsweisen sowie argumentative und inhaltliche Gegenpositionen.

Anfragen dazu kommen aus allen Arbeitsbereichen: Kindertagesstätte, Asylhelferkreis, Sozialpsychiatrisches Zentrum, Erwachsenenbildung, Telefonseelsorge, Kirchliche Allgemeine Sozialarbeit, Partnerschaftsarbeit und andere.

Die verwendeten Bausteine orientieren sich weitgehend am gleichnamigen Konzept von Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer[2], das von diesem bereits Ende der 1990er-Jahre entwickelt wurde. Ziel des Argumentationstrainings ist es, die Teilnehmenden zu ermutigen und zu befähigen, aus der schweigenden Menge herauszutreten, um (Gegen-)Position zu beziehen.

So sieht ein Trainingstag, der bewusst als Workshop mit hohem Praxisbezug angelegt ist, in der Regel aus:

1. *„Worum geht es bei Stammtischparolen?"* – Sammlung am Flippchart und Input zu Dynamik und Hintergründen

2. *„Das ist doch typisch …"* – persönliche Verortung zum Thema ZVorurteil und Input zu Definition und Funktion von Vorurteilen

3. *„Was ist aggressiv*?" – Reflexion des eigenen Verständnisses von Aggression und Input zu unterschiedlichen Definitionen
4. *„Ausflug in die Kommunikationstheorie"* – vier Aspekte einer Nachricht

2 Klaus-Peter Hufer: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen. Schwalbach/Taunus: WOCHENSCHAU Verlag (8. Auflage) 2008. Siehe auch das Interview mit Hufer: www.youtube.com/watch?v=c4lPb6eoFZI [Zugriff: 15.11.2017].

und Grundsätze menschlicher Kommunikation – Input und Praxisbeispiele

5. *„Das wird man doch wohl noch sagen dürfen“* – Sammlung von Beispielen für Stammtischparolen und Zuordnung der vier Aspekte

6. *„Ich weiß doch, was ich weiß…“* – Input zur Theorie der kognitiven Dissonanz

7. *„Stammtischrunde“* – Rollenspiel am Stammtisch zu einem selbstgewählten Thema oder einem der gesammelten Beispiele mit anschließender Reflexion

8. *„Was doch wirken könnte“* – Input zu hilfreichem Verhalten bei Provokation und Erarbeitung von konkreten Gegenstrategien zu den gesammelten Parolen-Beispielen in Kleingruppen

Zusammenfassung und Auswertung

Vor allem im Stammtischrollenspiel werden die Dynamiken deutlich, die es so schwer machen, angemessen zu reagieren. Einige Ansatzpunkte für hilfreiche Gegenstrategien seien hier beschrieben:

Parolen springen vermeiden

Beliebt ist das „Parolen-Springen“, bei dem von einem zum nächsten Thema gewechselt wird, ohne auf die Antwort des Gegenübers einzugehen. Kommt man mit der Behauptung „Diese Asylbewerber nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“ nicht weiter, wird die nächste Parolenkarte gezückt: „Und unsere Frauen und Töchter sind nicht mehr sicher auf der Straße.“ Wichtig ist es hier, als Gesprächspartner oder -partnerin an einem Argumentationsstrang zu bleiben und sich nicht aufs nächste Nebengleis führen zu lassen.

Widersprüche aufdecken

Ich selbst habe am Bahnsteig mal ein interessantes Stammtischbeispiel erlebt und verwende es seither in den Seminaren: Ein Mann sprach die Wartenden an, ob sie mal einen Euro hätten, er brauche Geld für eine Fahrkarte. Woraufhin eine Frau sich lauthals ereiferte: „Der kriegt doch sein Hartz IV. Wir zahlen dafür, dass er das bekommt. Außerdem kann er arbeiten gehen. Ich gehe auch für einen Euro arbeiten.“ Leider war ich in dem Moment nicht schlagfertig genug. Erst im Nachhinein fiel mir ein, dass diese Frau sicher nichts dafür zahlt, dass irgendjemand staatliche Leistungen bekommt, wenn sie eine so genannte „1-Euro-Jobberin“ ist.

Seltsamkeiten benennen

„Das sind doch alles Wirtschaftsflüchtlinge.“ Ist eine Parole, die eigentlich immer genannt wird. Darauf kann man z. B. mit dem Hinweis auf osteuropäische Pflegekräfte kontern, die von einigen deutschen und österreichischen Haushalten gern beschäftigt werden. Sind diese „Wirtschaftsflüchtlinge“ dann andere?

Scheinbare Zusammenhänge hinterfragen

In einem Stammtischrollenspiel konnte ich ein schönes Beispiel erleben, wie man mit Ironie auf unzulässige Zusammenhänge hinweisen kann. Ein Teilnehmer sagte „Nicht ordentlich deutsch sprechen, aber unsere Frauen vergewaltigen!“ Woraufhin eine Teilnehmerin antwortete: „Ach so, wenn die deutsch könnten, dürften die das? Das ist mir neu. Das müssen Sie mir erklären. Wo steht das?“

Nachfragen

Konkretes Nachfragen ist immer eine gute Strategie, denn es zwingt das Gegenüber, seine Behauptung zu erläutern und – bestenfalls – zu hinterfragen: „Was meinen Sie genau damit?“ – „Woher wissen Sie das?“ – „Haben Sie damit konkrete Erfahrungen gemacht?“

Persönlichen Bezug herstellen

Wenn es gelingt, dass das Gegenüber sich in die Lage von Menschen auf der Flucht hineinversetzt und überlegt, wie es ihm bzw. ihr in dieser Situation ginge, setzt manchmal doch ein Nachdenken ein: „Würden Sie nicht auch alles tun, um ihren Kindern ein gutes Leben zu ermöglichen?“

Mit Argumenten argumentieren

Selbst wenn Argumente, die mit Zahlen, Daten und Fakten unterlegt sind, nicht unmittelbar Wirkung zeigen, ist es doch hilfreich, sich ihrer zu bedienen. Sie geben in der Situation Sicherheit und erleichtern es, an einem Thema zu bleiben. Die unentschiedenen Schweigsamen können durch Sachargumente erreicht werden. Außerdem wirken Gespräche nach und bringen vielleicht doch den einen oder die andere zum Nachdenken.

Und nicht zuletzt geht es darum, Parolen nicht unwidersprochen stehen zu lassen. „Die Hoheit über den Ladentheken, Straßenbahnen, Kantinen etc. soll nicht den Parolendrescher/innen überlassen werden.“ (Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer). ■

Kirche und Rechtspopulismus – eine evangelische Position

Was bewirken kirchliche Äußerungen in einer derzeit politisch aufgeheizten Lage? Wie kön-nen sie differenziert mit den Ambivalenzen der politischen Kultur umgehen und zugleich eine klare Orientierung im Umgang mit Rechtspopulismus geben? Dazu wird eine evangelische Verfahrensethik für die aktuellen Auseinandersetzungen in Gemeinden und Kirchenleitungen entworfen.

Von **Frank Otfried July**[1]

1. Einstieg

Gegenwärtig erleben wir, dass rechtspopulistische Äußerungen im Zuge von Wahlkämpfen in unserer Gesellschaft Widerhall finden. Eine Partei wie die AfD, deren prägende Personen mit rassistischen und antisemitischen Parolen auffallen, zieht derzeit in die Parlamente

1 Der vorliegende Text wurde als Vortrag auf der Tagung „Kirche und Rechtspopulismus – Zum Umgang der Kirchen mit aktuellen rechtspopulistischen Strömungen“ gehalten, die vom 24.03–25.03.2017 in der Evangelischen Akademie Bad Boll stattfand. Der Duktus des Vortrages wurde für diese Publikation bewusst beibehalten. Hingewiesen sei auch auf eine Fernsehdokumentation des SWR („Wahre Christen oder böse Hetzer? Spaltet die AfD die Kirchen?“) vom 14.09.2017, die einen Eindruck vom unmittelbaren Kontext des Vortrags ermöglicht und ein Interviewmit mir enthält, das im Rahmen der Tagung aufgenommen wurde.

ein. Diese Aussagen sind es, die auch die Kirche herausgefordert, Stellung zu beziehen. Das heißt auch, in bestimmten Situationen müssen wir unsere Äußerungen zuspitzen. Bei allen von mir besonders geschätzten Differenzierungen gibt es die Notwendigkeit, „Klarheit" zu zeigen. So habe ich mich im Januar 2016 bei einer Demonstration in Stuttgart deutlich gegen Rassismus ausgesprochen und für Vielfalt in unserer Gesellschaft geworben.[2] Ebenso für eine differenzierte Wahrnehmung des Islam.[3] Es ist gut, dass wir uns heute in Bad Boll in Klarheit und Differenziertheit über den Umgang mit Rechtspopulismus und der AfD austauschen. Hier übt die Akademie wieder eine wichtige Funktion in Zivilgesellschaft und Kirche aus.[4]

2. Ambivalenzen

Ich bin allen, die „klare Kante" zeigen und öffentlich ihre Stimme erheben, sehr dankbar.[5] Nicht nur in unserem Land beobachte ich eine Verschärfung der öffentlichen Debatte über den Rechtspopulismus, sondern auch in anderen europäischen Ländern wie etwa Ungarn. Das wird mir als Vizepräsident des LWB und in der Kommission für Europafragen der EKD immer wieder vor Augen geführt. Es gilt dabei freilich ein Phänomen genauer anzuschauen, das weniger trennscharf zu beschreiben ist, als es gemeinhin gilt: Die Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg hat uns in der Kirche vor Augen geführt, wie wichtig es ist, in kritischer Distanz zum Rechtspopulismus und der AfD gleichwohl immer mit Menschen zu sprechen, die sich hier politisch angesprochen fühlen und sie nicht vollständig aus dem öffentlichen Diskurs auszugrenzen. Ich habe das mehrfach bei kritischen Reaktionen auch in der Flüchtlingsfrage gesagt. Wir müssen mit den Menschen sprechen. Z. B.: Was ist Identität? Was

2 Vgl. www.elk-wue.de/news/11012016-gegen-rassismus-und-gewalt/ [Zugriff: 15.11.2017].

3 Interview in der Stuttgarter Zeitung vom 21. April 2016, zit. nach www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.landesbischof-july-im-interview-der-islam-und-die-muslime-gehoeren-zu-deutschland.0667cf25-60f9-4fb3-b4fc-fc31a600cb1a.html [Zugriff: 15.11.2017].

4 Die Evangelische Akademie Bad Boll ist die älteste und eine der größten evangelischen Akademien in Deutschland. Sie ist in zahlreichen gesellschaftlichen Debatten ein wichtiges Forum für den produktiven Austausch zwischen Kirche, Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft.

5 Zu den profiliertesten Kritikern des Rechtspopulismus gehört der katholische Stadtdekan Christian Hermes, der auf der genannten Tagung ebenfalls sprach und der seine Position auch an anderer Stelle öffentlich mitgeteilt hat, vgl. Christian Hermes, Kirchlich-politische Wachsamkeit. Die AfD als Prüfstein, in: AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion. Hg. v. Stefan Orth und Volker Resing., Freiburg im Breisgau: Herder 2017, S. 72–91.

Ebenfalls pointiert äußert sich der Bischof der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Markus Dröge. Vgl. etwa ders.: „Was haben wir Christen, was hat die Evangelische Kirche dem wachsenden Rechtspopulismus entgegenzusetzen?" – Vortrag auf der Kreissynode des Kirchenkreises Teltow-Zehlendorf am 25. März 2017, zit. nach www.ekbo.de/fileadmin/ekbo/mandant/ekbo.de/1._WIR/06._Bischof/Gru%C3%9Fworte_und_Vortr%C3%A4ge/170325_Vortrag_Dahlem-Was_haben_Christen_dem_wachsenden_Rechtspopulismus_entgegenzusetzen.pdf [Zugriff: 15.11.2017].

ist christlich? Was ist Abendland?Die Dresdener Rede des Thüringer Landessprechers und Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag, Björn Höcke, hat zu einem öffentlichen Aufschrei geführt – mit Recht. Vielen, die diese Rede über einen YouTube-Mitschnitt wahrgenommen haben, wurde sofort deutlich, dass Anlass zur Sorge besteht, wenn gewählte Volksvertreter zu einer gefährlichen Umdeutung der deutschen Geschichte aufrufen.[6] Höcke nahm bewusst in Kauf, dass die deutsche Schuld an der Ermordung von sechs Millionen Juden bagatellisiert wird. Er hat den demokratischen Konsens einer deutschen Erinnerungskultur für sich damit aufgekündigt. Hier war es wichtig, dass Vertreter der Kirchen „klare Kante" zeigten. Mittlerweile haben sich Teile der AfD von diesen Aussagen öffentlich distanziert.[7]

Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass die öffentlichen Debatten der Kirchen mit der AfD auch deshalb so schwierig zu führen sind, weil diese zwar Fairness in der öffentlichen Streitkultur einfordert und sich als Opfer einer Medienkampagne sieht, zugleich aber gezielt mit Äußerungen provoziert, die offen rassistisch sind und faktisch für rechtsextreme Positionen stehen, wie sie in der NPD anzutreffen sind oder in der Identitären Bewegung.

Ich will an dieser Stelle nun zunächst nicht weiter über die AfD und ihre politischen Haltungen reden. Das Thema meiner heutigen Überlegungen blickt vielmehr auf uns als Kirche. So wichtig die „Klare Kante" gegen Geschichtsrevisionismus, Rassismus und völkische Ideologien ist, stellt sich mir die Frage, wie *wirkungsvoll* diese Äußerungen von Kirchenvertretern in einer öffentlich aufgeheizten Lage tatsächlich sind.

Christlicher Glaube ist zwar persönlich, aber nicht Privatsache. Deshalb müssen wir zu Grundfragen der Menschenwürde und des Zusammenlebens sprechen, auch in unserer Kirche. Schaut man aber näher hin, so wird deutlich, dass kirchliche Äußerungen mit den Ambivalenzen des öffentlichen politischen Diskurses genauso umgehen müssen wie alle anderen Diskursteilnehmer. Zu diesen Ambivalenzen gehört im Fall der AfD ein unscharfes Bild von einer Partei und ihren Vertretern: Vergleichsweise einfach ist es, im Fall eines Björn Höcke zu urteilen, also wenn es um die klare Verletzung von rechtsstaatlichen Standards geht und die Kirche ihrem Auftrag gemäß handelt, wenn sie sich an die Seite von Schwachen und hilfsbedürftigen Menschen begibt und die Wahrung der Menschenwürde einfordert.

Schwieriger ist es, wenn wir bedenken, dass Teile des Rechtspopulismus innerhalb des Parteienspektrums in unserem Rechtsstaat verortet werden müssen. Die AfD ist eine politische Partei, die in den baden-württembergischen Landtag gewählt wurde und die bislang m. W. nicht

6 Vgl. www.youtube.com/watch?v=WWwy4cYRFls [Zugriff: 15.11.2017].

7 Andere Äußerungen, zuletzt im Bundestagswahlkampf 2017, haben aber gezeigt, dass Vertreter der AfD auch weiterhin zu bewusst herbeigeführten Tabubrüchen bereit sind.

vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Zugleich unterstreicht die Ambivalenz der Wahrnehmung, dass die AfD zum Teil doch solche Positionen vertritt, mit denen sich auch einzelne Mitglieder unserer Kirche identifizieren.[8] Gerade das Familienbild, das sich im Parteiprogramm der AfD findet, entspricht der Auffassung einer Reihe von Kirchenmitgliedern. Sprachrohr dieser Gruppierung in der AfD ist u. a. die Facebook-Gruppe „Christen in der AfD".

So will ich nun fragen, wie eine evangelische Position beschrieben werden kann, die um diese Ambivalenzen weiß und gerade darin angemessen und wirksam in politischen Fragen Stellung bezieht. Ich sehe uns alle aufgerufen, darüber nachzudenken, wie beides zusammenzudenken ist: der Anspruch des Evangeliums, an der Seite der Schwachen zu stehen und gegen Unrecht zu streiten und zugleich sich fragen zu lassen, wie das konkret unter den Bedingungen der heutigen parlamentarischen Demokratie zu geschehen hat. Ich zitiere dazu den Theologen Arnulf von Scheliha:

„Zwischen dem prophetischen Gestus einer politischen Theologie und dem gläubigen Vertrauen auf die Rationalität politischer Prozesse öffnet sich ein breites Spektrum, in dessen Mitte eine verfahrensethische Interpretation des protestantischen Politikverständnisses steht."[9]

Ich will nun zuerst zwei der wesentlichen Traditionen der protestantischen Theologiegeschichte kurz in Erinnerung rufen und ihre Stärken und Grenzen beleuchten, nämlich die Fünfte These der Barmer Theologischen Erklärung von 1934, kurz: Barmen V, und die Zwei-Reiche-Lehre von Martin Luther. In einem zweiten Teil will ich jene Konsenspapiere würdigen und für den aktuellen Diskurs fruchtbar machen, die seit 1985 von der EKD erarbeitet wurden und für die Diskussion hier in der Akademie eine wichtige Rolle gespielt haben. In einem dritten und letzten Teil werde ich dann eine Position entfalten, die sich direkt auf die eingangs wahrnehmbaren Ambivalenzen der politischen Kultur bezieht und einen Rahmen für zukünftige Auseinandersetzungen mit dem Rechtspopulismus beschreiben will.

3. Zur argumentativen Reichweite von Luthers „Zwei-Reiche-Lehre"

Die Verhältnisbestimmung von Staat und Kirche hat in der lutherischen Tradition seinen klassischen Ausdruck in Martin Luthers Lehre von den Zwei Reichen und Regimenter gefunden.[10] Luther unter-

8 Vgl. Liane Bednarz, Die Radikalen. Konservative Katholiken und Evangelikale haben endlich eine politische Kraft gefunden, die zu ihnen passt: die AfD, in: FASZ v. 31.01.2016, S. 9.

9 Arnulf von Scheliha, Protestantische Ethik des Politischen, Tübingen 2013, S. 251.

10 Vgl. Martin Luther, Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei (1523), WA 11, S. 246–280.

scheidet darin bekanntlich geistliche und weltliche Macht, die in unterschiedlicher Beziehung zu den Menschen steht. Dem entsprechen verschiedene Herrschaftsweisen Gottes. Seine Herrschaft über die Gläubigen übt Christus durch das geistliche Regiment aus, durch das ministerium verbi divini, durch die Predigt von Gesetz und Evangelium, durch die Sakramente usw. Die Herrschaft über das Reich der Welt übt Gott durch das weltliche Regiment aus, das die Zehn Gebote in der Ordnung der Welt äußerlich durchsetzt, den Frieden sichert, die weltliche Gerechtigkeit wahrt. Das Ziel der zwei Reiche und Regimente Gottes liegt im Willen Gottes, der die Welt durch das Gesetz gegen die Macht des Bösen schützt und durch das Evangelium von ihr erlöst.

Die Rezeption dieser Lehre war in ihrer Geschichte nicht vor Missverständnissen und Verwerfungen gefeit. Der Vorwurf lautet in der Regel, die Lehre begründe die protestantische Legitimierung obrigkeitlicher Gewalt und verhindere einen im Ausnahmefall notwendiges Widerstandsrecht von Christen. Viele der späteren Anfragen waren für Luther freilich gar nicht im Blick. So ist es im Jahr des Reformationsjubiläums wichtig daran zu erinnern, dass Luthers Zuordnung von weltlichem und geistlichem Regiment wohl eher von einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber der menschlichen Natur geprägt ist und daher das Gewaltmonopol bei einer von Gott eingesetzten Obrigkeit ansiedelt und damit zugleich begrenzt.

Christen sind im Sinne ihrer jeweiligen Berufe zur Mitwirkung an den Aufgaben der Obrigkeit verpflichtet. Sie nehmen damit politische Verantwortung wahr, sie gehören damit auch zum „Reich der Welt". Als einzelner Christ bleibt jeder aber dem Reich Christi zugehörig. Man kann daher festhalten, dass für unsere Fragestellung die lutherische Tradition zwei Pointen aufweist: Christen begreifen die Obrigkeit als Teil der guten Ordnung Gottes und sehen sich im Rahmen ihrer *Berufsethik* zur Mitwirkung verpflichtet. Weiterhin gilt: Der Maßstab einer guten Ordnung ist dabei die weltliche Durchsetzung der Zehn Gebote. Einen Auftrag zur prophetischen Kritik der Kirche an Staat und Obrigkeit gibt es bei Luther nicht. Ihre Verkündigung des Evangeliums ist nicht mit der konkreten Umsetzung politischer Themen im Reich der Welt verbunden.

4. Zur argumentativen Reichweite der Rede vom „Wächteramt der Kirche"

Spätestens mit Beginn der nationalsozialistischen Schreckens-Herrschaft in Deutschland wurden zwei systembedingte Schwächen dieser lutherischen Tradition erkennbar. Der einzelne Christ konnte in Gewissensnöte gelangen, wenn sich die Ansprüche, die die jeweiligen Reiche an ihn stellten, nicht mehr zur Deckung bringen ließen. Wie sollte er sich zwischen dem Anspruch des Evangeliums und dem Anspruch des Staates entscheiden?

Die zweite Schwäche lag in der fehlenden Möglichkeit der Kirche, auf den

Staat bei Fehlverhalten der Regierenden direkt einzuwirken. Auf beide Systemschwächen antwortete die Barmer Theologische Erklärung von 1934. In ihr findet sich vor dem Hintergrund der Tradition der Königsherrschaft Christi die Vorstellung vom Wächteramt der Kirche. In der fünften These heißt es dazu programmatisch über den Auftrag der Kirche:

„Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt."

Noch pointierter hat Dietrich Bonhoeffer wenige Jahre später das Wächteramt der Kirche so beschrieben: „Es gehört zum Wächteramt der Kirche, Sünde Sünde zu nennen und die Menschen vor der Sünde zu warnen. […] Es gehört zur Verantwortlichkeit des geistlichen Amtes, dass es die Verkündigung der Königsherrschaft Christi ernst nimmt, dass es auch die Obrigkeit in direkter Ansprache in aller Ehrerbietung auf Versäumnisse und Verfehlungen, die ihr obrigkeitliches Amt gefährden müssen, aufmerksam macht."[11]

Es bleibt die uneingeschränkte Aufgabe der Kirche, dieses Wächteramt gegenüber staatlicher Willkürherrschaft in Stellung zu bringen. Darüber herrscht sicher Einigkeit. Umstritten ist aber doch wohl, welche Legitimation dieses Wächteramt in einer parlamentarischen Demokratie für sich beanspruchen kann. Welche Reichweite über die Kirche hinaus hat der Anspruch eines Wächteramts, das sich auf die Herrschaft Christi auf das ganze Gemeinwesen beruft? Manches in der weitgehend säkularen Gesellschaft ist nicht plausibel, worin der Wissensvorsprung der Kirche bestehen soll und wie ihr Anspruch eines Wächteramtes dem diskursiven Charakter politischer Willensbildungsprozesse gerecht werden kann.

5. Impulse aus EKD-Schriften

Ich halte nun ein Zwischenergebnis meiner bisherigen Überlegungen fest: Sowohl Martin Luthers Lehre vom geistlichen und weltlichen Regiment wie die Barmer Theologischen Erklärung sind für die Selbstverständigung des Protestantismus zwar nach wie vor von großer Bedeutung und finden in Begründungsfiguren gegenwärtiger kirchlicher Äußerungen Eingang. Zugleich aber wird deutlich, dass ihre zeitgeschichtlichen Kontexte so dominant sind, dass sie für die Debatte um die Haltung der Kirche zum Rechtspopulismus und der AfD nur bedingt aussagekräftig sind.

Evangelisches Nachdenken über Kirche und Politik unter den Bedingungen eines demokratischen Rechtsstaates ist also von jenen Verlautbarungen viel eher zu erwarten, die nach 1945 entstanden sind. Ich greife die beiden wichtigsten heraus und kommentiere sie im Kontext unserer aktuellen Fragstellung. Es handelt sich um

11 Dietrich Bonhoeffer, Theologisches Gutachten: Staat und Kirche (1941), in: Konspiration und Haft 1940–1945. Hg. v. J. Glenthoj u.a (DBW 16), S. 531.

die EKD-Denkschrift von 1985, *Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie*, sowie um das gemeinsame Wort von EKD und katholischer Bischofskonferenz, *Demokratie braucht Tugenden* von 2006. Beide Schriften greifen wenig überraschend auf Luther ebenso wie auf Barmen zurück und betonen ganz allgemein, wie wichtig das gesellschaftspolitische Engagement von Christen in der Gesellschaft sei und, dass es unabdingbar sei, zwischen den Aufgaben des Staates und der Kirche zu unterscheiden. So heißt es dazu noch 1985 etwas zaghaft, aber grundsätzlich:

„Christen nehmen als Bürger unseres Staates am demokratischen Prozess mitverantwortlich und mitbetroffen teil. Wie lassen sie sich aus christlicher Überzeugung auf die Aufgaben und auf die spezifischen politischen Strukturen der Demokratie ein?“ [12]

Beim Wiederlesen fand ich nun besonders erhellend, mir noch einmal bewusst zu machen, auf welche damaligen Debatten die beiden Schriften reagieren und welches Bild von Kirche und Politik sie für die Zukunft entwerfen.

Mit der EKD-Denkschrift *Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie* von 1985 würdigte die evangelische Kirche den langen Weg des deutschen Protestantismus im 20. Jahrhundert zur Bejahung von Demokratie. Zu den Mitwirkenden an dieser Schrift gehörten übrigens Erhard Eppler, Wolfgang Huber und Roman Herzog. Anfang der 1980er-Jahre, inmitten von Friedensbewegung, dem Streit um die Atompolitik und die Gründung zahlreicher Bürgerbewegungen tritt die Denkschrift zunächst für eine Würdigung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates ein und thematisiert zugleich die Frage des Widerstandsrechts, die sie auf der Ebene des einzelnen politisch Handelnden verhandelt[13]. Die Denkschrift unterstreicht weiterhin, wie wichtig die Mitwirkung der Christen am Gemeinwesen sei. Der eigentliche Fokus der Denkschrift liegt also auf dem freiheitlich demokratischen Staat als Gegenüber der Kirche.

Für unseren Zusammenhang ist nun die Position der Denkschrift besonders anregend, die sie gegenüber den Parteien einnimmt. Ihre Bedeutung für die parlamentarische Demokratie wird gewürdigt und zugleich auf eine zu Beginn der 1980er-Jahre gewachsene Distanz von Zivilgesellschaft und Parteien aufmerksam gemacht. Die Denkschrift kritisiert fehlende Bürgernähe der Parteien. Daneben spricht sie sich aber deutlich für Konsensverfahren aus, die bei schwierigen Entscheidungsprozessen die Lösung gesellschaftlicher Konflikte ermöglichen. Eine generelle Würdigung von außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen findet sich hier nicht. Bemerkenswert genug ist hier vielmehr, dass die Denkschrift sich für eine Verfahrenskultur ausspricht, ohne inhaltlich auf die Ziele solcher Verfahren direkt Einfluss nehmen zu wollen:

12 Vgl. Kirchenamt der EKD im Auftrag des Rates der EKD (Hg.), Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 4. Aufl. 1990, S. 11.

13 Ebd.

„Darum ist bei der Entscheidung nach der Mehrheitsregel der Konsens im Verfahren konstitutiv für eine freiheitliche Demokratie. Das für alle bindende Verfahrensrecht hat sich auf die Regelung des Formalen zu beschränken; es darf keine inhaltlichen Entscheidungen präjudizieren.“ [14]

Im Hinblick auf die Rolle der Kirche in öffentlichen Debatten hält die Denkschrift fest, es gebe zwar im allgemeinen Sinn eine Verantwortung der Christen zur Mitwirkung in Staat und Gesellschaft. Aber die Autorität, die der Kirche im Diskurs über öffentliche Konflikte zukomme, hänge nicht an einer formalen Autorität, sondern an ihrem Inhalt. Ich zitiere hierzu eine Schlüsselpassage der Denkschrift:

Die Kirche „kann […] keine andere Autorität in Anspruch nehmen als die Überzeugungskraft ihrer Sachargumente und, gemäß ihrer Tradition, der Gründe aus Schrift und Bekenntnis. Die Kirche soll in den großen Entscheidungsfragen der Gesellschaft nach Möglichkeit klare und eindeutige Orientierungspunkte angeben. Wo es jedoch nur um geeignete Wege geht, sollte die Autorität des geistlichen Amtes nicht zum Instrument eines politischen Willens gemacht werden. Die Gemeinsamkeit im Glauben ist nicht identisch mit politischem Konsens.“[15] Allerdings ein Konsens über Grundzusagen des Evangeliums.

Manche mögen diese Haltung enttäuschend oder zumindest ernüchternd finden. Aus der Sicht von heute bleibt festzuhalten, dass kirchliche Äußerungen in einer pluralen, ja sogar multireligiösen Gesellschaft keine Sonderautorität mehr beanspruchen können, wohl aber Gehör finden, wenn sie in ihrer Grundhaltung erkennbar sind und überzeugend argumentieren. Der politische Konsens aller Kirchenmitglieder ist dabei nicht das Ziel.

Im Jahr 2006, als das gemeinsame Wort *Demokratie braucht Tugenden* entstand, blickte man bereits auf die vollzogene deutsche Einheit zurück. Die politische Situation hatte sich nach der Jahrtausendwende in Deutschland nun nachhaltig verändert. Als die große Herausforderung, vor der die Gesellschaft und mit ihr die staatlichen Einrichtungen stehen, wird jetzt die hohe Arbeitslosigkeit benannt. Sie bedroht nicht nur die Teilhabe der arbeitslos gewordenen Menschen, sondern führt auch zur Krise des Gemeinwesens, was sich in Wahlmüdigkeit und generelle Kritik an demokratischen Willensbildungsprozessen niederschlägt.[16]

Ging es 1985 in der EKD Denkschrift *Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie* noch um eine grundsätzliche Wertschätzung von Staat und Demokratischer Ordnung, so wird nun aktiv betont, wie notwendig die Mitverantwortung der Kirche für den Erhalt von Demokratie und Rechtsstaat sei. Die Kirchen bieten mit ihren öffentlichen Äußerungen, so die Posi-

14 A. a. O., S. 31.

15 A. a. O., S. 46.

16 Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland / Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): Demokratie braucht Tugenden. Gemeinsames Wort des Rates EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens (Gemeinsame Texte 19), Hannover / Bonn 2006, S. 8.

tion 2006, eine Wertorientierung. Freiheitliche demokratische Kultur und kirchliche Wertorientierung treffen sich demnach in dem Eintreten für Menschenwürde und Gemeinwohl. Gerade letzteres ist der Schlüssel zum Verständnis der Schrift. Für dieses Gemeinwohl setzen sich nicht nur staatliche Institutionen ein, sondern vor allem die Bürgerinnen und Bürger selbst. Wie diesem Gemeinwohl zu dienen sei, entfaltet das gemeinsame Wort von EKD und katholischer Bischofskonferenz anhand des Tugendbegriffs. Besonders erhellend ist die dabei getroffene Unterscheidung in vier Personengruppen, denen unterschiedliche Tugenden zugeordnet werden. Ich führe sie uns auf, weil sie im Umgang mit Rechtspopulismus wichtig sind.[17] Es sind dies folgende:

- Bürger: Ihnen werden Eigeninitiative und Zivilcourage empfohlen.
- Mandatsträger / Politiker: Sie sollen sich vor allem am Gemeinwohl orientieren.
- Journalisten: Sie sollen wahrhaftig, selbstkritisch, sorgfältig, mutig arbeiten.
- Verbände: Sie sollen sich der Kontrolle stellen und das Gemeinwohl unterstützen.

Diese kirchliche Verlautbarung von 2006 ermutigt die Kirche und ihre Mitglieder geradezu, sich für zentrale Werte des Gemeinwesens einzusetzen. Besonders auffällig ist natürlich neben der Wahrung der Menschenwürde hier das fast durchgängige Eintreten für das Gemeinwohl. An dieser Stelle ist es angebracht, an zentrale Denkfiguren des Rechtspopulismus zu erinnern. Dieser kreist in oft diffuser Weise um zwei Polaritäten. Einerseits um das Volk, das vor den Interessen einzelner zu seinem Recht verholfen werden soll. Zum anderen um Eliten wie Politiker, Medienvertreter und Kirchenleitungen, die sich den Staat und seine Einrichtungen „zur Beute machen“ und dem Volk Rechte vorenthalten. Die Rede vom Volk besitzt Anklänge an nationalkonservative bis rassistische Vorstellungen vom „Volkskörper“, dessen Zugehörigkeit jenen verwehrt ist, die etwa als Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Dem gegenüber spricht das Gemeinwohl eine Verantwortung für alle jene aus, die unabhängig von ihrer Herkunft Teil jener sind, die jetzt hier leben. Was dem Gemeinwohl dient, dient nicht zugleich einem Volk. Das Gemeinwohl setzt beim Wohl aller und ihrer friedlichen Koexistenz an.

6. Eine evangelische Position heute

In einem letzten Abschnitt meines heutigen Vortrages will ich nun die bisherigen Beobachtungen zusammenführen und eine eigenständige, evangelische Position entfalten. Der bisherige Gang durch die evangelische Tradition hat erbracht, wie schwierig es scheint, in einer pluralen, offenen Gesellschaft als Kirche kompetent und wirkungsvoll auf politische Konflikte einzugehen. Dieser Befund darf nicht dazu führen, dass Kirche unpolitisch wird und sich aus notwendigen Debatten wie um den Status der AfD heraushält. Worum kann es also stattdessen gehen?

17 A. a. O., S. 18 ff.

Ich will den Vorschlag einbringen, aus Perspektive der Kirchenleitung vielmehr von einer „Verfahrensethik“ zu sprechen, die gleichsam den Rahmen für die je neue Erarbeitung von thematischen Positionen und ihrer Diskursfähigkeit austariert. Ich profiliere dies in drei Grundlinien:

1) In politischen Diskursen ist immer neu das Verhältnis von individueller Gewissensentscheidung und offizieller kirchlicher Stellungnahme zu klären. Nehmen wir im Jahr des Reformationsjubiläums ernst, was Kern evangelischer Freiheit ist, so ist deutlich, dass jede Einwirkung oder Mitgestaltung in politischen Konflikten reformatorisch am Gewissen des Einzelnen ansetzen muss. Engagement und Solidarität sind nicht aus einem abstrakten Kirchenbild abzuleiten, sondern aus dem Gewissen des Einzelnen. Gleichwohl spielt die Gemeinschaft der Gläubigen bei der Resonanz dieser Einwirkung eine entscheidende Rolle. In dieser Gemeinschaft bilden sich Traditionen der Wertorientierung aus, etwa in der Solidarität mit den Schwachen. Und gemeinsam geäußert entwickeln sie eine gesellschaftliche Relevanz. Sowohl bei den gesellschaftspolitischen Forderungen als auch bei der Begründung eigener Wertehaltungen spielen die Verweise auf biblische Traditionen eine wichtige Rolle. Zweifelsohne haben alle diese Texte ihren Sitz im Leben und stehen in einem je eigenen Zusammenhang. Gleichwohl aber haben diese Texte die Kraft, Menschen in ihren Grundwerten zu formen und ihr Handeln maßgeblich zu bestimmen – jeden einzelnen. In unserer Landeskirche – vor Ort in der Kirchengemeinde, in Projekten oder landesweiten Initiativen – verweisen tausende Ehrenamtliche in bei der Frage nach ihrem Motiv zu helfen, auf das Gleichnis vom barmherzigen Samariter oder die Bergpredigt. Dadurch bekommen diese biblischen Traditionen gesamtgesellschaftliches Gewicht. Kirchenleitende Äußerungen richten sich demnach primär an die eigenen Kirchenmitglieder und geben – sine vi, sed verbo, Anschauung kirchenleitenden Handelns.

2) In den öffentlichen Stellungnahmen der Kirche zu gesamtgesellschaftlichen Konflikten, so haben wir gesehen, haben die beiden EKD-Schriften faktisch die Haltung der Barmer Theologischen Erklärung in Frage gestellt, die Kirche könne sich auf eine besondere Autorität in ihren Äußerungen berufen. Das heißt aber nicht, dass sie nicht einen Beitrag eigener Art in diesen Konflikten zu leisten in der Lage sind. Was das konkret bedeutet, habe ich 2016 in der kritischen Würdigung von Ministerpräsident Kretschmanns Verhältnisbestimmung von Kirche und Staat näher beschrieben.[18] Kretschmann

18 Vgl. Frank Otfried July, „Von Gott reden im öffentlichen Raum – eine Zeitansage“. Vortrag am 06.10.2016 im Bernhäuser Forst anlässlich eines Studientags des Evangelischen Jugendwerkes in Württemberg, vgl. www.schuelerarbeit.de/fileadmin/schuelerarbeit/upload/2016-10-06_Von_Gott_reden_im_oeffentlichen_Raum_-_July.pdf [Zugriff: 15.11.2017].

würdigt die Rolle der Kirchen bei der Mitgestaltung des Gemeinwesens, ja er fordert die Kirchen geradezu auf, sich in Wertedebatten einzubringen. Im Hintergrund steht dabei die politische Philosophie von Jürgen Habermas.[19] Die Religionsgemeinschaften werden darin aufgefordert, ihren Glauben vom Guten und Heiligen einer säkularen Konzeption vom Gerechten unterzuordnen. Sie klären die Gesellschaft über die Grundlagen ihrer eigenen Kultur auf, stabilisieren das Gemeinwesen und bleiben anschlussfähig. Bei Habermas und dann in der Rezeption bei Ministerpräsident Kretschmann ist anzuerkennen, dass Religionsgemeinschaften eine hohe Bedeutung für Staat und Gesellschaft zuerkannt werden, wenn sie anschlussfähig und verstehbar sind. Das ist dort zu begrüßen, wo Fundamentalismus und das Entstehen von religiös motivierten Parallelgesellschaften verhindert werden soll. Zugleich hat diese Anschlussfähigkeit m.E. Grenzen. Ich halte es daher für notwendig, Anschlussfähigkeit und Eigensinn immer neu im Sinne der Kirchen auszutarieren. Ich will das am Beispiel der Menschenwürde deutlich machen. Die Gottebenbildlichkeit und das christliche Menschenbild sind hochgradig anschlussfähig für die Idee der Menschenrechte und die Würde des Einzelnen, wie es das Grundgesetz garantiert. Die Wahrung der Menschenwürde ist aber im Kontext der biblischen Überlieferungen noch einmal anders zu beschreiben. Eigensinn beweist diese, wenn wir uns bewusstmachen, dass die Menschenwürde im Kontext der reformatorischen Theologie eine im Gewissen angeeignete „Menschenwürde*gewissheit*“[20] ist. Diese Gewissheit spielt etwa in der Debatte um Geflüchtete eine zentrale Rolle. Sie erklärt die Notwendigkeit einer Parteinahme und geht jedem politischen Handeln für Christen voraus.

3) Wie wir gesehen haben, stellen Volkskirchen keine politische Konsensgemeinschaft dar. Vielmehr liegt ihre Form der Selbstverständigung über strittige Fragen von Glaube, Politik und Lebensführung im ständigen Verweis auf biblische Traditionen. Was evangelische Christen glauben und welche Auffassungen über gesellschaftliche Konflikte sie teilen wird nicht ex cathedra entschieden, sondern vollzieht sich in der gemeinschaftlichen Auslegung biblischer Texte. Ich habe – angesichts von innerkirchlichen Konflikten wie der Segnung homosexueller Paare in unserer Landeskirche – daran vor der Landessynode erinnert, dass die Kirche ihrem Selbstverständnis nach eine Auslegungsgemeinschaft ist. Es war für mich eindrücklich, wie innerhalb

19 Vgl. Jürgen Habermas, Glauben und Wissen. Dankesrede zum Friedenspreis des deutschen Buchhandels 2001, Frankfurt a. M. 2001. Habermas sieht den säkularen Staat von zwei Gefahren bedroht, dem Fundamentalismus der Religionen (nach 2001) und einer sich selbst absolut setzenden Moderne, daher wirbt er für doppelte Übersetzungsnotwendigkeit.

20 Scheliha, Protestantische Ethik, a. a. O., S. 226.

weniger Wochen nach dem vermehrten Zuzug von Geflüchteten im September 2015 innerhalb der Kirchen ein Konsens darüber erzielt wurde, wie die Auslegung von Mt 25 zu konkreten Hilfsmaßnahmen für diese Menschen führte.

Ich komme zum Schluss: Eine evangelische Position des Politischen entfaltet sich also immer im Austarieren zwischen individueller Gewissensentscheidung und öffentlicher kirchlicher Positionierung, zwischen Anschlussfähigkeit und Eigensinn und schließlich im Aushandeln verschiedener Auslegungstraditionen der Bibel. Das alles schließt wache Zeitgenossenschaft und eine genaue Kenntnis der politischen Realitäten nicht aus, sondern ausdrücklich mit ein.

Ich fasse meine Überlegungen nun am Ende zusammen, indem ich fünf Konkretisierungen benenne:

- Gegen die Leugnung vergangener Schuldgeschichten stellen wir eine Erinnerungskultur. Wir können aus der Umkehr lernen und sind motiviert, heute die Menschenwürde und die Menschenrechte aller Menschen gleich zu achten.
- In der Diskussion über Europa setzen wir auf wir die Botschaft von der Versöhnung und pflegen unsere Partnerschaften in Europa.
- Wir halten am interreligiösen Dialog fest und wehren uns gegen die Schaffung von Zerrbildern anderer Religionen.
- Wir sind weiter eine flüchtlingsbereite Kirche. Wir wissen um die Problemstellungen der Integration und verharmlosen nicht, aber wollen mit den Menschen, die zu uns kommen, Wege finden. Ich ermutige unsere Gemeinden auch intern sich über Fragen des Rechtspopulismus auseinander bzw. zusammenzusetzen und die Frage der Gewissensbildung, des biblischen Zeugnisses und der politischen Folgerungen zu bedenken.
- Wir verweigern als Landeskirche keine Gespräche, lassen uns aber nicht instrumentalisieren. Ich fordere uns alle gemeinsam erneut auf, auf eine Sprache in der Auseinandersetzung zu achten, die die Würde des anderen wahrt. Ein klares Nein also gegen Hetze, Rassismus, Feindschaft, ein klares Ja zu Gewissensschärfung, ein klares Ja für die Suche nach Wegen der Auseinandersetzung, die eigenen Werten nicht entgegentritt. ■

Rechtspopulismus und die Verantwortung der Kirche – aus ungarischer Perspektive

Bis vor kurzem dachte man, dass Rechtspopulismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der alten Welt als überholt gilt und höchstens marginal auftritt. Heute ist er in vielen Ländern Europas und auch in den USA zum neuen Leben erwacht. Was können Kirchen dagegen tun, gerade in Ländern, in denen Rechtspopulismus Parteien zu einer absoluten Mehrheit im Parlament verhelfen kann?

Von **Tamás Fabiny**

Vorbemerkungen

Das Thema des Rechtspopulismus ist in den vergangenen Jahren nicht nur in Ungarn und Österreich, sondern in ganz Europa und sogar in den USA sehr aktuell geworden. Wir sind Zeugen davon, dass immer mehr Gruppen in der Gesellschaft bereit sind, auf ältere und neuere Fragen solche Antworten zu geben, die vereinfachen, gegen andere Menschen Stimmung machen und menschliche Würde ignorieren. Dabei herrscht die Absicht vor, billige Popularität zu erlangen. Diese tatsächlich

schweren Fragen gehören oft zu den Altlasten der jeweiligen Gesellschaft, und für das Ausbleiben der Lösungen tragen viele eine Verantwortung. Die Tatsache allerdings, dass eine Frage ihre Berechtigung hat, rechtfertigt die falschen Antworten noch nicht.

Der Vormarsch des Populismus ist ein verbreitetes Phänomen. Auch in der heutigen ungarischen Gesellschaft und der Politik gibt es düstere Erscheinungen. Viele Arten von Extremismus sind leider allgegenwärtig: verschiedene Formen von Rechtsextremismus, Gewalt gegen Roma, Homophobie und Bestrebungen, die alte ungarische Schamanenreligion wiederzubeleben.

Die Kirchen tragen bei der Entscheidung eine große Verantwortung, wie sie auf ein bestimmtes gesellschaftliches Phänomen reagieren und wie sie die öffentliche Meinung orientieren. Dabei ist der Standpunkt in den jeweiligen Kirchen natürlich auch nicht einheitlich, denn selbst wenn es eine offizielle Stellungnahme zu einzelnen Fragen gibt, können einzelne Kirchenmitglieder ihrer eigenen Meinung trotzdem Ausdruck verleihen.

Ich bin Bischof in der Norddiözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Ungarn (ELKU), wo ein großer Anteil der sozial schwächsten Bevölkerung des Landes lebt. In diesen Gebieten wohnen die eigentlichen Verlierer des Systemwechsels, darunter viele Arbeitslose. Die Probleme kenne ich daher aus erster Hand.

Bekanntlich war Ungarn 40 Jahre lang kein freier Staat. Der Systemwechsel von 1989 brachte große Veränderungen, aber mit der plötzlich erlangten Freiheit konnte nicht jeder etwas anfangen. Das Lebensniveau verbesserte sich langsamer, als von vielen erhofft wurde, und das rief bei vielen eine Enttäuschung hervor. Daraus wurde ein Nährboden für den Populismus. Aus der „lustigsten Baracke des Ostens“ ist plötzlich der traurigste Supermarkt geworden.

Auch die heilende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist ausgeblieben. Plötzlich stieg die Zahl der Kirchenbesucher an. Doch leider war das in vielen Fällen lediglich fehlgeleiteter Übereifer. Hinzu kam, dass sich viele Menschen in ihrer Hoffnung auf Veränderungen von der Kirche enttäuscht fühlten. Das konnte geschehen, weil unsere Kirchen im großen Umbruch der 1989/90er-Jahre – im Gegensatz zum Beispiel zur DDR – nicht vorne waren. Die offizielle Kirchenleitung unterstütze bis zur letzten Sekunde das zum Verfall verurteilte System. In den kommunistischen Zeitungen erschienen damals mutigere Artikel als in den kirchlichen Wochenblättern.

In diesem seltsamen Systemwechsel gab es wenig Möglichkeiten, über die Vergangenheit ehrlich zu sprechen. Da die kommunistische Diktatur quasi ohne Übergang auf den mit dem Nationalsozialismus kollaborierenden Terror folgte, war eine Reflexion kaum möglich, auch nicht in der Kirche.

Nach dieser Vorgeschichte muss ich mit einer gewissen Bescheidenheit über die Verantwortung der Kirche schreiben, was nicht bedeutet, dass mir nicht bewusst wäre, wie groß die Herausforderungen auf diesem Gebiet sind.

Im Folgenden werde ich in den meisten Fragen nicht den offiziellen Standpunkt der ELKU vertreten (obwohl ich vorausschicken kann, dass es in der Kirchenleitung in den wesentlichen Punkten eine Übereinstimmung gibt), auch möchte ich keinen systematischen Überblick geben, sondern eine persönliche Reflexion in Form eines Essays.

Die Roma-Frage

Obwohl in Ungarn seit Jahrhunderten zahlreiche Roma-Gruppen leben und obwohl es auch sehr positive Beispiele für das Zusammenleben gibt, wird die Roma-Feindlichkeit immer wieder aufs Neue genährt. Besonders in Zeiten von finanziellen oder politischen Schwierigkeiten wird diese ethnische Gruppe zum Sündenbock ausgerufen.

In den vergangenen Jahrhunderten wurden mehrfach Verordnungen über die örtliche Bindung von Roma erlassen, und nicht selten gab es Internierungen und Razzien. Im Oberhaus des ungarischen Parlaments verlangte ein Professor der Rassenbiologie – nach deutschem Muster –, die Rassengesetze anzuwenden. Von hier führte ein gerader Weg zur Einrichtung von Ghettos und Zwangsarbeitskompanien für Roma. Im zweiten Weltkrieg sind zahlreiche Roma in Konzentrationslagern umgekommen. Die letzte Ehre wurde ihnen allerdings nicht erwiesen, im Gegenteil, im kommunistischen System wurden auch weiterhin Vorurteile gegen Roma gepflegt. In den 50er-Jahren erhielten die sogenannten streunenden Zigeuner einen von dem üblichen abweichenden, schwarzen Personalausweis. In den 60er- und selbst in den 80er-Jahren (!) fanden in den Roma-Siedlungen zwangsverordnete Wäscheaktionen statt.

Offiziell wurde versucht, die Roma zu integrieren – häufig gegen ihren Willen. Oft bedeutete dies, dass Roma vom Land nach Budapest gebracht wurden. Dort mussten sie in Neubausiedlungen leben, die ihrer Kultur fremd waren. Der Staat hat versucht, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Viele wurden angelernte Arbeiter, die nach dem Systemwechsel als erste ihren Job verloren.

Die Meinung wandte sich vor allem dann gegen die Roma, wenn ein öffentlich stark reflektiertes Verbrechen auf eine Roma Person zurückzuführen war. Von da an wurden sie zur Zielscheibe rechtsradikaler Jugendlicher – leider nicht nur symbolisch, sondern teilweise wortwörtlich. Zwischen 2008 und 2009 wurden niederträchtige Angriffe auf schutzlose Roma-Familien verübt. An verschiedenen Orten des Landes wurden Brandflaschen auf Häuser am Siedlungsrand geworfen und die herausrennenden Menschen – darunter Kinder – heimtückisch erschossen. Die Behörden waren lange machtlos bis die paramilitäre Gruppe endlich identifiziert werden konnte. Hinter den brutalen Taten standen rechtsradikale Kräfte. In dieser Zeit sprach sich die ELKU eindeutig gegen diese Brutalität aus. Als ein Roma-Vater mit seinem kleinen Sohn in Tatárszentgyörgy ermordet wurde, hielten wir kurz darauf einen Friedensgottesdienst, um unsere Gemeindemitglieder

an unsere gemeinsame christliche Verantwortung zu erinnern. Im Zentrum des Gottesdienstes stand das Bibelwort von Paulus aus dem Römerbrief: „Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem“ (Rm 12,21).

Der Diskriminierung der Roma können wir nur Einhalt gebieten, in dem wir ihnen eine Chance auf den Aufstieg bieten. Das wiederum gelingt nur durch Bildung. Letztes Jahr gründeten die Kirchen und das Staatssekreteriat für Integration gemeinsam Einrichtungen, in denen Roma ausgebildet werden. Das kann für andere Roma eine Vorbildfunktion haben. Als positives Beispiel seien die Frauenhäuser genannt, die vielen Roma-Frauen, die keine andere Zuflucht haben, einen Ort der Sicherheit bieten. Darüber hinaus seien auch Fort- und Ausbildungen erwähnt, die für Jugendliche in Gegenden mit einem hohen Anteil an sozial Benachteiligten angeboten werden. Ein weiteres Beispiel: In der Stadt Nyíregyháza haben wir ein Obdachlosenheim, in dem eine Roma-Frau als Sozialarbeiterin tätig ist. Unlängst lebte sie selbst noch auf der Straße.

Am wichtigsten ist allerdings, dass Roma die gleichen Chancen auf Arbeit und ärztliche Versorgung erhalten.

Das Verhältnis zum Judentum

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn fühlt sich verpflichtet, die Geschichte vergangener Diktaturen kennenzulernen und sie besser bekannt zu machen. Wir möchten damit unter anderem erreichen, dass sich die damaligen Verbrechen und Versäumnisse nicht wiederholen. Dies verpflichtet dazu, uns eindeutig gegen die Verfolgung der Juden auszusprechen. Ein Beispiel dafür sei die Gedenkausstellung für den 1944 getöteten jüdischen Maler Imre Ámos, die wir im Jahre 2013 ausrichteten. Neben seinen Werken waren Reflexionen heutiger Künstler zu sehen.

Durch diese Ausstellung wurde deutlich: Wir verurteilen jedes Phänomen – seien es Taten, Worte oder verdeckte Anspielungen –, mit denen Menschen wegen ihrer Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder sexueller Identität verurteilt, stigmatisiert oder gedemütigt werden. Die Kirche nahm die Ausstellung zum Anlass, ihre Versäumnisse einzugestehen, denn im Vorraum der Ausstellung war folgender Satz zu lesen: „Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn fühlt sich verantwortlich für ihre Versäumnisse in der Vergangenheit und möchte die jetzige Ausstellung in den Dienst des Sich-Entschuldigens und des Ausdrucks der Liebe stellen.“

Das Thema meiner Eröffnungsrede auf der Vernissage war, dass die Anzeichen der Judenfeindlichkeit auch in der heutigen Gesellschaft immer wieder sichtbar werden. Als Vergleich nannte ich den Affekt des Brudermörders Kain und sagte: „Wo im oder außerhalb des Parlaments versucht wird, Listen über bestimmte Menschengruppen zu erstellen, dort lebt das Gemüt Kains weiter.“ Zu dieser Zeit warf nämlich ein Abgeordneter der un-

garischen rechtsradikalen Partei Jobbik diese absurde Möglichkeit auf.

Als Kirche bezogen wir im öffentlichen Diskurs eindeutig Stellung, aber ich wollte meiner Meinung auch in anderen Formen Ausdruck verleihen. In einem Band, der im Verlag unserer Kirche erschien, veröffentlichte ich das folgende Gebet:

Erbarme dich deines Volkes, das in der Nacht schluchzend weint, Tränen rollen ihm über das Gesicht. Sie tragen Sacktuch, sie werden vom Grauen überfallen, in jedem Gesicht steht Schamröte, alle Köpfe sind kahl. Sie können ihren Hunger nicht stillen, ihren Magen nicht füllen.

Gott von Anne Frank und Edith Stein,
wortlos sitzen die Ältesten von Zions Töchtern auf dem Boden, sie streuen Asche über ihr Haupt, sie zerreißen ihre Kleider. Die Jungfrauen Jerusalems neigen ihr Haupt zum Boden. Meine Augen sind mit Tränen gefüllt, mein Inneres bebt. Ich bin zum Boden gesunken wegen des Elends der Töchter meines Volkes.

Gott von Miklós Radnóti und Imre Ámos, der das Wanken der Arbeitsdienstler und den forcierten Marsch sieht. Einer schreibt halb blind, wie eine Raupe kriechend, in sein Notizbuch, der andere zeichnet auf Birkenrinde.

Gott von Dietrich Bonhoeffer und des Budapester Krämers, bist du dabei in der Gefängniszelle in Tegel und am Donauufer im Morgengrauen? Hilfst du uns, das als Torso überlieferte theologische Werk und die am Ufer zurückgelassenen Schuhe zu bewahren?

Gott von Jesus Christus,
du hast doch gehört, als dein Sohn bat: „Vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“, oder? Dabei quält mich die Frage: Und wenn sie sehr wohl wussten, was sie tun?!

Bis ich eine Antwort bekomme, betrachte ich diesen zerbrechlichen, entkleideten, bespuckten Körper. Ihm wird wieder Kleidung zugeworfen, ein gestreifter Gefängnisanzug. Er wird mit den anderen in den Zug geschoben, er kriegt das Kreuz kaum noch in den prall gefüllten Waggon. Auch er wird vor Mengele geführt, weil sie ihn aus einem bestimmten Grund genetisch interessant finden. Der Todesengel fragt ihn: „bist du wirklich wesensgleich mit deinem Vater, Gefangener Josua?“ Er antwortete leise: „Du sagst es.“ Dann verliert Mengele aber das Interesse, weil ihm eine ganze Familie von Zwergen aus Siebenbürgen vorgeführt wird, und er schickt Josua angeekelt Richtung Gaskammer.

Und von der sechsten Stunde an ward eine Finsternis bis zu der neunten Stunde. Und siehe da, der Vorhang im Tempel zerriss in zwei Stücke. Und die Erde erbebte, und die Felsen zerrissen. Im dichten Rauch der Schornsteine in Auschwitz stieg Josuas Seele gen Himmel.

Herr, unser Gott! Lass uns mit unseren Sünden nicht allein. Vergib uns um deinetwillen, um der in dir verborgenen Güte willen, und schaffe diese Welt neu!

Als Neutestamentler bin ich überzeugt, dass wir im Neuen Testament kein Holz finden können, woraus ein Feuer des Antisemitismus oder Ausländerhass angezündet werden kann.

In diesem Zusammenhang muss ich die Arbeit der Christlich-Jüdischen Gesellschaft erwähnen, deren amtierender Präsident ich bin. Wir führen unter anderem Monitoring durch, um zu erfahren, welche Diskriminierungen die religiösen Gemeinschaften erleiden mussten. Neuerdings untersuchen wir die Religionen Abrahams zusammen, was bedeutete, dass wir uns auch mit dem Islam beschäftigen. Das beinhaltet zum einen die Beobachtung der antichristlichen und -jüdischen Äußerungen des Islams, zum anderen aber auch die Aufdeckung der Missverständnisse und Halbwahrheiten in Bezug auf den Islam in der heutigen ungarischen Gesellschaft.

Die Versuchung des Nationalismus

In den 40 Jahren des Kommunismus durfte man in Ungarn nationale Gefühle kaum zum Ausdruck bringen, da alles dem Gedanken des Internationalismus unterordnet war. Offiziell war es nicht erlaubt, über das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Ungarn zu sprechen, die wegen des Vertrages von Trianon 1920 außerhalb der Landesgrenzen blieben. Daher ist es nicht verwunderlich, dass mit der neu errungenen Freiheit plötzlich das Thema „Volk“ und „Nation“ in aller Munde war. Leider konnten viele jedoch nicht zwischen einer gesunden nationalen Identität und dem Chauvinismus mit Gebietsansprüchen unterscheiden. Nach der politischen Wende 1989 kam eine Welle des Nationalismus hoch. Ein Grund dafür war, dass im sowjetischen Regime nationale Feiertage nur illegal gefeiert werden konnten. Die unterdrückten Gefühle kamen mit der politischen Freiheit sehr intensiv hoch.

In der ELKU haben wir immer wieder betont: Unsere Kirche kann zum Glück nicht nationalistisch auftreten, weil wir gar keine rein ungarische Kirche sind. Wir nennen uns nicht „Ungarische Evangelisch-Lutherische Kirche“, sondern mit gutem Grund Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn. Es ist nicht eine Frage der Grammatik, sondern eine Frage der Identität. Unsere Kirche besteht ursprünglich aus drei Nationalitäten: Slowakisch, Deutsch und Ungarisch. Auch heute gibt es noch Gemeinden, in denen regelmäßig deutsch- oder slowakischsprachige Gottesdienste gehalten werden.

Obwohl unsere Kirche von den nationalistischen Versuchungen größtenteils – leider nicht immer – verschont bleibt, dürfen wir die Augen bei diesen Phänomenen in der Gesellschaft nicht schließen.

Wir als Kirche lassen immer unsere Stimme hören, wenn es um Extremismus geht. Als die paramilitärische Bewegung

Magyar Gárda – Ungarische Garde – gegründet wurde, gaben wir eine eindeutige Gegenerklärung ab. Damals nahm ein lutherischer Pastor, vielleicht aus Naivität, an der Gründungsfeier teil. Dies brachten wir zur Sprache, und seitdem pflegt er keinerlei Beziehungen mit dieser rechtsradikalen Gruppe. Wir haben uns dagegen ausgesprochen, dass in Kirchen oder Gemeinden eine Flagge mit den Árpád-Streifen, ein Symbol des Irredentismus, Platz hätte.

In einer Erklärung von 2007 formulierten wir folgendermaßen: „Die evangelische Kirche macht sich Sorgen über das Erscheinen von kleinen, aber radikalen Gruppierungen, und sie lehnt jedes Verhalten ab, das auch nur im geringsten Maße auf die schändlichen Traditionen der nationalsozialistischen und der hungaristischen Bewegungen hindeutet. Wir verurteilen jede Äußerung, die jemanden in seiner menschlichen Würde oder Identität verletzt.“ Wir haben nicht verheimlicht, dass wir für die entstandene Situation auch die damalige Regierung für verantwortlich hielten. Wir schrieben: „Im vergangenen Jahr sind der allgemeine Unfriede, die Verzweiflung und die Vermehrung der Äußerungen von radikalen Gruppierungen besorgniserregend geworden, und bei der Verschlechterung der öffentlichen Meinung und der Radikalisierung einer dünnen Bevölkerungsschicht spielten die Ereignisse im Spätsommer und Herbst 2006 eine entscheidende Rolle. Es ist eine Tatsache, dass die dort erlebte Brutalität der Polizei die ohnehin vorhandene gesellschaftliche Spannung erheblich wachsen ließ, die aufgrund der falschen wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Epoche entstand.“ Wir schlossen unsere Erklärung mit dem folgenden Satz ab: „Wir sind überzeugt, dass die seitdem erfolgten radikalen Äußerungen zu einem erheblichen Teil hätten vermieden werden können, wenn sich die Regierung entschuldigt und die Verantwortlichen genannt hätte.“

Es ist aufschlussreich, uns nach zehn Jahren die damalige Situation und diese Stellungnahme der ELKU in Erinnerung zu rufen. Einerseits müssen wir feststellen, dass Manipulation auch von politisch anders gefärbten Regierungen verwendet wird, und dass es auch einen linken Populismus gibt. Für die sozialistischen Regierungen zwischen 2002 und 2010 war eine soziale Demagogie charakteristisch, indem sie die sogenannten kleinen Menschen der Gesellschaft gegen andere stimmen wollten. Das konnten die Wohlhabenden sein, die man beneiden, aber auch Obdachlose und Menschen am Rand der Gesellschaft, die man verabscheuen konnte. Von Zeit zu Zeit wurden auch die Kirchen zur Zielscheibe. Andererseits gibt der Inhalt der damaligen Erklärung – die die damalige linke Regierung von Ferenc Gyurcsány kritisierte – unserer Kirche wohl das Recht, sich auch gegenüber der derzeitigen rechten Regierung kritisch zu äußern.

Diese aktuellen Kritiken waren oft auch deswegen nötig, weil die Tendenz im öffentlichen Leben immer stärker wurde, gegen einen vermeintlichen oder echten

politischen Gegner mit einem Hinweis auf die Bibel und das Christentum aufzutreten. So war es auch in dem Fall, als sich die Vertreter und Sympathisanten der gegen die Roma eingestellten Ungarischen Garde im nordostungarischen Gyöngyöspata bei einem Auftritt auf ihr christliches Dasein beriefen. In einem Interview erklärte ich damals: „Wer sich als Mitglied irgendeiner Garde oder im Namen irgendeiner extremen Gruppierung auf das Christentum beruft, dem gebe ich zu bedenken: Überlegt gründlich, ob es im Christentum Platz für Gehässigkeit gibt." Außerdem sagte ich: „Es empört mich zutiefst, dass viele ihren verwirrten Ideologien eine christliche Mütze aufdrücken."

Ähnliches erfährt man auch bei den Anhängern bestimmter neopaganischer Ideologien. Die Kirchen müssen sie genauso ablehnen, wie das Schüren von Hass im Namen des Christentums. Als der Journalist fragte, was die Aufgabe der Kirche in dieser Situation sei, antwortete ich: Das Wichtigste ist, sich für die Verfolgten und die Schwachen einzusetzen, der Gesellschaft positive Nachrichten zu vermitteln und als gutes Beispiel voranzugehen. Vielleicht wirkt es unbescheiden, aber in Hinblick auf meine späteren Äußerungen muss ich betonen: Dem Beistand für die Schwachen und die Verfolgten maß ich bereits früher eine entscheidende Bedeutung zu, diese Idee ist also nicht gegen eine bestimmte politische Formation entstanden.

Die Flüchtlingsfrage

Die Flüchtlingsfrage – zweifellos eines unserer wichtigsten globalen Probleme – bietet besonders viele Anlässe für den rechten Populismus. Ich möchte an dieser Stelle nicht die Äußerungen aufzählen, die von der ungarischen Regierung und den Medien in dieser Hinsicht vehement vertreten werden, und ich verzichte darauf, von den Stellungnahmen zu berichten, die wir Lutheraner – oder ich persönlich als Bischof – abgegeben haben. Zusammenfassend soll hier nur gesagt werden, dass wir bestrebt waren, eine spezifische kirchliche Stimme erklingen zu lassen, in Übereinstimmung mit der Meinung des Lutherischen Weltbundes und zahlreicher unserer Partnerkirchen. In unserem Land blieben wir damit oft sehr allein, obwohl es in der katholischen Kirche Stimmen gab, die statt auf Ungeduld und Angst auf Solidarität und Menschlichkeit Wert legten.

Im Zeichen der Meinungsgleichheit unserer Kirchen habe ich einmal den Standpunkt der österreichischen Kirche referiert. Als im Jahre 2015 die Leichen von 71 erstickten Menschen – darunter Frauen und Kindern – kurz hinter der österreichisch-ungarischen Grenze im Todes-LKW gefunden wurden, schlug Bischof Michael Bünker vor, die Opfer nach ihrer Identifizierung in Würde und nach der Zeremonie ihrer eigenen Religion zu bestatten. Daraufhin verwies ich auf unsere eigene Aufgabe. In Ungarn, nahe am Bahnhof von Bicske, klappte ein syrischer Mann mittleren Alters zusam-

men und starb. Wissen wir irgendetwas von ihm? Hat jemand versucht herauszufinden, wer er war und was aus seiner Familie geworden ist? – stellte ich die Frage.

Obwohl die offizielle Berichterstattung in Ungarn konsequent das befremdlich klingende Wort Migrant statt Flüchtling verwendet, versuchen wir uns bewusst zu machen, wie traumatisiert diese Menschen aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen mit Krieg und Terror sind. Wir mussten uns vorführen, wie es sich anfühlt, wenn sie bei uns ständig zum Sündenbock deklariert werden. Wir haben die Frage gestellt: Was bedeutet es, dass eine Frau ihr Kind auf der Flucht auf die Welt bringt, und fünf Tage nach der Geburt muss die Familie am Bahnhof übernachten?

Die ungarische Regierung und das Parlament haben die Asyl- und Fremdengesetze in den letzten Jahren systematisch verschärft. Voriges Jahr wurde das am ehesten akzeptable Flüchtlingslager Ungarns in der Nähe von Budapest geschlossen, und viele von denjenigen, die dort auf das Ende ihres Asylverfahrens warteten, wurden in ein Zeltlager überstellt – bei Temperaturen bis –15 °C. Die Behörden wollen alle Flüchtlinge an der Grenze aufhalten. Alle Flüchtlinge werden in sogenannte Transitzonen gebracht, die sie bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag nicht verlassen dürfen. Noch besorgniserregender ist, dass der Schutz der unbegleiteten Minderjährigen und der Familien größtenteils abgeschafft wurde.

Diesen administrativen Beschlüssen ging teilweise eine Poster- und Medienkampagne voraus, die die Ängste und Vorurteile in Bezug auf die Flüchtlinge verstärkte.

Im Juni 2017 sprach ich mich gemeinsam mit dem römisch-katholischen Bischof Dr. Miklós Beer für die Hilfe und die Aufnahme von Flüchtlingen aus. Wir veröffentlichten es in einem Video des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) zum Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen (UN). Im Video sagten wir: „In Kriegen werden jeden Tag Tausende von Menschen aus ihren Häusern vertrieben. Sie flüchten vor Gewalt und lassen alle ihre Habseligkeiten zurück. Alles, bis auf die Hoffnung, eine friedlichere Zukunft zu finden. Wir glauben, dass jeder Flüchtling verdient, in Sicherheit zu leben. Wir unterstützen die Flüchtlinge.“ Der Appell der zwei Bischöfe am Ende: „Wir bitten Sie, schließen Sie sich uns an.“

Unserer Erklärung löste auf diversen Internetforen eine brutale Angriffswelle aus. Am traurigsten war zu erleben, wie sich der lodernde Hass und die Berufung auf sogenannte christliche Werte mischten. Die auch von der ungarischen Regierung ständig wiederholte Anlehnung auf das „christliche Ungarn“ und das „christliche Europa“ führte dazu, dass die Stimmen immer lauter wurden, die sich nicht einfach von der Verbreitung des Islams fürchteten, sondern zwischen Islam und Terrorismus ein Gleichheitszeichen setzten.

Die wichtigste Aufgabe der Kirche ist, den Hass gegenüber Migranten zu bekämpfen. Unsere Kirche hat in den evangelischen Schulen eine Null-Toleranz-Politik bei Hass gegen Ausländer, Juden, Homosexuelle oder Flüchtlinge eingeführt.

Wir können auch positive Beispiele von Integrationsprojekten geben, durch die das Denken in der ungarischen Öffentlichkeit positiv beeinflusst wird. Viele Anhänger der lutherischen Kirche haben ihre Erfahrungen mit anderen geteilt und praktische Ratschläge im Internet weitergegeben. Neben der spontanen Hilfeleistung organisiert der diakonische Dienst unserer Kirche die Arbeit mit Bewusstsein und mit Überzeugung, nicht minder die Ökumenische Hilfsorganisation, die mittlerweile auf eine Tätigkeit über mehrere Jahrzehnte zurückblicken kann. Gymnasiasten erkundigen sich, wie sie helfen können, Studierende stellen sich als Dolmetscher zur Verfügung, und Kirchengemeinden sammeln Spenden. Wir erhalten Anfragen von zahlreichen Partnern aus aller Welt, wie sie helfen könnten.

Ausdrucksformen des politischen Christentums

Der Populismus geht oft Hand in Hand mit dem politischen Christentum. Letzteres hat natürlich viele verschiedene Formen auf der Welt. Das Phänomen in Ostmitteleuropa kann mit dem Titel eines hervorragenden Buchs, herausgegeben von Martin Schulze Wessel, beschrieben werden: *Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation.*[1]

In zahlreichen Ländern Ostmitteleuropas gibt es eine Bestrebung, die Kirche in die Rolle einer Dienerin der Politik, einer *ancilla politicae* zu zwingen. Davon ist auch Ungarn keine Ausnahme. Die äußeren Rahmen werden dann erkennbar, wenn die Macht versucht, sich in den Kirchen einen Einfluss zu verschaffen. Wenn sie sie als Mittel für ihre eigenen Zwecke gebrauchen möchte. Ich persönlich bin dafür besonders empfindlich, weil ich selbst erfahren habe, wie die Kirchen in den Zeiten der kommunistischen Diktatur verkrüppelt werden sollten, in der Erwartung, dass sie die Macht praktisch widerstandslos unterstützen. Zum Glück gab es auch damals Menschen, die sich dem widersetzten und das Kreuz annahmen. In diesem Zusammenhang hoffe ich aufrichtig, dass die Erfahrung der ostmitteleuropäischen Kirchen bei der Wegsuche der Kirchen in der heutigen Welt helfen kann. Diese Erfahrungen wurden von unseren Kirchen größtenteils unter dem Druck der Diktaturen gesammelt. Dieselben Kirchen sind allerdings seit dem Systemwechsel der Versuchung des Triumphalismus ausgeliefert.

Im politischen Christentum sind politische und vermeintliche kirchliche Interessen miteinander verwoben. Wenn diese Richtung an die Macht kommt, folgt daraus fast selbstverständlich eine

1 Martin Schulze Wessel (Hg.): Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation im östlichen Europa. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2006.

paternalistische Kirchenpolitik. In diesem Fall merken Kirchen vielleicht gar nicht – besonders wenn sie sich bis dahin unterdrückt oder ausgeschaltet fühlten –, in welchem Maße sie mit politischen Parteien kokettieren. Wenn es an einem transparenten und über mehrere Legislaturperioden bestehenden Kirchenfinanzierungssystem mangelt, ist die Versuchung für die Kirchen noch größer, mit der Macht aus finanziellem Interesse einen Pakt zu schließen und von der politischen Macht aus der Hand gefüttert zu werden. Im Tausch erwartet die Macht von den Kirchen, bei gesellschaftlichen oder sogar politischen Veranstaltungen eine begleitende Liturgie zu liefern. Selbstverständlich ist diese Rolle der Biokulisse für die Kirchen absolut unwürdig.

Nach meinen Erfahrungen tendieren hauptsächlich zwei Gruppen in der Kirche dazu, zu Verfechtern dieser Richtung zu werden und ein eigenartiges Bündnis zu bilden. Einerseits die Christen, die sich früher unterdrückt sahen und das Gefühl haben, dass sie vom „Herrn der Geschichte“ nun eine große Chance erhalten haben. Andererseits die Neophyten, die sich der Kirche aus Eigeninteresse angeschlossen haben, nicht selten in der Hoffnung auf eine leitende Position. Auch auf sie bezog sich das Bonmot des Systemwechsels: „Auf der Straße nach Damaskus herrscht großes Gedränge.“ Natürlich wussten diese Menschen nicht, dass über das Ereignis von Damaskus nicht Saulus entschieden hatte, sondern der auferstandene Jesus, und dass sich Paulus anschließend auf die Seite der Verfolgten stellte, nicht auf die der Sieger. Nicht auf die Sonnen-, sondern auf die Schattenseite.

Zum Schluss meines Essays möchte ich der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass uns gerade das Überdenken und Umsetzen der *theologia crucis* von Paulus und Luther vor der Versuchung des Populismus bewahren können. Denn Populismus ist verwandt mit der *theologia gloriae.* Wir müssen auf die gesellschaftlichen Ereignisse aufmerksam sein, und innerhalb der Grenzen der Ehre müssen wir von den Werkzeugen des öffentlichen Lebens Gebrauch machen, aber ansonsten müssen wir als Kirche in erster Linie theologische Antworten geben. Das Gedenkjahr der Reformation bietet dafür eine hervorragende Gelegenheit. ■

Kurzzusammenfassung

Der heute in vielen Ländern beobachtete Rechtspopulismus kann je nach Land verschiedene Züge haben, doch eins ist ihnen gemeinsam: Rechtsextreme Gruppierungen greifen Probleme auf, die eine Regierung oder eine Gesellschaft über längere Zeit nicht effektiv lösen konnte. In Ostmitteleuropa erscheint das Extreme oft extremer, besonders dort, wo die kommunistische Vergangenheit nicht richtig verarbeitet wurde. In Ungarn werden immer wieder Angriffe auf Roma verübt, es ist in vielen Kreisen akzeptabel, Vorurteile gegen Juden zu pflegen, und ein großer Teil der Bevölkerung steht dem Begriff Nationalismus positiv gegenüber. Es wurde der Ausdruck Migrant in den öffentlichen Sprachgebrauch eingeführt, um ihm eine eindeutig negative Konnotation zu verleihen. Die Kirchen haben die Verantwortung, das Gebot der Nächstenliebe in der Gesellschaft zu verankern. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn äußert sich klar gegen jedwede Diskriminierung. Sie leistet einen Beitrag in Form eines Bildungsprogramms für Roma, einer Ausstellung zu einem im Arbeitsdienst verstorbenen jüdischen Maler, der eindeutigen Abgrenzung vom Chauvinismus, einer Solidaritätserklärung für Flüchtlinge und der Bestrebung, keine Dienerin der jeweiligen Staatsmacht zu werden. Eine persönliche Stellungnahme des ungarischen Bischofs Tamás Fabiny.

Kirche und Rechtspopulismus – ein schwieriges Verhältnis

Wie sollen die Kirchen mit SympathisantInnen rechter Parteien kommunizieren, die sich auch unter den Kirchenmitgliedern finden? Wie kann der Spagat zwischen inhaltlicher Distanzierung von rechter Ideologie und seelsorgerlichem Zugehen auf die, die sich davon angesprochen fühlen, gelingen? Eine Grundlage für gegenseitiges Verständnis und Aussöhnung bieten offene Gespräche und das Einüben eines Perspektivenwechsels.

Von **Olivier Dantine**

Eine „klare Kante gegen Rechts“[1] forderte im November 2016 der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm. Rechtsideologien seien mit der biblischen Botschaft nicht vereinbar, so der Tenor vieler kirchlicher Stellungnahmen. So habe sich Kirche offensiv gegen „völkisches Denken“ zu stellen, wie der Berliner Bischof Markus Dröge formuliert hat.[2] Was kirchliche VertreterInnen in Deutschland unter dem Eindruck von Bewegungen wie „PEGIDA“ und dem wachsenden Einfluss

1 www.tagesschau.de/inland/ekd-synode-105.html [abgerufen am 19.9.2017].

2 www.domradio.de/themen/%C3%B6kumene/2017-04-16/bischof-droege-ueber-kirche-und-rechtspopulismus [abgerufen am 19.9.2017].

einer in ihrer jungen Parteigeschichte sich immer weiter nach rechts bewegenden AfD formulieren, war in ähnlicher Form schon vor etlichen Jahren in Österreich notwendig. Die Regierungsbildung im Jahr 2000, mit der eine rechtspopulistische Partei an der Regierung beteiligt wurde, hat zu Protesten von mehreren, zum Teil prominenten AmtsträgerInnen der Evangelischen Kirche geführt. Am bekanntesten war wohl die Rede der damaligen burgenländischen Superintendentin Gertraud Knoll bei einer großen Kundgebung gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ. Eine monatelange heftige Auseinandersetzung war die Folge.[3]

Gerade diese Debatte, mit einer zuvor ungeahnten Aggressivität geführt, hat gezeigt, wie schwierig, aber auch wie notwendig die kirchliche Auseinandersetzung mit Rechtstendenzen, gerade auch innerhalb der Kirche ist. Diese „klare Kante gegen Rechts" stößt unter einem Teil der Kirchenmitglieder auf teilweise heftigen Widerstand und man findet Aussagen innerhalb der Kirche, die auch im Rechtspopulismus eine Rolle spielen[4]: Gerade kirchenleitende Funktionsträger, die sich gegen Rechtspopulismus wenden, werden als abgehoben dargestellt.

Die Vertreter der „Amtskirche" hätten keine Ahnung von der „Basis" und ihren Meinungen. Autoritärer Führungsstil wird ihnen vorgeworfen, weil mit kritischen Äußerungen gegen „Rechts" der „Basis" die freie Meinungsäußerung vorenthalten werde. Gleichzeitig wird aber das Recht von kirchlichen Amtsträgern, sich in diesen Fragen zu äußern, bestritten. Ohne jegliche demoskopische Grundlage wird die eigene Meinung als die einer „schweigenden Mehrheit" dargestellt.

Tatsächlich muss wohl konstatiert werden, dass sich unter evangelischen Kirchenmitgliedern durchaus Rechtstendenzen finden, während diese sich bei AmtsträgerInnen und kirchlichen Gremien, geht man nach den öffentlichen Stellungnahmen der Evangelischen Kirche in Österreich in den letzten ungefähr 25 Jahren, nicht widerspiegeln. Genau das ist die Ursache für die empfundene Abgehobenheit der „Amtskirche" und bestärkt diejenigen in ihrer Meinung, die sich nicht repräsentiert fühlen.

Das Schwierige in der Debatte ist, dass es Kirchenmitglieder gibt, die bewusst mit rechtem Gedankengut oder mit rechtspopulistischen Äußerungen sympathisieren und damit gerade ihre christliche Identität zu definieren versuchen. Die Frage des Verhältnisses zum Islam bietet für diese Art der Identitätsfindung einen geradezu idealen Hintergrund. Der Kampf um die Bewahrung des „christlichen Abendlandes" gegen eine vermeintliche „Islamisierung" ist zu einem Hauptmotiv rechter Politik geworden. Es wird behauptet, dass die rechten Parteien die einzigen seien, die das Christentum noch verteidigen.[5]

3 Dokumentiert in einer Sondernummer der Zeitschrift der Evangelischen Superintendenz Burgenland, Anzetteln 1a/2000.

4 Siehe Armin Pfahl-Traughber, Populismus, hpd.de/artikel/12694 [abgerufen am 19.9.2017].

5 Siehe Wolfgang Thielmann, Teuflisch fromme Christen, in: Die Zeit Nr. 38/2017, S. 54 zum „Kirchenpolitischen Manifest" der AfD und zur Gruppierung „ChrAfD".

Aber auch die Überforderung vieler Menschen in der Genderfrage bietet Berührungspunkte zwischen sehr konservativen kirchlichen Gruppen und rechtspopulistischen und rechten Parteien. Das Bemühen um Gleichberechtigung, die Anerkennung von unterschiedlichen geschlechtlichen Identitäten wird abgelehnt, und darin ein Verstoß gegen die Schöpfungsordnung gesehen. So geschehen etwa in der „Salzburger Erklärung“[6] der „Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften“ aus dem Jahr 2015. Die Unterzeichner dieser Erklärung dem politisch rechten Lager zuzuordnen ist freilich unzulässig. Aber im Widerstand gegen das, was hier „Gender-Ideologie“ genannt wird, gibt es Berührungspunkte zu rechter Ideologie. Die Vehemenz, mit der rechte Parteien gegen Gendergerechtigkeit auftreten, macht sie daher durchaus für Teile sehr konservativer christlicher Gruppen attraktiv.

All das erklärt, dass die geforderte „klare Kante gegen Rechts“ innerhalb der Kirche eben nicht unumstritten ist und daher auch begründet werden muss.

Populismus – Rechtsextremismus – Rechtspopulismus

Der Begriff „Populismus“ hat zunächst einmal nichts mit einer bestimmten politischen Ausrichtung zu tun, vielmehr bezeichnet er eine Politikform oder einen bestimmten Politikstil. Es geht um die Art der Kommunikation und darum, wie Politiker sich mit ihrer Zielgruppe in Verbindung setzen.[7] Kennzeichnend für Populismus ist etwa der Gegensatz „wir“ und „die anderen“, oft verbunden mit der Polarität „Volk“ gegen „Elite“. Populisten behaupten, die wahre Meinung „des Volkes“ zu vertreten, obwohl sie in aller Regel nur eine Minderheit repräsentieren. Die Vereinfachung politischer Diskurse, die bewusst eingesetzte Anlehnung an einen „Stammtisch-Diskurs“ und die Resonanz von Ressentiments und Vorurteilen muss auch als manipulativ eingestuft werden. Noch bevor auf die politische Richtung populistischer Politikstile eingegangen wird, ist gerade das Manipulative im Populismus ein Punkt, zu dem christliche Kirchen in Widerspruch zu treten haben. Mündiges Christsein lebt von einem freien Diskurs in Fragen des Glaubens, der Gesellschaft und auch der Politik. Jedwede Manipulation stört und im Extremfall verhindert diesen freien Diskurs.

Im Rechtspopulismus wird dieser Politikstil mit rechter Ideologie vermischt. Auch wenn die Gleichsetzung von Rechtspopulisten und Rechtsextremen unzulässig ist, grenzt sich Rechtspopulismus unzureichend vom Rechtsextremismus ab.[8] Der wesentliche Unterschied ist, dass

6 www.ikbg.net/pdf/Salzburger-Erklaerung-Original.pdf [abgerufen am 20.9.2017].

7 Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus, hpd.de/artikel/rechtsextremismus-rechtsradikalismus-rechtspopulismus-12738 sowie ders., Populismus – politisches Schlagwort oder wissenschaftlicher Terminus?, hpd.de/artikel/12694 [beide abgerufen am 25.9.2017].

8 Martin Tanfeld, Der Rechtspopulismus – Politikstil oder Ideologie?, www.politische-bildung-schwaben.net/2016/10/der-rechtspopulismus-politikstil-oder-ideologie/ [abgerufen am 26.9.2017].

sich Rechtsextremismus offen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet, während dies Rechtspopulisten nicht tun. Teilweise stellen sie sich gerade als Verteidiger des Rechtsstaates dar, wie etwa bei der Anfechtung der Stichwahl zum österreichischen Bundespräsidenten im Frühjahr 2016, wobei hier mit Recht angesichts unterschiedlicher Äußerungen gegenüber höchstgerichtlichen Urteilen eingewendet werden kann, dass diese Partei nur insofern Rechtsstaatlichkeit verteidigt, wenn sie ihnen selbst nutzt. In einigen ideologischen Elementen ist dennoch eine Nähe zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zu konstatieren.

Rechte Ideologie bezieht sich auf ein Prinzip der Natürlichkeit.[9] Die Natur ist eine vorgegebene Konstante und entzieht sich jeglicher Kritik. Auf diese Weise werden vorgefundene Ordnungen, etwa traditionelle Geschlechterrollen oder auch ein vorgebliches Ideal von ethnischer Homogenität als gegeben betrachtet und jede Hinterfragung als „widernatürlich" dargestellt.

Das Verhältnis von Kirche zu einer solchen Ideologie ist insofern kompliziert, da sich für eine solche Ordnung durchaus Belegstellen in der Bibel finden lassen, etwa Paulus' Worte von der Unterordnung der Frau unter den Mann (1. Kor 11,3) oder das Mischehenverbot (Esra 9). Dass diese und ähnliche Stellen aus dem Kontext biblischer Überlieferung gerissen wurden und daher nicht als Rechtfertigung für menschenunwürdige Ideologie herhalten können, scheint klar. Aber dass auch in den Evangelischen Kirchen die Gleichberechtigung der Frauen lange auf sich warten ließ und dass es vereinzelt Kirchen gab und noch gibt, die glauben, Rassismus theologisch rechtfertigen zu können, zeigt, dass diese Art der Absolutierung einer „Natürlichkeit" auch in die Theologie Eingang gefunden hat und hier als „Schöpfungsordnung" bezeichnet wird.

Gerade die Schöpfungserzählungen in der Bibel sprechen gegen eine solche Verabsolutierung des Natürlichen. Die Natur ist eben nicht eine vorgegebene Konstante, sondern Gottes Schöpfung und von ihm abhängig. Eine Ideologie, die aus dieser Verabsolutierung und damit Vergötzung von solchen „natürlichen Ordnungen" erwächst, muss den Widerspruch christlicher Theologie herausfordern, gerade dann, wenn dies zu Menschenverachtung und Diskriminierung ganzer Menschengruppen führt. Genauso werden sich Kirchen gegen eine Vereinnahmung durch rechte Parteien oder Bewegungen verwahren, vor allem mit dem Hinweis, dass der christliche Gott kein Nationalgott ist. Christliche Kritik am Versuch rechter Politik, das Christentum zu vereinnahmen, formuliert der Salzburger Fundamentaltheologe Gregor Maria Hoff so: Christentum werde zum Kulturgut geschrumpft, und die Menschenwürde werde einem anderen Interesse untergeordnet.[10]

9 Brigitte Bailer-Galanda, Zum Begriff des Rechtsextremismus, www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/zum-begriff-des-rechtsextremismus [abgerufen am 26.9.2017].

10 Gregor Maria Hoff, Gott wird zum Nationalgott, in: Die Zeit Nr. 38/2017, S. 54.

Wie sollen die Kirchen reagieren?

Nach der Deutschen Bundestagswahl vom September 2017 kritisierte der Wiener Systematische Theologe Ulrich Körtner die kirchlichen Stellungnahmen zum Erfolg der AfD scharf[11]: Kirchen sollten sich selbstkritisch fragen, was sie selbst zum Erfolg dieser „unappetitlichen Partei, ... die rechtsextrem ist und vor der sich die Kirchen aus guten Gründen distanzieren", beigetragen hätten. Körtner meint: „Reflexhafte Aktionen ‚gegen rechts' wie die Kölner Initiative ‚Unser Kreuz hat keine Haken', mit denen Parteimitglieder und Sympathisanten unterschiedslos als verkappte oder offene Nazis denunziert wurden, waren in dieser Pauschalität unsachlich und politisch kontraproduktiv." Mit Verweis auf die Erfahrungen mit der FPÖ in Österreich sagt Körtner: „Bloße Ausgrenzung und Ächtung werden auch die AfD weiter stärken."

Körtner trifft hier tatsächlich einen wunden Punkt in der Auseinandersetzung der Kirchen mit Rechtspopulismus: Wenn es der Kirche nicht gelingt zu vermitteln, dass die Distanzierung von rechter Ideologie nicht gleichbedeutend mit einer Ausgrenzung derjenigen ist, die aus welchen Gründen auch immer rechtspopulistische Parteien wählen, wird sich der oben beschriebene Graben zwischen diesen Kirchenmitgliedern und kirchlichen Leitungsgremien und offiziellen Repräsentanten vergrößern. Genau dieser gefühlte Graben wird aber Wählerinnen und Wähler rechter Parteien nur in ihrem Gefühl bestärken, etwas gegen „das Establishment" zu tun – und dies ist wiederum ein Heimspiel für Rechtspopulisten.

Es braucht neben der klaren und theologisch begründeten inhaltlichen Distanzierung von rechter Ideologie gerade auch ein Zugehen auf die von solchen Parteien angezogenen Menschen. Dass das seelsorgerliche Zugehen auf Menschen nicht vom Wahlverhalten abhängig ist, ist (hoffentlich) eine Binsenweisheit. Es wird darauf ankommen, wie die Kirchen mit Sympathisanten rechtspopulistischer Parteien kommunizieren. Der erhobene Zeigefinger ist fehl am Platz, erst recht Polemik. Sehr wohl werden sich die Kirchen die Mühe machen müssen, über die Gründe solcher Sympathien mit den betreffenden Menschen zu reden.

Die Wiener Sozialethikerin Ingeborg Gabriel schlägt für die römisch-katholische Kirche eine Reihe von Maßnahmen vor[12], die sich aber nicht auf diese Kirche allein beschränken lassen:

Unter anderem fordert Gabriel eine verstärkte Thematisierung von Gerechtigkeits- und Gemeinwohlfragen sowie eine verstärkte Koordination diesbezüglicher kirchlicher Initiativen auf europäischer Ebene. Weiters sind Kirchen als Orte der Vermittlung und der Versöhnung im Kon-

11 Zum Folgenden: www.epd.de/zentralredaktion/epd-zentralredaktion/theologe-kirchen-haben-möglicherweise-afd-wahlerfolg-begünstig [abgerufen am 28.9.2017].

12 Zum Folgenden: Ingeborg Gabriel, Rechtspopulismus und neuer Nationalismus, http://blog.ksoe.at/rechtspopulismus-und-neuer-nationalismus [abgerufen am 28.9.2017].

text einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft gefordert. „Ihr kulturelles und religiöses Wissen prädestiniert sie dafür, da säkularen Akteuren vielfach ein grundlegendes Verständnis für Religionen und ihre Argumentationsweisen mangelt.“ Notwendig dafür ist ein starker Fokus auf den interreligiösen Dialog.

Jenseits von Polemik und Manipulation

Im Engagement gegen Rechtstendenzen innerhalb und außerhalb der Kirchen wird, so lässt sich zusammenfassen, ihre Glaubwürdigkeit in der sozialen Frage entscheidend sein, genauso auch, wie sie ihre Kompetenz in der Versöhnungsarbeit einsetzen. Die große Chance der Kirchen wäre aber, Plattformen für einen Diskurs frei von jeglicher Manipulation anzubieten. Der Vorwurf, bisherige Angebote von Kirchen und kirchlichen Einrichtungen, konzentrieren sich allzu sehr auf eine bildungsbürgerliche Zielgruppe, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Das gilt auch für Veranstaltungen, die auf kontroverse Diskussionen ausgelegt sind.

Auf der anderen Seite wird auch immer wieder offenen Diskussionsveranstaltungen berichtet, etwa im Zuge der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften, bei denen die Diskussion durch Hetze und Pöbeleien, nicht selten durch extra dafür angereiste Teilnehmer, verunmöglicht wurden. Oft genug passiert dies auch im kirchlichen Rahmen. Klar ist, dass Lüge und Hetze nicht toleriert werden dürfen, aber die Chance, bei solchen Veranstaltungen nicht nur das kirchliche Kernpublikum anzusprechen, sollte genutzt werden. Was oft gefordert wird, sollte da möglich sein: das Ansprechen von Sorgen und Ängsten, mit der ganz wesentlichen Ergänzung: Es geht hier nicht nur um die Ängste der eigenen Kirchenmitglieder sowie der Menschen, die sich durch die rasanten Veränderungen in der Gesellschaft bedroht fühlen. Auch auf die Ängste der Menschen, die in Europa Schutz oder neue Lebensperspektive suchen oder aus anderen Gründen verletzlich oder von Marginalisierung betroffen sind, muss geachtet werden. Das gebietet die Anwaltschaft für die Menschen am Rand der Gesellschaft.

Ein solcher freier Diskurs ist jedenfalls die Einladung zum Perspektivwechsel. Dieser darf auch von Seiten kirchlicher Mitarbeiter nicht nur eingefordert, sondern muss auch selbst gewagt werden, um den Vorwurf der Abgehobenheit zu entgegnen. Das Einüben eines solchen Perspektivwechsel ist durchaus etwas, was Kirche etwa in Religionsunterricht, Konfirmandenunterricht und Erwachsenenbildung bereits tut. Den Mut zu haben, diese Kompetenz auch ganz bewusst in extrem emotionalisierten Debatten zu nutzen, wäre ein wichtiger Schritt gegen den Versuch rechter Ideologie, die Gesellschaft zu spalten. Kirchen schaffen so die Voraussetzung für gegenseitiges Verständnis und Aussöhnung. ■

Die richtigen Lehren ziehen

Kirchen und Rechtspopulismus 2017

Trägt der moralische Kosmopolitismus der Kirchen in der Flüchtlingspolitik zum Wahlerfolg von FPÖ und AfD bei? Fehlt es den Kirchen an einer differenzierten Auseinandersetzung in politischen Sachfragen? Sie sollten sich von einer falsch verstandenen Toleranz z. B. dem politischen Islam gegenüber verabschieden, auch der Anerkennung kultureller Mehrheitsrechte annehmen und Begriffe wie Nation und Kultur nicht den Falschen überlassen.

Von **Ulrich H. J. Körtner**

1. Kirchliche Reaktionen auf die Bundestagswahl 2017

Vertreter der evangelischen wie der katholischen Kirche in Deutschland reagieren erwartungsgemäß entsetzt auf den Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017, die in mehreren Ländern noch besser als im Bund abgeschnitten haben und in Sachsen überhaupt die stärkste Kraft wurden. Obwohl Frau Merkel und die große Koalition im Ganzen vor allem wegen ihrer Flüchtlingspolitik abgestraft wurden, ist die Kanzlerin der Ansicht, ihre Politik sei richtig gewesen, und auch im

Wahlkampf habe sie im Großen und Ganzen nichts falsch gemacht. Wie sie haben offenbar auch die Kirchen das Wahlergebnis offenbar nicht richtig verstanden. Statt jetzt nur ihre Abscheu gegenüber der AfD zu bekunden, sollten sich die Kirchen selbstkritisch fragen, was sie möglicherweise zum Wahlerfolg dieser unappetitlichen Partei beigetragen haben, indem sie Merkels Politik vehement unterstützt und moralisch überhöht haben.

Die evangelischen Kirchen zitieren gern den Satz des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, die Kirchen wollten zwar nicht selbst Politik machen, wohl aber Politik möglich machen. In der Flüchtlings- und Migrationspolitik vertreten sie in ökumenischem Schulterschluss zur römisch-katholischen Kirche einen moralischen Kosmopolitismus, der in letzter Konsequenz auf eine Politik der offenen Grenzen und die moralische Infragestellung des Rechtes eines Staates und seiner Bürger hinausläuft, Migration überhaupt zu begrenzen, weil die Rechtfertigungsgründe, um Menschen den Status eines Flüchtlings einzuräumen, immer weiter ausgedehnt werden. Arnold Gehlen hat diese Form der Überdehnung eines Ethos der Nächstenliebe als Hypermoral bezeichnet.[1]

Nun kann man eine solche Position ja durchaus vertreten. Das tun übrigens keineswegs nur Kirchenvertreter und andere Christenmenschen, sondern auch säkulare Philosophen und Politikwissenschaftler wie der in Toronto lehrende Politologe Joseph H. Carens. Es gibt freilich auch gute Gegengründe, wie sie besonders prominent der amerikanische Philosoph Michael Walzer vertritt, neuerdings auch der Oxforder Philosoph David Miller oder der Kieler Philosoph Konrad Ott. Die Kirchen haben jedoch den Eindruck erweckt, als ob die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin nicht etwa nur aus politischen, sondern auch aus moralischen Gründen alternativlos sei und dafür theologische Begründungen geliefert, deren Stichhaltigkeit sich durchaus hinterfragen lässt.

Nicht selbst Politik machen, aber Politik möglich machen: Zivilgesellschaftlich tragen die Kirchen, Kirchengemeinden und Diakonie viel zur Versorgung und Integration von geflüchteten Menschen bei. Ihre zumeist gesinnungsethischen Positionen aber sind ein Teil des Problems und nicht etwa die Lösung. Selbstkritische und nachdenkliche Worte, wie sie der Wiener Erzbischof Kardinal Schönborn zum Jahresende 2016 sprach, suchte man bei den deutschen Kirchen vergeblich, übrigens auch bei den evangelischen Kirchen in Österreich. Schönborn gestand ein Umdenken in der Flüchtlingsfrage ein, habe ihn selbst doch die anfängliche Hilfsbereitschaft angesichts der großen Zahl an Flüchtlingen irgendwann überfordert.

Im Umgang mit der AfD haben die Kirchen in Deutschland einen zweischneidigen Kurs eingeschlagen. Zwar hat es nicht an besonnenen Stimmen gefehlt, die zur differenzierten Auseinandersetzung mit Funktionären und Anhängern der Partei aufgefordert haben. Auf dem Katholiken-

1 Vgl. Arnold Gehlen, Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik, hg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt a. M. ^{6}2004.

tag wurde das Gespräch jedoch verweigert. Anders der Deutsche Evangelische Kirchentag. Berlins Bischof Dröge diskutierte mit der AfD-Vertreterin Anette Schultner und legte gekonnt die Schwächen und Widersprüchlichkeiten ihrer Positionen bloß. Nach der Bundestagswahl hat er sich für eine harte, aber faire Auseinandersetzung mit der AfD ausgesprochen. Es ist durchaus christlich geboten, gegenüber fremdenfeindlichen, rassistischen und demokratiefeindlichen Positionen im Wahlprogramm oder von Parteifunktionären klare Kante zu zeigen. Reflexhafte Aktionen „gegen Rechts" wie die Kölner Initiative „Unser Kreuz hat keine Haken", mit denen Parteimitglieder und Sympathisanten unterschiedslos als verkappte oder offene Nazis denunziert wurden, waren in dieser Pauschalität jedoch unsachlich und politisch kontraproduktiv. Auch mit dem Rassismusvorwurf sollte sorgsam umgegangen werden. Er wird bisweilen gezielt in denunziatorischer Absicht eingesetzt, um sich einer differenzierten Auseinandersetzung in politischen Sachfragen zu entziehen und sich gegen Kritik an der eigenen Position zu immunisieren.

2. Der Aufstieg von AfD und FPÖ

Tatsächlich hat sich die AfD von einer ursprünglich EU-kritischen zu einer nationalistischen, rechtspopulistischen Partei entwickelt, die in Teilen rechtsextrem ist und vor der sich die Kirchen aus guten Gründen distanzieren. Es besteht aber die Gefahr, dass die gemäßigten politischen Kräfte wie auch die Kirchen in Deutschland dieselben Fehler wiederholen, die in Österreich begangen und zum Aufstieg der FPÖ geführt haben, die inzwischen eine feste Größe ist.

Bei einer großen Zahl von AfD-Wählern handelt es sich um Protestwähler, die keineswegs der Parteiideologie ungeteilt zustimmen. Wie man aber an der Erfolgsgeschichte der FPÖ sehen kann, können Protestwähler im Laufe der Zeit zu Stammwählern werden. Man sollte sich in Deutschland auch nicht damit beruhigen, dass die AfD nur wenig kompetentes Personal vorzuweisen hat. Das galt – ohne die genannten Parteien auf eine Stufe stellen zu wollen – auch für die Grünen oder die Linken in ihrer Anfangszeit, keineswegs nur für die FPÖ. Dem „dritten Lager" in Österreich haben selbst wiederholte Spaltungen bis heute nichts anhaben können. Auf die Selbstzerstörungskräfte des rechten politischen Spektrums zu setzen, ohne die eigene Politik zu überdenken, könnte sich als fataler Fehler erweisen. Die Entfremdung zwischen der etablierten politischen Klasse und Teilen der Bevölkerung ist auch nicht nur die Folge von Kommunikationsproblemen, sondern sie resultiert auch aus Konflikten über politische Inhalte.

Auch wenn die AfD in hohem Maße von Kirchenfernen gewählt worden ist, hat sie doch auch unter treuen Kirchenmitgliedern beider Konfessionen ein Wählerreservoir. Erste Untersuchungen zeigen, dass die Volksparteien CDU, CSU und SPD bei Kirchenmitgliedern Verluste

zu verzeichnen haben.[2] Zwar schneiden alle drei Parteien immer noch relativ gut ab, wobei evangelische Wähler die SPD stärker als katholische Wähler favorisieren. Während aber unter Katholiken die FDP mit 11 % vor der AfD (9 %) auf dem dritten Platz rangiert, liegen AfD und FDP bei evangelischen Wählern mit jeweils 11 % gleichauf. Manches deutet darauf hin, dass der Einsatz der AfD für den Schutz ungeborenen Lebens und die Ablehnung von „Gender Mainstreaming" oder „Frühsexualisierung" durch den Sexualkundeunterricht ein wichtiger Grund sind. Solche Wähler fühlen sich zunehmend fremd nicht nur im eigenen Land, sondern auch in der eigenen Kirche, die sich scheinbar für alle Randgruppen und Lebensformen stark macht, nicht aber mehr für das eigene, als christlich verstandenes Ehe- und Familienmodell. Ähnlich dürfte übriges der Befund für FPÖ-Wähler in Österreich lauten.

Die Grünen finden bei 10 % der Protestanten und 8 % der Katholiken Zustimmung, „die Linke" bei 7 % der Protestanten und 5 % der Katholiken. Insgesamt lässt sich aber feststellen, dass die Parteien am linken und am rechten Rand des politischen Spektrums bei evangelischen wie katholischen Kirchenmitgliedern deutlich schlechter als bei Konfessionslosen abgeschnitten haben. Von ihnen haben 17 % für die AfD und 16 % für „die Linke" gestimmt.

Die Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ im Jahr 2000, die bis heute einen verharmlosenden Umgang mit dem Nationalsozialismus pflegt und selbst Politiker mit rechtsextremen Anschauungen in ihren Reihen duldet, hat seinerzeit die Grundsatzfrage aufgeworfen, wie man generell den Rechtspopulismus in Europa wirksam in seine Schranken weisen kann. Die evangelischen Kirchen in Österreich fühlten sich besonders herausgefordert, ist doch der Anteil an evangelischen Kirchenmitgliedern unter FPÖ-Wählern und -Funktionären mancherorts traditionell relativ hoch. Ihre Vorgängerpartei – der „Verband der Unabhängigen" (VdU) – entstand nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur als Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten, sondern auch als Auffangbecken für deutschnationale Kräfte. In der 1956 aus dem VdU hervorgegangenen FPÖ gibt es noch immer einen deutschnationalen und nationalliberalen Flügel, der für sich das Erbe der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 und ihres nationalliberalen Gedankenguts reklamiert.

Die Gründe für den rasanten Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider und auch für ihre jüngsten Wahlerfolge liegen zu einem nicht geringen Teil in der Erstarrung des politischen Systems in Österreich nach 1945, nicht etwa darin, dass alle FPÖ-Wähler Nazis sind. Die gegen Österreich nach Bildung der schwarz-blauen Regierung unter Wolfgang Schüssel im Jahr 2000 von den übrigen EU-Staaten verhängten Sanktionen sollten den europaweit aufstrebenden Rechtspopulismus

2 Quelle: www.die-tagespost.de/politik/So-haben-Christen-gewaehlt;art315,182014, 27.9.2017 [letzter Zugriff am 4.10.2017].

eindämmen und bewirkten doch eher das Gegenteil. Schüssel wollte die FPÖ gerade durch ihre Regierungsbeteiligung entzaubern, was teilweise, wenngleich auch nur vorübergehend gelang. Die vom ehemaligen Bundeskanzler Vranitzky ausgegebene SPÖ-Doktrin, niemals eine Koalition mit Haiders oder Heinz Straches FPÖ einzugehen, hat sich im Laufe der Jahre abgenutzt. Sie ist vor der Nationalratswahl faktisch aufgegeben worden. Klassische SPÖ-Wähler sind längst zu FPÖ-Wählern geworden, und im Burgenland regiert inzwischen die SPÖ in einer Koalition mit der FPÖ. In Skandinavien liegen die Dinge ähnlich. In allen Ländern des Nordens, in denen rechtspopulistische Parteien sitzen, konnten sie ihren Stimmenanteil nicht nur halten, sondern sogar erhöhen.

Gern preist sich die FPÖ als „natürlicher Partner der christlichen Kirchen" an. Das ist zu bestreiten. Ein wehrhaftes Christentum à la FPÖ, das vor Antisemitismus und islamfeindlichen Parolen nicht zurückschreckt, widerspricht nach Geist und Buchstabe der neutestamentlichen Botschaft des Evangeliums. So gewiss die Auseinandersetzung mit politischem Extremismus auch auf einer moralischen Ebene geführt werden muss, so wenig können moralische Entrüstung, Menschenketten und Lichtermeere realpolitische Strategien ersetzen. Es wird dazu nötig sein, sich auf den unterschiedlichen Politikfeldern Punkt für Punkt mit der AfD auseinanderzusetzen und sie zu fordern. Eine Partei, die zum Beispiel nach eigenem Bekunden kein Rentenkonzept vorzuweisen hat, kann sich doch nicht im Ernst als politische Alternative für Deutschland aufspielen.

Der Ökumenische Rat der Kirche im Österreich hat zur Nationalratswahl Fragen zur politischen Verantwortung veröffentlicht, die sich nicht gegen eine bestimmte Partei richteten, sondern den Zweck verfolgten, „das Gewissen zu schärfen, die eigene Meinung verantwortungsvoll zu prüfen und zu begründen und darüber freimütig mit anderen ins Gespräch zu kommen"[3]. Statt pauschaler Verdikte gegen die FPÖ haben sich Vertreter der evangelischen Kirchen in Österreich in den vergangenen Jahren anlassbezogen zu Wort gemeldet, wenn die Partei offen fremdenfeindliche Parolen verkündete oder christliche Symbole auf durchsichtige Weise für fremdenfeindliche Zwecke missbraucht hat. Die Gradwanderung besteht freilich darin, die Kritik so anzubringen, dass sie nicht zur unbezahlten Wahlwerbung für die Rechtspopulisten wird, weil die Skandalisierung und moralische Entrüstung für Schlagzeilen und die Mobilisierung der eigenen Anhänger sorgt.

Nun haben die evangelischen Kirchen hierzulande wie in Deutschland deutliche Kritik an der Schließung der Balkanroute, die ganz wesentlich auf die Initiativen der Österreichischen Bundesregierung zurückging, oder an der gesetzlichen Festlegung eines Richtwerts („Obergrenze") geübt, wie sie auch die CSU in Bayern

3 Text unter www.oekumene.at/site/erklaerungen/article/1810.html [letzter Zugriff am 13.10.2017].

fordert. Solche Kritik wird freilich nicht schon allein damit ausreichend begründet, dass man sie als Übernahme „rechter“ Positionen brandmarkt. Die politische Herausforderung für die etablierten Parteien besteht darin, jene Wähler, die sie an den rechten oder linken Rand verloren haben, für eine gemäßigte Politik zurückzugewinnen. Ohne Korrekturen der eigenen Politik wird das jedoch kaum gelingen.

Bloße Ausgrenzung und Ächtung werden auch die AfD weiter stärken. Beschwörungsformeln wie die des rheinischen Präses Rekowski, man brauche jetzt eine „Koalition für ein offenes, soziales und gerechtes Deutschland, in dem Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit mehr zählen als Ausgrenzung und Angstmache“, lesen sich als unverdrossenes „Weiter so“, das Sorgen bereitet, und zwar sowohl was die Zukunft der Kirche als auch diejenige des Landes betrifft. Derartige Appelle sind zweifellos gut gemeint, aber auch dazu geeignet, die politische Polarisierung in Deutschland und die Entfremdung zwischen den Menschen in West- und Ostdeutschland, die sich zunehmend unverstanden fühlen, zu vertiefen.

Die AfD ist beileibe nicht nur ein ostdeutsches Problem, auch wenn sie bei der Bundestagswahl in den ostdeutschen Bundesländern deutlich höhere Gewinne als in Westdeutschland zu verzeichnen hatte. Inzwischen ist sie in 14 der 16 Landtage vertreten, darunter sind acht westdeutsche Bundesländer und Berlin. 2016 erzielte die AfD in Baden-Württemberg 15,1 % und damit deutlich mehr als bei der Berliner Landtagswahl im selben Jahr (14,2 %) oder 2014 in Thüringen (10,6 %) und 2017 in Sachsen-Anhalt (9,7 %).

Die Wahlerfolge der AfD werden gern – ähnlich wie bei der FPÖ – mit Abstiegsängsten einkommensschwacher Schichten erklärt. Die beiden rechtspopulistischen Parteien finden aber auch unter Angehörigen der Mittelschicht und in Akademikerkreisen Anhänger. Ein Vordenker der neuen Rechten ist der Sloterdijk-Schüler Marc Jongen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe und einer der beiden Landessprecher der AfD in Baden-Württemberg. 2017 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt. Fraktionsvorsitzender der AfD im Baden-Württembergischen Landtag ist der Wirtschaftswissenschaftler Jörg Meuthen, Professor an der Hochschule Kehl. Es wäre falsch, den Aufstieg der AfD als Resultat ökonomischer Konflikte zu interpretieren. Ginge es nur um mehr Gerechtigkeit in ökonomischer Hinsicht, hätte die SPD mit ihrem Wahlslogan „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ wohl kaum eine so krachende Niederlage eingefahren.

3. Multikulturalismus und Identität

Der Konflikt um die künftige deutsche und europäische Migrationspolitik ist nicht nur ein Stellvertreterkrieg für ökonomische Verwerfungen: für weiter bestehende Einkommensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, höhere Arbeitslosigkeit und einen schwachen Mittelstand in Ostdeutschland. Es geht auch nicht nur darum,

dass sich einkommensschwächere Schichten im Verteilungskampf um die Ressourcen des Sozialstaats in Konkurrenz zu den 2015/16 eingewanderten Flüchtlingen und Migranten sehen – ob zu recht oder nur subjektiv empfunden, sei an dieser Stelle offengelassen. Es handelt sich vielmehr auch um einen kulturellen Konflikt, was sich daran zeigt, dass es keineswegs nur unter Hartz IV-Empfängern und Menschen mit niedrigem Einkommen oder in prekären Arbeitsverhältnissen, sondern auch in besser situierten Schichten der Gesellschaft Menschen gibt, die sich kulturell marginalisiert fühlen. Begriffe wie Identität, Heimat und Leitkultur stehen für kulturelle Werte, denen ein eigenständiger, von der Ökonomie unabhängiger Wert beigemessen wird.

Im Kern dreht sich der Konflikt um den Politikansatz des Multikulturalismus, heute gern auch Diversitätspolitik genannt. Die Kirchen stehen in diesem Konflikt erkennbar auf der Seite des Multikulturalismus. Nicht nur kulturelle, sondern auch religiöse Vielfalt wird heutzutage in kirchlichen Stellungnahmen als Bereicherung gepriesen. Selbst der Islam, obwohl er als nachchristliche Religion doch ausdrücklich den Wahrheitsanspruch des Christentums bestreitet, wird von kirchlichen Repräsentanten als „Bereicherung Europas“ begrüßt.[4] Man kann dies als eine Frucht der ökumenischen Bewegung im 20. Jahrhundert und als Konsequenz aus den unseligen Folgen des Nationalismus begreifen, der sich in zwei Weltkriegen entladen hat. Auf unterschiedliche Weise sind Religion und Nation in der Geschichte der verschiedenen christlichen Konfessionen eine enge Verbindung eingegangen. Inzwischen betont nicht nur die römisch-katholische Kirche als Weltkirche ihren transnationalen Charakter, auch wenn es in einem Land wie Polen noch immer eine spezifische Form des Nationalkatholizismus gibt.

Auch der europäische Protestantismus hat in den zurückliegenden Jahrzehnten eine Abkehr vom Nationalismus vollzogen. Beispielsweise hat die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) auf ihrer Vollversammlung in Florenz 2012 ein Wort zur Lage in Europa verabschiedet, das einer Rückkehr zum Nationalismus eine deutliche Absage erteilt. Der Passus lässt freilich auch erkennen, wie schwierig es war, sich auf eine gemeinsame Aussage zu verständigen. Es heißt dort:

„Das Recht auf nationale Selbstbestimmung und auf Wahrung berechtigter nationaler Interessen ist von einem Nationalismus zu unterscheiden, der zu Konkurrenz und Feindschaft zwischen den Völkern und zur Unterdrückung von ethnischen Minderheiten führt. Der europäische Einigungsprozess ist gerade gegen den *Nationalismus* des 19. Jahrhunderts und seine schrecklichen Folgen im 20. Jahrhundert entstanden. Daher sind evangelische Kirchen – die z. T. selber in

4 Sogar der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. hat sich 2004 in einem Standard-Interview in diesem Sinne geäußert, zugegebenermaßen bevor unter Recep Tayyip Erdoğan die massive Re-Islamisierung der Türkei einsetzte. Vgl. http://derstandard.at/1702247/Der-Islam-als-Bereicherung-der-Europaeischen-Union [letzter Zugriff am 13.10.2017].

den Nationalismus tief verstrickt waren – diesem Prozess verbunden und unterstützen ihn.“[5]

Das Dokument verweist an dieser Stelle auf die Studie der GEKE „Kirche – Volk – Staat – Nation“ aus dem Jahr 2001.[6] Zwischen Nationalismus und dem Recht auf nationale Selbstbestimmung wie auf Wahrung von nationalen Interessen, die man für berechtigt halten kann, wird also unterschieden, ohne die Frage zu klären, worin denn solche berechtigten Interessen materialiter bestehen können.

Eine Frage, die in diesem Zusammenhang durch die Globalisierung und die Zunahme von Migration an Schärfe gewinnt, ist das Verhältnis von kulturellen Mehrheitsrechten und Minderheitsrechten. Der an der Humboldt-Universität zu Berlin lehrende Soziologe und Migrationsforscher Ruud Koopmans identifiziert die Legitimitätskrise von kulturellen Mehrheitsrechten als Faktor, der den Aufstieg des nationalen Populismus in Europa wesentlich begünstigt. Als Folge der seit dem Zweiten Weltkrieg ausgeweiteten Minderheitenschutzbestimmungen ist die Verteidigung der Rechte nationaler Mehrheiten „weitgehend in einen Bereich außerhalb der akzeptierten normativen Ordnung“[7] geraten. Koopmans beschreibt den daraus resultierenden Konflikt folgendermaßen: „Für die eine Seite haben Mehrheiten keine rechtliche Grundlage, Privilegien ihrer Sprache und Kultur über andere Kulturen zu beanspruchen. Für die andere Seite, und dies ist der populistische Standpunkt, ergibt sich dieses Recht rein aus der demokratischen Legitimation von Mehrheitsentscheidungen.“[8] Die heute vorherrschende Interpretation der universellen Menschenrechte und des Antidiskriminierungsprinzips – insbesondere die UN-Definition von Minderheiten durch die Vereinten Nationen – schützt das Verlangen einer Gruppe, deren Minderheitsstatus betont wird, ihre kulturellen Traditionen zu erhalten. Im Unterschied zur UN-Definition indigener Völker wird der Minderheitsstatus aber nicht mit einem besonderen geographischen Territorium in Verbindung gebracht. „Als Konsequenz ergibt sich daraus, dass sich diese Definition sowohl auf ‚nationale Minderheiten‘ (wie etwa die Schotten), als auch auf ethnische Gruppen (wie etwa die Türken in Deutschland), bezieht.“[9]

Koopmans vertritt in der politisch-philosophischen Diskussion im Anschluss an den kanadischen Philosophen Will Kymlicka eine zwischen Befürwortern und Gegnern des Multikulturalismus vermittelnde Position. Kymlicka argumentiert, dass die Verwurzelung in einer

5 Wort der Vollversammlung zur gegenwärtigen Lage in Europa, S. 4 (www.cpce-assembly.eu/media/pdf/Unterlagen/18-Wort-zur-Lage-DE.pdf [letzter Zugriff am 13.10.2017].

6 Vgl. Wilhelm Hüffmeier (Hg.), Kirche – Volk – Staat – Nation. Ein Beitrag zu einem schwierigen Verhältnis. Beratungsergebnis der Regionalgruppe der Leuenberger Kirchengemeinschaft Süd- und Südosteuropa (LT 7), Frankfurt a. M. 2002.

7 Ruud Koopmans, Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration (Migration, Bd. 4), Berlin 2017, S. 194.

8 A. a. O. (Anm. 7), S. 195.

9 A. a. O. (Anm. 7), S. 202.

„gesellschaftlichen Kultur“ für die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit eine wesentliche Voraussetzung darstellt.[10] Solche Kulturen, die eine für ihre Mitglieder bedeutungsvolle Lebensweise in allen Lebensbereichen repräsentieren, basieren auf einer gemeinsamen Sprache und sind meist auch an ein bestimmtes Territorium gebunden. Kymlicka unterscheidet weiters zwischen historisch angestammten nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen, die aus Einwanderung hervorgegangen sind. Koopmans argumentiert nun wie Kymlicka, dass es nicht nur für die Anerkennung von Minderheitenrechten, sondern auch für die Anerkennung von kulturellen Rechten der Mehrheitsgesellschaft vier gute Gründe gibt. Der erste ist das Argument der logischen Konsistenz: „Wenn Quebecer, Pueblo-Indianer und Friesen kulturelle Rechte fordern können, dann können dies auch Dänen oder Niederländer tun.“[11] Der zweite Grund besteht darin, dass wir uns in puncto Minderheitenschutz nicht mehr in einer Situation wie vor dem Zweiten Weltkrieg und des Kolonialismus befinden. „Was früher ein normativer Vorteil der kulturellen Mehrheiten war – nämlich, dass sie über ihre ‚eigenen‘ souveränen Nationalstaaten verfügten –, hat sich in eine normative Last verwandelt […]. Dies ist gut und notwendig, insofern es Minderheiten gegen Unterdrückung durch die Mehrheit schützt, aber es hat den unvorhergesehenen und unerwünschten Effekt, dass die kulturelle Mehrheit in Nationalstaaten nicht länger eine normativ legitime Möglichkeit ist, ihre kulturelle Identität auszudrücken und ihre kulturellen Interessen zu verteidigen.“[12] Der dritte Grund lautet, dass „das Fehlen einer legitimen normativen Basis für die kulturellen Forderungen von Mehrheiten“[13] die öffentliche Debatte vergiftet und polarisiert. Als vierten Grund führt Koopmans an, „dass die Vorstellung, Mehrheitskulturen benötigten keinen besonderen Schutz, in einer globalisierten Welt immer weniger haltbar ist“[14]. Wie Kymlicka ist er der Ansicht, dass bei Konflikten zwischen den Ansprüchen einer Mehrheitskultur und einer durch Einwanderung entstandenen ethnischen Gruppe, die Forderung der Mehrheitskultur stärker wiegen solle, „weil sie keinen anderen Ort auf der Erde hat, wo sie in ihrer eigenen gesellschaftlichen Kultur leben kann. Die Minderheitengruppe hat durch Abwanderung freiwillig auf das Recht verzichtet, innerhalb ihrer eigenen gesellschaftlichen Kultur in ihrem Herkunftsland zu leben.“[15] Koopmans plädiert nun allerdings nicht für die einseitige Durchsetzung der Mehrheitskultur, sondern für einen normativen Rahmen, der die kulturellen Rechte sowohl von Minderheiten als auch von Mehrheiten berücksichtigt. Solch ein Rahmen würde nicht nur der gesellschaftlichen Realität,

10 Vgl. Will Kymlicka, Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights, Oxford 1995.

11 R. Koopmans, a. a. O. (Anm. 7), S. 212.

12 A. a. O. (Anm. 7), S. 213.

13 Ebd.

14 A. a. O. (Anm. 7), S. 214.

15 A. a. O. (Anm. 7), S. 219.

sondern auch „dem Gerechtigkeitsempfinden der meisten Menschen“[16] genügen. Innerhalb eines solchen Rahmens bedarf es eines beständigen Aushandlungsprozesses, in dem die normativen Ansprüche der Mehrheiten wie der Minderheiten als legitim anerkannt und berücksichtigt werden.

Rechtspopulistische Parteien, wie es sie inzwischen in ganz Europa gibt, sind freilich an solch einem Aushandlungsprozess nicht interessiert. Sie vertreten eine Politik und Moral des Ressentiments, deren politische Logik dem Schema von Freund und Feind folgt, das der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt, der sich für den Nationalsozialismus engagierte, zum Grundmodell alles Politischen erklärt hat. In der Sprache der modernen Sozialwissenschaften gesprochen folgt die Politik des Rechtspopulismus der scharfen Logik von Inklusion und Exklusion von Einzelnen und ganzen Menschengruppen, die im Extremfall zu rechtlosen Objekten degradiert und auf ihr nacktes Leben reduziert werden, wie es der italienische Philosoph Giorgio Agamben in seinem Hauptwerk „Homo sacer“ beschreibt.[17]

Die Logik von Inklusion und Exklusion wird auch im Umgang mit politischen Gegnern betrieben, verbunden mit einem demagogischen Missbrauch von Moral als politischer Waffe. Es sind gerade rechtspopulistische Parteien wie FPÖ oder AfD, die sich als Partei der Anständigen und Saubermänner gerieren und politische Auseinandersetzungen zu moralischen erklären, indem politische Gegner als „Verräter“, Kritiker einer „Schmutzkübelkampagne“ bezichtigt oder Asylsuchende pauschal als Kriminelle diffamiert werden.

Das demokratiepolitische Problem besteht freilich darin, dass auf die rechtpopulistische Exklusionsrhetorik von demokratischen Kräften ihrerseits mit Exklusion reagiert wird. Stehen auf der einen Seite die selbst ernannten „anständigen Deutschen“ oder Österreicher, so auf der anderen Seite die „anständigen Demokraten“. Auch sie konstruieren ein Wir, das kollektiv gegen die anderen steht: gegen die „Nazis“,[18] die „Faschisten“, die „Rassisten“, das „Pack“ (Sigmar Gabriel). Widersprüchlich ist diese Haltung jedenfalls dann, wenn Parteien, wie die FPÖ oder die AfD, nicht verboten sind und daher in den Parlamenten vertreten sein dürfen. Systemtheoretisch betrachtet finden vom politischen Mainstream ausgeschlossene Positionen auf dem Weg populistischer Parteien ihren Weg zurück in das System, das sie freilich ihrerseits auf widersprüchliche Weise für sich nutzen und zugleich bekämpfen wollen.

16 A. a. O. (Anm. 7), S. 221.

17 Vgl. Giorgio Agamben, Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt a. M. 2002.

18 Der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer kommentierte das Wahlergebnis der AfD wie folgt: „Die großen Gewinner sind die neuen Nazis von der AfD, und es ist eine Schande für unser Land! Nach 72 Jahren sind sie also wieder zurück in einem nationalen deutschen Parlament“ (Joschka Fischer, Die Zeit nach Merkel hat begonnen, Der Standard, 26.9.2017 [http://derstandard.at/2000064810998/Die-Zeit-nach-Angela-Merkel-hat-begonnen; letzter Zugriff am 13.10.2017]).

4. Politik des Ressentiments

Das Ressentiment begegnet nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Es bricht sich auch in der Gestalt des „Wutbürgers“ Bahn.[19] Wut ist nur ein anderes Wort für offen ausbrechende Ressentiments, die seit jeher Politik beeinflussen oder von der Politik aktiv geschürt werden.[20] Das französische Lehnwort „Ressentiment“ übersetzt man am besten mit „heimlicher Groll“. Es handelt sich also nicht etwa nur um Vor*urteile*, denen allein auf der kognitiven Ebene mit guten Argumenten beizukommen wäre, sondern um negative Einstellungen gegenüber Einzelpersonen, ganzen Bevölkerungsgruppen, Völkern, Kulturen oder Institutionen, die mit Gefühlen starker Ablehnung verbunden sind. Auf der individuellen wie auf der kollektiven Ebene verbinden sich Ressentiments mit dem Gefühl, zurückgesetzt zu sein oder ungerecht behandelt zu werden.

Gängige Beispiele für kollektive Ressentiments, die sich in aller Munde finden, sind Rassismus und Antisemitismus, Nationalismus, Antiamerikanismus, Antiislamismus oder Homophobie. Bei diesen Begriffen handelt es sich freilich keineswegs um neutrale Beschreibungskategorien, sondern um Termini, die ihrerseits moralisch und affektiv aufgeladen sind und im politischen Diskurs als Kampfbegriffe verwendet werden. Es gibt genügend Beispiele dafür, dass Kritik an der Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern als Antisemitismus gebrandmarkt wird. Genauso gibt es aber auch Beispiele, dass eine tatsächlich latent oder offen antisemitisch motivierte Israelkritik sich vorab gegen Kritik zu verteidigen versucht, dass man schon im vorhinein lamentiert, die eigene israelkritische Position werde bestimmt vom politischen Establishment oder vom Staat Israel und seinen Verteidigern als Antisemitismus verunglimpft. Oder es gibt, um ein weiteres Beispiel zu wählen, tatsächlich einen linken, reflexhaften Antiamerikanismus, genauso aber die Strategie, Kritik an amerikanischer Politik oder an Entwicklungen in der politischen Kultur der USA pauschal als Antiamerikanismus zu verurteilen.

Ein besonders interessanter Fall ist der Begriff des Antiislamismus und sein schillernder Gebrauch. Oft wird er mit Angst vor dem Islam – Islamophobie genannt – oder Islamfeindschaft gleichgesetzt. Nun lässt sich nicht bestreiten, dass es pauschale Vorurteile gegen Muslime und den Islam als solchen gibt, die sachlich nicht gerechtfertigt sind und dazu führen, dass Muslime gegenüber anderen Menschen zurückgesetzt und ungerecht behandelt werden. Antiislamismus und Islamophobie sind aber von vornherein Kampfbegriffe eines politischen Islam, der die

19 Zum Folgenden vgl. Ulrich H. J. Körtner, Für die Vernunft. Wider Moralisierung und Emotionalisierung in Politik und Kirche, Leipzig 2017, S. 41 ff.

20 Vgl. Claus Leggewie, Populisten verstehen. Ein Versuch zur Politik der Gefühle, in: Karl-Rudolf Korte (Hg.), Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, Baden-Baden 2015, S. 139–154, hier S. 144 ff.

Strategie verfolgt, an ihm geübte Kritik auf dieselbe Ebene wie den Antisemitismus zu stellen und sich mit den Opfern des Holocaust auf eine Stufe zu stellen, dabei aber den unter Muslimen und in islamisch geprägten Ländern verbreiteten und staatlich geförderten Antisemitismus geflissentlich auszublenden. Zwischen einer der Aufklärung verpflichteten Kritik am Islam oder bestimmten Spielarten desselben und bloßem Ressentiment wird dabei nicht unterschieden.

Die Antwort auf die unterschiedlichen Spielarten von Rechts- oder Linkspopulismus wie auch von religiös motiviertem Extremismus besteht in einer Politik der Gefühle und des Ressentiments eigener Art. Aufgabe der Politik in einem pluralistischen demokratischen Staat ist es, gegen Ressentiments vorzugehen, welche die Rechte und die Würde von Menschen verletzen und gefährden und komplexe politische Sachverhalte auf unzulässige Weise vereinfachen. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Innen- und Außenpolitik, sondern auch der Bildungs- und der Medienpolitik. Die Zivilisierung von Emotionen und Gefühlen ist auch eine Aufgabe der Zivilgesellschaft, wenn man nur an vorhandenen Rassismus im Sport, etwa im Fußball, denkt.

Ressentiments lassen sich freilich nicht einfach durch Werbekampagnen, wie „No to Racism“ im Fußball, oder Demonstrationen „gegen Rechts“ bekämpfen. Es genügte nicht, moralisch unerwünschte Gefühle durch Gegengefühle zu bekämpfen, also beispielsweise offenkundiger Islamfeindlichkeit Bilder von sympathischen syrischen Flüchtlingen entgegenzusetzen, so wenig die Macht der Bilder unterschätzt werden soll. Demokratie lebt aber ganz entscheidend vom vernünftigen Diskurs, vom Austausch der Argumente. Diese Grundlage der modernen Demokratie müssen wir uns neu bewusst machen. Nicht nur die Macht, sondern auch das Gefühl beugt sich in einer funktionierenden Demokratie dem Argument und nicht umgekehrt das Argument der Macht der Gefühle.

5. Schlussfolgerungen

Um der Herausforderung durch den Rechtspopulismus zu begegnen, halte ich es für notwendig, die Debatte über universelle Menschenrechte, Minderheitenschutz und Mehrheitskulturen in der von Ruud Koopmans beschriebenen Richtung auch in den Kirchen zu führen. In dieser Richtung ist auch die innerkirchliche und theologische Debatte über das schwierige Verhältnis von Kirche, Volk, Staat, Nation und Kultur zu erweitern und zu vertiefen. Die GEKE-Studie „Kirche – Volk – Staat – Nation“ aus dem Jahr 2002 zeigt exemplarisch, dass sich der innerkirchliche Diskurs bisher vor allem auf die Anerkennung und den Schutz von Minderheitenrechten konzentriert hat. Die Aufgabe der „politischen Diakonie“ wird in diesem Dokument weitgehend mit dem Eintreten der Kirchen für die Menschenrechte und ihrem Einsatz für Flüchtlinge und Asylsuchende gleichgesetzt.[21] Ohne die-

21 Vgl. W. Hüffmeier (Hg.), a. a. O. (Anm. 6), S. 68.

sen Einsatz relativieren zu wollen, halte es ich für notwendig, dass sich politische Diakonie oder Gesellschaftsdiakonie auch den kulturellen Rechten von Mehrheiten den gebührenden Rang zuerkennt; geleitet von dem aus dem Evangelium folgenden Auftrag, das friedliche Zusammenleben aller Menschen zu fördern.[22]

Die Fixierung auf das Konstrukt eines kulturell homogenen Nationalstaates halte ich für abwegig. Für ein historisches Fehlurteil halte ich allerdings ebenso die auch in kirchlichen Kreisen anzutreffende Vorstellung, der Nationalstaat habe sich im Grunde schon längst überlebt und gehe ganz im europäischen Einigungsprozess auf. Die Forderung nach „mehr Europa" als Antwort auf den Rechtspopulismus und auf Autonomiebestrebungen, wie in Katalonien, kann sich auf verhängnisvolle Weise kontraproduktiv auswirken. So berechtigt die Kritik an einem neu aufflammenden Nationalismus in Europa auch ist, sollten die Kirchen Begriffe wie Nation oder Kultur nicht den Falschen überlassen.

Was die AfD betrifft, so stehen den Kirchen noch schwere Zeiten bevor, sollte das kirchliche Mainstream-Milieu in Deutschland auf AfD-Wähler nur mit Unverständnis und Abgrenzung reagieren. Gerade die Kirchen sollten das Gespräch mit den Menschen suchen, und zwar nicht etwa nur, um ihnen in der Manier von Besserwissern ihre vermeintlich völlig unbegründeten Ängste auszureden, sondern um ihnen auf Augenhöhe zuzuhören und mit ihnen über ihr Verständnis dessen, was christlich und christlicher Glaube ist, ins Gespräch zu kommen. Es geht nicht nur um Probleme der kulturellen Identität, von Mehrheits-und Minderheitsrechten, sondern auch um theologische Grundfragen im Bereich der Dogmatik.

Aller Rede von Öffentlicher Theologie zum Trotz meine ich, einen gewissen Mangel an Theologie zu beobachten. So erfreulich es ist, dass sich die Kirchen heute als Anwältinnen der Menschenrechte begreifen: „Die Kirche hat nicht Menschenrechte, sondern das Evangelium zu verkündigen"[23], wie ihr der evangelische Sozialethiker Martin Honecker ins Stammbuch schreibt. Wenn angesichts des Wahlerfolgs der AfD von kirchenleitenden Persönlichkeiten einmal mehr das Erbe Bonhoeffers, Barmens und der Bekennenden Kirche beschworen wird, sei doch die Frage gestattet, ob denn die heutige politische Situation in Deutschland oder in Österreich mit der NS-Zeit gleichgesetzt werden darf. Der prophetische Gestus ist doch oft nur eine Attitüde besoldeter Amtsträger. Zur Flüchtlings- und Migrationskrise sollte theologisch wohl noch mehr zu sagen sein, als in biblizistischer Manier immer nur das Gleichnis vom Weltgericht Matthäus 25 zu zitieren. Wenn es um den Wandel von Ehe und Familie oder die „Ehe für alle" geht, sucht man nach gehaltvollen theologischen Ar-

22 Die GEKE-Studie hat dies durchaus im Blick wenn sie eine Aufgabe darin sieht, „auch die Minderheiten an ihre Verantwortung für das Gespräch und die gegenseitige Verständigung zu erinnern" (a. a. O. [Anm. 6], S. 68).

23 Martin Honecker, Auf der Suche nach Orientierung im Labyrinth der Ethik, Stuttgart 2017, S. 52.

gumenten weithin vergebens. Zumindest die EKD begnügt sich seit ihrem umstrittenen Familienpapier aus dem Jahr 2013[24] damit, Entscheidungen der Politik nachträglich ihren Sanctus zu geben.

Auffällig ist auch, dass sich die Kirchen mit dem politischen Islam längst nicht so entschieden auseinandersetzen wie mit der AfD und dem Rechtspopulismus. Selbst islamische Theologen wie Ednan Aslan in Wien und Mouhanad Khorchide in Münster warnen, dass Gefahren für die europäischen Gesellschaften keineswegs nur von denen ausgehen, die im Namen des Islam Gewalt ausüben, sondern auch von einem politischen Islam, der Extremismus dadurch nährt, dass er die Integration von Muslimen in Europa bekämpft. Den Erfolg der AfD wertet Khorchide als „Quittung dafür, dass die anderen Parteien die notwendige Debatte über den politischen Islam nicht wirklich geführt haben. Alle haben diese den Rechtspopulisten überlassen."[25]

Warnungen vor falsch verstandener Toleranz kommen noch immer vom ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Wolfgang Huber, der die Kirchen auch dazu auffordert, das Evangelium als eigenen Glaubenskern wieder stärker hervorzuheben. Die EKD lässt es an solchen klaren Worten meist vermissen. Auch die evangelischen Kirchen in Österreich üben sich in großer Zurückhaltung, wenn sie nicht überhaupt aus der Absicht, für uneingeschränkte Religionsfreiheit und gegen jede Form der Diskriminierung religiöser Minderheiten aufzutreten, de facto die konservativen islamischen Kräfte unterstützen und es möglichst vermeiden, das Problem des politischen Islam anzusprechen. Das an sich richtige Bemühen um ein gutes Zusammenleben mit Muslimen darf jedoch nicht zu Lasten der theologischen Urteilskraft gehen, wofür die Arbeitshilfe der Evangelischen Kirche im Rheinland „Weggemeinschaft und Zeugnis im Dialog mit Muslimen" ein trauriges Beispiel ist, weil sie nicht etwa nur berechtigterweise zur Zurückhaltung in der Frage der Mission auffordert, sondern den Missionsauftrag der Kirche praktisch aufgibt und insbesondere der Mission unter Muslimen die Berechtigung abspricht.[26] Wichtige, dabei stets um Sachlichkeit bemühte Aufklärungsarbeit leistet hingegen die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen mit Sitz in Berlin.[27]

Das von der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD verfasste Im-

24 Vgl. Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken. Eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Gütersloh 2013. Siehe dazu Ulrich H. J. Körtner, Hauptsache gerecht. Wie die EKD Familie neu zu denken versucht, ZEE 57, 2013, S. 243–248.

25 Mouhanad Khorchide, Warum Sebastian Kurz kein Islamhasser ist, Der Standard, 6.10.2017, http://derstandard.at/2000065500010/Warum-Sebastian-Kurz-kein-Islamhasser-ist [letzter Zugriff am 13.10.2017].

26 Vgl. Evangelische Kirche im Rheinland, Weggemeinschaft und Zeugnis im Dialog mit Muslimen. Arbeitshilfe, Düsseldorf ^{2}2016. Zu Diskussion siehe die Beiträge in epd-Dokumentation 30, 2016; darin: Ulrich H. J. Körtner, Offenbarung und Verborgenheit Gottes angesichts der Religionen, a. a. O., S. 15–27.

27 Zur Unaufgebbarkeit christlicher Mission siehe Friedmann Eißler/Kai Funkschmidt (Hg.), Missionsverzicht? Mission, interreligiöser Dialog und gesellschaftlicher Frieden (EZW-Texte 248), Berlin ^{2}2017.

pulspapier „Konflikt und Konsens“ vom August 2017[28] könnte eine Kurskorrektur in Fragen der politischen Ethik und der innerkirchlichen Debattenkultur einleiten. Sie ist schon deshalb notwendig, weil das Modell der Konsensdemokratie mit dem Einzug populistischer Parteien in die Parlamente an seine Grenzen stößt. Es genügt nicht mehr, einen Wertekonsens zu beschwören, wenn bislang konsensfähige Werte Gegenstand des politischen Konfliktes werden, weil sich solch ein aufbrechender Wertkonflikt nicht durch die Berufung auf die strittigen Werte unterbinden oder entscheiden lässt. Hier zeigt sich dann auch der polemogene Charakter von Moral, die politische Konflikte keineswegs befriedet, sondern geeignet ist, sie anzuheizen.[29]

Das erwähnte Impulspapier der EKD führt richtigerweise aus, dass der populistische Impuls den politischen Prozess und damit die Demokratie durchaus stärken kann:

> *„Und zwar insofern, als er die etablierten politischen Kräfte zwingt, ihre eigenen Positionen neu zu schärfen und ‚responsiver‘ zu gestalten, also das Erleben von Beteiligung und Repräsentation zu verstärken. Solche Bestrebungen sind ohne Scheu vor einer intensiveren politischen Auseinandersetzung zu begrüßen. Denn politisch kontroverse Positionen, Parteien oder soziale Gruppierungen aus dem demokratischen Streit auszuschließen, kann durchaus auch im Interesse des Machterhalts derer liegen, die sich für eine solche Grenzziehung einsetzen. Es kann nämlich den eigenen Einfluss stärken, konkurrierenden Standpunkten keine Gelegenheit für die politische Auseinandersetzung zu bieten.“*[30]

Ob sich diese Linie in der EKD durchsetzen kann, bleibt abzuwarten. Jedoch braucht es nicht nur eine neue politisch-ethische, sondern auch eine neue theologische Streitkultur über den Kern und Grund des christlichen Glaubens, nicht nur in Deutschland, sondern auch bei uns in Österreich. ■

28 Der Text ist online abrufbar unter www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/20170814_konsens_und_konflikt.pdf [letzter Zugriff am 13.10.2017].

29 Vgl. Niklas Luhmann, Soziologie der Moral, in: ders. / S.H. Pfürtner (Hg.), Theorietechnik und Moral (stw 206), Frankfurt a.M. 1978, S. 8–116, hier S. 54.

30 A. a. O. (Anm. 28), S. 24.

Dieter Knall

Unsere Familie und die Weltkriege – Rückblick auf hundert Jahre 1914–2014

Evangelischer Presseverband, Wien, 2016

Rezension von **Karl W. Schwarz**

Nach seiner bewegenden Autobiographie (Transilvania me genuit – Austria me recipit [Wien 2008]) legt Altbischof Dieter Knall mit dem vorliegenden Buch ein Memorial an seinen Großvater Erich Wilhelm Otto Knall vor, der am 5. November 1914 bei Kolomea in Galizien (heute: Kolomyja / Ukraine) gefallen ist.

Dieter Knall erzählt auf seine akkurate Weise die Geschichte dreier Generationen: des Großvaters im Ersten Weltkrieg, der am 20. Oktober 1914 in Schäßburg / Siebenbürgen zum Kriegsdienst eingezogen wurde und schon knappe zwei Wochen später als 42-jähriger ungarischer Landsturmleutnant der Reserve in der Abwehrschlacht gegen die russischen Truppen gefallen ist und seine Gattin mit fünf unmündigen Söhnen zurückließ. Erich Konrad, der älteste Sohn, der Vater des Verfassers, wurde 1915 in Schäßburg konfirmiert und maturierte 1917 mit Auszeichnung, wurde im Rahmen eines k.u.k. Gebirgsartillerieregiments an wechselnden Frontabschnitten in Südalbanien 1918 eingesetzt, nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie von der rumänischen Armee einberufen und im rumänisch-ungarischen Krieg 1919/20 verpflichtet, ehe er das Studium der Veterinärmedizin in München, später Hannover aufnehmen konnte, das er 1923 mit der Promotion abschloss. Als Tierarzt in Rumänien wurde er 1941 abermals zum Militärdienst einberufen und leistete ihn als Veterinäroffizier im rumänischen Heer an der russischen Front bis zu seiner verletzungsbedingten Demobilisierung im Sommer 1944. Daran schloss sich die Flucht in den Westen Österreichs an, nach Vorarlberg, wo er noch im Dezember 1944 einen in Kriegsgefangenschaft geratenen Kollegen in Hittisau im Bregenzerwald als Tierarzt vertrat und von den österreichischen Behörden vorerst für „unentbehrlich“ angesehen wurde. Später drehte sich das behördliche Entgegenkommen und wandelte sich in reine Schikane. Einmal abgesehen, dass der

Studienabschluss in Hannover von der Tierärztlichen Hochschule in Wien nostrifiziert werden musste, bedurfte es auch einer Tierärztlichen Physikatsprüfung und – wie sich später zur großen Enttäuschung herausstellte – auch nochmaliger Einzelprüfungen aus „Veterinärwesen und Tierschutz“ sowie aus „gerichtlicher Veterinärmedizin“, die er noch im Herbst 1949 absolvierte. Die behördliche Schikane zeigte sich in seiner grässlichsten Weise, als der als Kontrolltierarzt angestellte Knall bei allen Bewerbungen um eine Beamtenstelle ausgegrenzt wurde, weil er nicht gebürtiger Vorarlberger war, sondern ein Zuwanderer aus dem „Osten“, der dann auch noch siebzehn Monate vor Erreichung der Altersgrenze gekündigt wurde.

Die dritte Generation ist jene des Verfassers Dieter Knall, der wie seine gleichaltrige Frau, 1944 den ersten amerikanischen Bombenangriff auf Kronstadt miterlebte, aber nach dem Umsturz und Frontwechsel Rumäniens nach Vorarlberg flüchten konnte, wo sich beide im Konfirmandenunterricht in der Kirche am Ölrain in Bregenz wieder sahen, in demselben Jahr maturierten und 1955 nach Abschluss ihrer Ausbildung in Bregenz heirateten, in der Steiermark als Pfarrerehepaar wirkten, ehe sie nach Kassel zum Gustav-Adolf-Werk wechselten. Die nächsten Stationen waren Graz und Wien. Seit 1995 lebt Knall in einem schmucken Reihenhaus in Graz-Andritz, wo er seinen Alterssitz genommen hat. Mit dem vorliegenden Buch gibt er einen Einblick in seinen Ruhestand, der zuletzt der Geschichte des 20. Jahrhunderts, fokussiert auf seine Familie gewidmet war. Er nimmt den Leser auf eine bewegende Lesereise mit und führt ihn an die unterschiedlichsten Ziele dieser Zeit, Kriegsschauplätze der beiden Weltkriege, Orte und Landschaften der Habsburgermonarchie, Siebenbürgens, Rumäniens, Österreichs. ■

Herwig Sturm

Der Punkt im I.CH – Predigten und Wegzeichen

Fromm-Verlag, Saarbrücken 2017, 52 Seiten, ISBN 978-3-8416-0929-8

Rezension von **Karl W. Schwarz**

Dass der Punkt nicht nur als Satzzeichen gilt und als Kategorie der Semiotik zuzuzählen ist, sondern auch eine theologische Tragweite aufweist, zeigt uns Herwig Sturm mit seinem rezenten Werk. Es enthält vierzehn Predigten von erfrischender Kürze und Prägnanz: kein Wort zu viel, keine überflüssige Floskel –jede theologische Aussage auf den Punkt gebracht. Die Predigten folgen dem Kirchenjahr oder besonderen Anlässen (Gustav-Adolf-Fest, Reformationsfest, Begegnungstage in Nachbarkirchen, Gemeindejubiläen), sie reflektieren das Amtsjubiläum (zehn Jahre im bischöflichen Dienst 2006) oder den Abschied in den (allerdings äußerst aktiven!) Ruhestand (2007), sie äußern sich zur Ökumene in pfingstlicher Freude und im Licht der Auferstehung, zum konziliaren Weg, zur visionären Kraft der Charta Oecumenica.

Zu den Predigten gesellen sich Meditationen, Ansprachen und „Wegzeichen".

Die Charta Oecumenica bedeutet dem Verfasser viel. Der Rezensent war dabei, als sie im Rahmen der Dritten Ökumenischen Versammlung in Sibiu / Hermannstadt (damals wurde die österreichische Delegation von Herwig Sturm geleitet!) in den ökumenischen Rezeptionsprozess ausdrücklich aufgenommen wurde. Auch wenn wir in Südosteuropa, anders als in Österreich, allenthalben Rezeptionsbarrieren feststellen mussten, so gilt sie als visionäre Leitlinie für die Begegnung mit anderen Religionen und Weltanschauungen – und insofern für die „schwierige Aufgabe der friedlichen Umgestaltung Europas in einen multikulturellen Kontinent" (S. 40). Sturm widmet sich dieser Europa-Aufgabe anlässlich der Osterweiterung mit Nachdruck: Er empfiehlt den europäischen Mächten, von den Spielregeln der Kirchen zu lernen: einen „geduldigen und phantasievollen Umgang mit dem Unvollkommenen im Blick auf das Mögliche". „Versöhnte Vielfalt der Sprachen, Völker und Kulturen. Aufbruch aus den Krusten der Vergangenheit und Durchbruch durch die Mauern der Vorurteile und Ängste. Ein Europa, das heute

schon lebt von der Vision seiner zukünftigen Gestalt.“ (S. 45). Und an anderer Stelle sagt er über dieses Europa, dass es „eine einmalige religiöse und kulturelle Tradition aus jüdischen und christlichen Wurzeln und islamischem Einfluss (hätte), immer wieder gebrochen durch Verfolgung und Vernichtung, aber auch immer wieder erneuert durch Reformation, Revolution, Aufklärung, Wissenschaft und Industrie.“ Europa habe große Chancen, die müsse es ergreifen (S. 47).

Nun aber abschließend zum „Punkt“, der vom Verfasser im einleitenden „Wegzeichen LICHT“ (S. 6) erläutert wird. Mit dem Licht beginnt das Schöpfungswerk (Gen 1,3), als Licht der Welt versteht sich Jesus (Joh 8,12), der seine JüngerInnen (Mtt 5,14) mit der Zusage aussendet, ebenfalls Licht der Welt zu sein. Sturm lässt uns an seiner Entdeckung teilhaben, dass wir, wenn wir den ersten Buchstaben (L für Leben) und den letzten Buchstaben (T für Tod) streichen, zwischen Leben und Tod ein „ICH“ finden, das durch einen Punkt geteilt (I.CH) die Initialen von Jesus Christus erhalten.

Herwig Sturm hat uns anlässlich seines 75. Geburtstages ein bemerkenswertes Buch geschenkt, das durch seine originellen Einfälle ebenso beeindruckt wie durch die schlichte Schönheit seiner Sprache, durch den theologischen Tiefgang und die spirituelle Substanz, durch die Konzentration seiner Aussage, durch die bewusst knappe Form. ■

Thomas Pammer

„Die Arche Noah ist auf dem Kanal vorbeigefahren“. Geschichte der Schwedischen Israelmission in Wien

Hrsg. von der Evangelischen Akademie Wien, Mandelbaum-Verlag, Wien 2017, 172 Seiten, zahlreiche Abbildungen, ISBN 978-3-85476-819-7

Rezension von **Karl W. Schwarz**

Der Historiker und Skandinavist Thomas Pammer hat vor geraumer Zeit die Erinnerungen des Leiters der schwedischen Israelmission in Wien im Zeitraum von Oktober 1936 bis April 1940 Pastor Göte Hedenquist ins Deutsche übersetzt und mit einzelnen Kommentierungen herausgegeben. Sie erschienen, nota bene ohne Angabe des Verfassers Hedenquist am Titelblatt: Hoffnungsort Seegasse 16. Hilfsaktionen der Schwedischen Israelmission im Nationalsozialismus, hrsg. von der Evangelischen Akademie Wien, Wien (Mandelbaum) 2015. 125 pp. – Für die Übersetzung dieser wichtigen Quelle ist ihm großer Dank ausgesprochen worden, nicht zuletzt von Bischof Michael Bünker in seinem Vorwort, in dem er dieses Thema als langjähriges Forschungsdesiderat der Evangelischen Akademie Wien (und ihres langjährigen Leiters Prof. Ulrich Trinks) hervorhob.

Der Wandel, dem die Einstellung der Evangelischen Kirche zum Judentum unterworfen war, ist augenscheinlich und reicht von der strengen Anwendung des biblischen Missionsbefehls bis zum kirchenverfassungsrechtlichen Zeugnis der bleibenden Erwählung Israels als Gottes Volk (Präambel i. d. F. vom 16. Juni 2012) und der damit verbundenen Ablehnung jedweder christlicher Judenmission.

Bünkers Vorwort setzte 2015 mit jenem Zitat von Ilse Aichinger ein, das den Titel des vorzustellenden Buches bildet. Dadurch wird sehr schön verdeutlicht, dass die beiden Bände zusammengehören, die, das sei gleich einleitend vermerkt, vom Mandelbaum-Verlag sehr geschmackvoll gestaltet wurden, auch wenn das unterschiedliche Format irritieren mag. Hedenquists Erinnerungen sind 1983 auf Schwedisch erschienen, ihr Vorwort ist mit Uppsala April 1983 datiert. Der Quellenwert ist beachtlich, auch wenn zwischen dem Berichtszeitraum und der Niederschrift fast fünfzig Jahre liegen. Möglicherweise hat Hedenquists Toch-

ter Monika Sjögren in ihrer Biographie des Vaters (schwedisch Stockholm 2013) die Grundlagen dieser Erinnerungen benannt, in der Einleitung des Übersetzers und Herausgebers findet sich keine diesbezügliche Notiz.

Bei dem anzuzeigenden zweiten Band stützt sich Pammer aber nicht nur auf Hedenquists Erinnerungen, sondern auch auf archivalische Quellen in Schweden (Kirchenarchiv in Uppsala; Staatsarchiv Stockholm), das Archiv der Vereinten Nationen in Genf und das Archiv der Evangelischen Kirche in Österreich in Wien und eine erhebliche Fülle an Literatur. Eröffnet wird der Band nicht durch das gehaltvolle Vorwort des Bischofs, sondern durch das Gedicht von Ilse Aichinger in Faksimile, das dem Band den Titel gab. Aichinger, die als eines der „Kinder der Seegasse" apostrophiert wird, hat mit dem Gedicht nicht nur den Hoffnungsort Seegasse 16 als „Arche Noah" gewürdigt, sondern auch ihre ambivalente Erfahrung, ja ihre Enttäuschung „über die vermeintlich feige Flucht der Schweden" (S. 123) im Jahre 1941 zum Ausdruck gebracht. Dadurch war sie gezwungen, „in einem neuen Orden" Platz zu suchen – eine Anspielung auf die von Pater Ignaz Born SJ geleitete Hilfsstelle am Stephansplatz (S. 124), die, wie Pammer eine Zeitzeugin zitiert (S. 129), „um vieles besser als die Schweden waren".

Das Buch ist in drei Teile chronologisch gegliedert (I: 1920–1938; II: 1938–1945; III: nach 1945), eingerahmt von Einleitung und Nachwort, einem Personenverzeichnis mit Biogrammen und einem Literaturverzeichnis, in dem aber einschlägige Beiträge von Ulrich Trinks (Dialog-Du Siach 2000, 2001, „Herausgesagt" 2007), Astrid Schweighofer (Dialog-Du Siach 2009) und merkwürdigerweise auch von Thomas Pammer (Dialog-Du Siach 2014) fehlen. Immerhin erfährt man, dass der Verf. die Schwedische Israelmission 1938–1941 im Rahmen seiner historischen Diplomarbeit behandelte, die den Kindertransporten und dem literarischen und wissenschaftlichen Diskurs (Wien 2012) gewidmet war und somit über beste Voraussetzungen verfügte, um, wie der Bischof lobend vermerkt, „die erste wissenschaftlich fundierte Gesamtdarstellung der Geschichte der Schwedischen Israelmission in Wien" (S. 9) zu schreiben.

Die chronologische Schilderung setzt mit dem Beginn der Missionsarbeit 1920 ein, die mit heftigen Konflikten mit der jüdischen Gemeinde (S. 27) verbunden war, denn das Domizil Seegasse 16, in einer der „jüdischsten" Straßen Wiens (S. 28), war ursprünglich als Einrichtung eines jüdischen Unterstützungsvereins eine Gewerbe- und Handelsschule. Die Missionare wurden als „Missionshyänen" und „Seelenfänger" (S. 29) verunglimpft, denen der Vorwurf galt, dass sie ihr soziales Engagement mit einem unmissverständlichen Werben für die Taufe vermischten. Gewaltsame Angriffe gegen gottesdienstliche Veranstaltungen mussten mit Hilfe der Polizei abgewehrt werden. Von den Leitern der Seegasse in den 20er-Jahren sind zwei reformierte Pfarrer zu nennen: Hans Haberl und Hans Jaquemar, die beide in der schottisch-freikirchlichen Missionsarbeit in Breslau ihre ersten Spo-

ren verdient hatten. Aus der weiteren Geschichte können im Rahmen dieser Anzeige nur ein paar Hinweise aufgegriffen werden – etwa auf das Institutum Judaicum Delitzschianum, das 1933 von Leipzig nach Wien übersiedelt wurde und in der Seegasse unter der Leitung des Theologen Hans Kosmala die Missionstätigkeit wissenschaftlich begleitete und die Kenntnis des Judentums unter den Christen vice versa verbesserte. Schlagartig änderte sich die Lage im März 1938 (S. 74 ff.), als sich unter der Herrschaft des Nationalsozialismus die Aufgabe radikal veränderte und an die Stelle der Evangelisierung unter der jüdischen Bevölkerung die „caritative Betreuung sämtlicher nicht-arischer Protestanten (…) sowie Unterstützung und Förderung deren Auswanderungsbestreben" (S. 76) trat. Hausdurchsuchungen und Plünderungen konnten nicht verhindert werden, auch wenn die schwedische Flagge diplomatischen Schutz verhieß. Das Team um Göte Hedenquist, seit 1938 Leiter der Missionsstation, der sich um die Sammlung einer selbständigen judenchristlichen Gemeinde bemühte und gegen antisemitische Tendenzen in der Evangelischen Kirche ankämpfte, und Anna-Lena Peterson, seine rechte Hand, hatte sich nunmehr verstärkt um die Emigrationshilfe zu kümmern. Um dies professionell durchzuführen, konnte er mit dem NS-Verantwortlichen Adolf Eichmann eine Vereinbarung treffen, dass im Palais Rothschild in der Prinz-Eugen-Straße ein Büro der Missionsstation (von Hedenquist als GEMIPO = Geheime Missionspolizei genannt) – neben jenem der Kultusgemeinde errichtet wird, „um die Auswanderung zu beschleunigen und straffer organisieren zu können" (Hoffnungsort Seegasse 16, S. 47). Denn diese Mitarbeiter versorgten Hedenquist mit Informationen, die er sonst nicht bekommen hätte, und ermöglichten eine beachtlich beschleunigte Erledigung der Auswanderungsgesuche (S. 103). Ähnlich verfuhr übrigens auch in Berlin das Ende 1938 gegründete „Büro Pfarrer Grüber", das unter dem Zwang der Verhältnisse eng mit der Gestapo zusammenarbeitete, von der bekannt war, dass sie an einer raschen Auswanderung der Juden interessiert war. Einer der Mitarbeiter im Palais Rothschild war Robert Ranzenhofer, der in seiner von Peter F. Barton edierten Autobiographie von der „*Aufgabe*" berichtete, „*bei den evangelischen Pfarrämtern in Wien in den Taufbüchern nach getauften Juden Ausschau zu halten*". In der Dorotheergasse (er nennt keine Hausnummer, der Herausgeber Barton fügt in einer Fußnote ohne Beleg die Nummer 18 ein) wurde er vom Pfarrer mit einem großen Parteiabzeichen der NSDAP empfangen („Die Flucht", in: JGPrÖ 115, 1999, S. 76). Pammer bezieht sich aber nicht auf Ranzenhofer, sondern auf ein Schreiben Hedenquists an die evangelischen Gemeindeämter vom 26. September 1939 (S. 103 Anm. 87), in dem er für seine Mitarbeiter den Zugang zu den Taufbüchern verlangte. Dieses im Archiv der Schwedischen Kirche aufgefundene Schriftstück, das nach Pammer „*auf Geheiß der Zentralstelle*" (unklar ob OKR, Gestapo, NSDAP – es fehlt auch eine Quellenangabe für diese

Weisung) verfasst wurde, verführte den Autor zur Schlussfolgerung, dass sich diese „Tätigkeit“ im Rückblick „*eindeutig als ‚Beihilfe zum Massenmord’ erweisen sollte*“ (ebd.), denn „*diese Verzeichnisse ermöglichten es den Nationalsozialisten, alle Personen, die bisher noch nicht als ‚Nichtarier’ bekannt gewesen waren, zu verfolgen und später in die Vernichtungslager zu deportieren*“ (ebd.). Mit dieser Schlussfolgerung stellte sich Prammer der bisherigen Literatur zur Seegasse, die bisweilen hagiographische Züge aufweist, völlig entgegen und folgt der kritischen Analyse von Elisabeth Åsbrink (Und im Wienerwald stehen noch immer die Bäume. Ein jüdisches Familienschicksal, Zürich 2014), die der Missionstätigkeit eine antijüdische Grundeinstellung (mit Ilse Aichinger sogar Antisemitismus) unterstellte. Die Aussage Pammers ist völlig überzogen und überzeugt nicht, denn der NS-Machtapparat war gewiss nicht auf diese Aufzeichnungen Ranzenhofers und seiner Kollegen angewiesen, konnte jederzeit Einsicht in die vor 1938 staatlichen Matriken nehmen oder die Einsicht in kirchliche Matriken erzwingen. Dazu lag auch ein Runderlass des Reichskirchenministers vom 10. August 1938 vor, der die „*Kenntlichmachung jüdischer Abstammung*“ auf der Rückseite der ausgestellten Kirchenbuchurkunden einforderte und im Kirchlichen Amtsblatt (Nr. 67/1940) publiziert wurde. Das Personenstandswesen ganz zentral hatte das Reichsgesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5. Jänner 1938 betroffen, dessen 2. Durchführungsverordnung (§ 2, kundgemacht und in Kraft gesetzt in Österreich mit 24. Jänner 1939, Gesetzblatt für das Land Österreich Nr. 144/1939) anordnete, den Vornamen jüdischer Bürger „Sara“ bzw. „Israel“ beizufügen. Das mussten die Pfarrämter vollziehen.

Dass die Kirche insgesamt eine problematische Einstellung gegenüber dem Judentum und den evangelischen Judenchristen einnahm und etwa die Nürnberger Rassegesetze schon im März 1938 vorwegnehmend zur Anwendung brachte, gehört zu den dunklen Punkten unserer Kirchengeschichte; sie rechtfertigt aber keineswegs eine solche gravierende Aussage, dass Hedenquist „Beihilfe zum Massenmord“ geleistet habe.

Breiten Raum nimmt auch die Arbeit des judenchristlichen Pfarrers in der Seegasse Felix Propper ein (S. 143 ff.), der nach dem Krieg mit dem Amtsauftrag zur Judenmission begann, aber zunehmend diese Tätigkeit als theologisch illegitim ablehnte, weil sie nichts anderes sei als eine fromme Variante der Endlösung der Judenfrage. Er kämpfte auch gegen den in den 50er-Jahren wieder aufkommenden Antisemitismus, sah sich aber auch Intrigen im eigenen Haus ausgesetzt (S. 150) und wurde ungewünscht mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt. Seine Kritik an der Judenmission wurde von den beiden Wiener Theologieprofessoren Wilhelm Dantine und Wilhelm Kühnert aufgegriffen und im Vorfeld der Versammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in New Delhi (1961) zu „Wiener Thesen“ (1960) verschriftlicht, die in der Erklärung der Kirche „Zeit zur Umkehr“ (1998) fast vierzig Jahre später

umgesetzt wurde und in jener zitierten Novellierung der Präambel der Kirchenverfassung ihren Niederschlag fand.

Das Buch hat eine schwierige Aufgabe entschlossen aufgegriffen. Es unternimmt den Versuch, auf breiter archivalischer Grundlage die Geschichte der Schwedischen Missionsstation in Wien aufzuarbeiten, empirisch geschult am Beispiel der Kindertransporte nach Schweden, aber auch die komplizierte Beziehung der Seegasse zur Evangelischen Kirche mit ihrer ungebrochen antijudaistischen Tradition darzustellen. Diese wurde unter dem Einfluss deutschnationaler Kulturpolitik zu einem judenfeindlichen Antisemitismus überformt und bestimmte seit der Los-von-Rom-Bewegung weitgehend die Oberfläche der Evangelischen Kirche, ist aber noch meilenweit von dem primitiven Rassenantisemitismus der Nazis entfernt. Johannes Heinzelmann, deutschnational imprägniert, öffnete das Novemberpogrom in Villach die Augen, sodass er sein Erschrecken und seine Scham von der Kanzel verkündete. Aber er ist ein Beispiel für diesen Prozess des sich wandelnden Antisemitismus. Denn er stellte seine poetische Kraft zur Verfügung, um die Hebraismen aus der Liturgie und dem kirchlichen Liedgut zu entfernen – ohne zu bemerken, in welche häretische Falle er damit geriet. Der Antisemitismus, von dem Propper 1961 behauptete, dass er ein christliches Gewächs aus christlicher Wurzel sei, hatte Heinzelmann und die Kirche insgesamt dermaßen geblendet, dass sie die häretische Dimension der Rassengesetze nicht mehr registrierten, sondern sogar vorauseilend rezipierten (Erlässe des OKR Z. 2006 und 2007/22.3.1938 – abgedruckt in: Gustav Reingrabner / Karl Schwarz [Hg.], Quellentexte zur österreichischen evangelischen Kirchengeschichte 1918–1945, Wien 1989, 313 f.).

Liegt in dieser komplexen Aufgabenstellung schon ein wissenschaftliches Programm für eine große mehrbändige Monographie vor, so wollte Pammer auch noch die Entwicklung berücksichtigen, die es im Blick auf die Judenmission zu beobachten galt und am Beispiel von Felix Propper entfaltet werden kann. Das betrifft vornehmlich die 50er-Jahre, in denen Propper als Motor dieser Entwicklung wirkte. Sein Buch „Die Kirche und ihre Juden“ (posthum 2006) ist dafür ganz wichtig, enthält aber einen Schlüsseltext nicht, der seinem Verfasser viel Ärger eintrug und für viel Verbitterung sorgte: „Der Antisemitismus, ein christliches Gewächs aus christlicher Wurzel“, in: Deutsches Pfarrerblatt 62 (1962) S. 145–149. Er ist geeignet, die Diskussionskultur im Wien der 50er- und frühen 60er-Jahre zu illustrieren.

Das Buch von Thomas Pammer enthält viele Informationen, die bisher noch nicht bekannt waren, dafür gebührt ihm großer Dank, es lässt sich gut lesen und zeigt enorme Kenntnis der maßgeblichen Literatur, aber mein Eindruck ist: Es wollte zu viel. Diesem enormen Anspruch konnte es nicht gerecht werden. Es ist zweifellos ein wertvoller Baustein für die Aufarbeitung dieser Problematik, aber die erwartete monographische Gesamtdarstellung ist es nicht, diese steht noch aus. ■

Rechtspopulismus / Rechtsextremismus
Ausgewählte Literaturempfehlungen und aktuelle Hinweise

Zusammengestellt von **Thomas Krobath, Andreas Peham und Bernhard Weidinger**

Handbücher und politische Analysen

Ahlheim, Klaus / Kopke, Christoph (Hg.): Handlexikon Rechter Radikalismus. Ulm: Klemm + Oelschläger 2017

Becher, Phillip: Rechtspopulismus (Basiswissen Politik / Geschichte / Gesellschaft / Ökonomie). Köln: PapyRossa Verlag 2017

Birsl, Ursula (Hg.): Rechtsextremismus und Gender. Opladen 2011

Bruns, Julian / Glösel, Kathrin / Strobl, Natascha: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Münster: Unrast [3]2017

Decker, Frank: Rechtspopulismus in Europa. Stuttgart: Kohlhammer 2018

Scharsach, Hans-Henning: Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften. Wien: Kremayr & Scheriau 2017

Globisch, Claudia / Pufelksa, Agnieszka / Weiß, Volker (Hg.): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel. Wiesbaden 2011

Robertson-von Trotha, Caroline Y. (Hg.): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen - rechts ‚Mitte'? Baden-Baden: Nomos 2011

Salzborn, Samuel: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim 2017

Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Baden-Baden: Nomos [2]2015

Schiedel, Heribert: Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Wien 2007

Schiedel, Heribert: Extreme Rechte in Europa. Wien: Edition Steinbauer 2011

Virchow, Fabian / Langebach, Martin / Häusler, Alexander (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden 2017

Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta 2017

Wiegel, Gerd: Ein aufhaltsamer Aufstieg. Alternativen zu AfD & Co. Köln: PapyRossa Verlag 2017

Bildung und Sprache

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): „Läuft bei dir!“ Konzepte, Instrumente und Ansätze der antisemitismus- und rassismuskritischen Jugendarbeit. Eigenverlag, 2014 www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/ju_an_laeuft_bei_dir.pdf

Benbrahim, Karima / Jantschek, Ole / Manthe, Barbara (Hg.): salonfähig, trittsicher. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit (IDA) e. V. Eigenverlag 2014 www.idaev.de/fileadmin/user_upload/pdf/publikationen/Reader/2014_IDA_Reader_Rechtspopulismus_Rechtsextremismus.pdf

Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hg.): Rechtsextremismus – Band 2: Prävention und politische Bildung. Wien: Mandelbaum Verlag 2017

Hufer, Klaus-Peter: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen. Schwalbach/Taunus: WOCHENSCHAU Verlag [8]2008.

Molthagen, Dietmar / Klärner, Andreas / Korgel, Lorenz / Pauli, Bettina / Ziegenhagen, Martin (Hg.): Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie“. Bonn: Dietz-Verlag 2008 www.fes.de/rechtsextremismus/inhalt/lernbuch.htm

Ötsch, Walter / Horaczek, Nina: Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung. Frankfurt am Main: Westend 2017

Schleichert, Hubert: Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren. Anleitung zum subversiven Denken. München: C. H. Beck [9]2017

Wodak, Ruth: Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Hamburg / Wien: Edition Konturen 2016

Kirchen und Religion

Becher, Martin / Luibl, Hans Jürgen (Hg.): Rechtsextremismus in Europa nach 1989. Eine Herausforderung für Kirche und Gesellschaft. Verein zur Förderung europäischer Perspektiven der Bildungsarbeit e. V.: Eigenverlag 2012

Hadj-Abdou, Leila / Rosenberger, Sieglinde: Islam at Issue. Anti-Islamic Mobilization of the Extreme Right in Austria. In: Jenkins, Brian / Godin, Emmanuel / Mammone, Andrea (Hg.): Varieties of Right-Wing Extremism in Europe. London 2013, 149–163

Lesch, Walter (Hg.): Christentum und Populismus. Klare Fronten? Freiburg im Breisgau: Herder 2017
Marzouki, Nadia / McDonnell, Duncan / Roy, Olivier (Hg.): Saving the People: How Populists Hijack Religion. London: Hurst Publishers 2016.
Darin: Leila Hadj-Abdou: The 'Religious Conversion' of the Austrian Populist Radical Right
Meijer, David: FPÖ und Christentum. Zwischen Gegnerschaft und Vereinnahmung. Diplomarbeit: Universität Wien: 2012
http://othes.univie.ac.at/18135/1/2012-01-21_9904997.pdf
Orth, Stefan / Resing, Volker (Hg.): AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion? Freiburg im Breisgau: Herder 2017
Schulze Wessel, Martin (Hg.): Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation im östlichen Europa. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2006
Strube, Sonja Angelika (Hg.): Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie. Freiburg im Breisgau: Herder 2015
Weidinger, Bernhard: Equal before God, and God Alone. Cultural Fundamentalism, (Anti-)Egalitarianism, and Christian Rhetoric in Nativist Discourse from Austria and the United States. In: Journal of Austrian American Studies 1 (1) 2017.
Zulehner, Paul M.: Entängstigt euch! Die Flüchtlinge und das christliche Abendland. Ostfildern: Patmos [2]2016

Links und Materialien im Internet

www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextremismus-in-oesterreich
www.politikberatung.or.at/studien/rechtspopulismus
www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/mitte_leipzig_internet.pdf
www.bpb.de/lernen/themen-im-unterricht/rechtsextremismus
www.bpb.de/lernen/grafstat/rechtsextremismus
www.oe1macht.schule/sendung/wir-fuer-euch
www.feinschwarz.net/tag/rechtspopulismus
www.feinschwarz.net/allianz-der-kirchen-mit-neorechten-parteien-eine-schicksalsfrage-fuer-das-christentum-in-europa/#more-3715
blog.ksoe.at/rechtspopulismus-und-neuer-nationalismus
www.kirche-fuer-demokratie.de/wp-content/uploads/EVLKS-Handreichung_gegen_Rechtsextremismus2.pdf
www.kirche-fuer-demokratie.de/wp-content/uploads/Naechstenliebe_leben_web.pdf
www.br.de/themen/religion/rechtspopulismus-evangelische-kirche-100.html
http://bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de

AutorInnen

Dantine, Olivier, Mag., Superintendent der Diözese Salzburg-Tirol; salzburg-tirol@evang.at

Eichhorn, Dorothea, Dipl. Sozialarbeiterin (FH), Fortbildungsreferentin für die Bereiche Methoden der sozialen Arbeit, Sozialethische Fragestellungen, Ehrenamt im Diakonischen Werk Bayern, Diakonie.Kolleg

Fabiny, Tamás, Dr., Bischof der Norddiözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Ungarn (ELKU)

Hermann, Stefan, Pfarrer, Direktor des Pädagogisch-Theologischen Zentrums der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, seit 13 Jahren ehrenamtlich an verantwortlicher kommunalpolitischer Stelle und in verschiedenen Vereinen zur Gewaltprävention aktiv; stefan.hermann@elk-wue.de

July, Frank Otfried, Dr. h. c., Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg

Körtner, Ulrich H. J., Dr. DDr. h.c., O. Univ.-Prof., Institut für Systematische Theologie und Religionswissenschaft, Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Wien, Schenkenstraße 8–10, 1010 Wien; ulrich.koertner@univie.ac.at

Peham, Andreas, Mitarbeiter im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien, Betreuung Rechtsextremismus-Sammlung: www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus

Schelkshorn, Hans, Dr. Dr., Ao. Univ.-Prof., Vorstand des Instituts für Christliche Philosophie, Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Wien, Schenkenstraße 8-10, 1010 Wien; johann.schelkshorn@univie.ac.at

Schwarz, Karl W., Dr., tit. Univ.-Prof. für Kirchenrecht, Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Wien; karl.schwarz@univie.ac.at

Weidinger, Bernhard, Dr., Mitarbeiter im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien, Betreuung Rechtsextremismus-Sammlung: www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus

Wodak, Ruth, Dr. Dr. h. c., O. Univ.-Prof. i. R., Institut für Sprachwissenschaft, Universität Wien, Distinguished Professor and Chair in Discourse Studies, Lancaster University (Großbritannien)

Zulehner, Paul M., Dr. Dr., em. O. Univ. Prof., Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Wien, Pastoraltheologe und Religionssoziologe, Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; www.zulehner.org

Amt und Gemeinde

67. Jahrgang – Jahresregister 2017

Heftthemen

1. Luther im O-Ton
2. Humanismus & Reformation
3. Die Bibel und ihre Übersetzung
4. Rechtspopulismus / Die Neuen Rechten

Artikel und Vorträge *(Alphabetisch gereiht nach AutorInnen)*

Adam, Gottfried: Martin Luther: Schriftsteller – Bibelübersetzer – Medienstar. Der Reformator – einmal anders betrachtet 178

Bauer, Christian: Die Reformation vollenden. Entdeckungen einer ökumenischen Zeitreise 83

Bünker, Michael: Allein durch den Glauben 191

Dantine, Olivier: Kirche und Rechtspopulismus – ein schwieriges Verhältnis ... 312

Eichhorn, Dorothea: Was sage ich wenn …? – Stammtischparolen begegnen 284

Fabiny, Tamás: Rechtspopulismus und die Verantwortung der Kirche – aus ungarischer Perspektive 300

Heine, Susanne: Erasmus von Rotterdam und Martin Luther 95

Hermann, Stefan: Wie politisch muss Kirche sein? Kirche und die Herausforderungen durch radikale und populistische Strömungen 269

Hofhansl, Ernst: Von Luthers „ordo missae“ zur liturgischen Beliebigkeit 29

July, Frank Otfried: Kirche und Rechtspopulismus – eine evangelische Position .. 288

Karasszon, István: Universität und Reformation. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Überblick zur Bedeutung von Humanismus und Reformation in europäischen Kontexten 110

Kerševan, Marko: Europa mit und ohne Grenzen 198

Körtner, Ulrich H. J: Luther und die Freiheit 14

Körtner, Ulrich H. J: Die richtigen Lehren ziehen. Kirchen und Rechtspopulismus 2017 318

Kreuzer, Siegfried: „Dass das Wort laufe und gepriesen werde …“. Beobachtungen zur (neuen) Lutherbibel und zu Fragen der Bibelübersetzung 152

Leeb, Rudolf: Einleitung zur Ausstellung „Brennen für den Glauben“ – Wien nach Luther 51

Reiner, Hannelore: Luthers Auslegung des Magnificats 8

Sauer, Manfred: Freiheit und Verantwortung – 500 Jahre Protestantismus in Kärnten 54
Schelkshorn, Hans: Wider die Instrumentalisierung des Christentums. Zur Unvereinbarkeit von neorechter Ideologie und christlicher Moral 234
Schiefermair, Karl: Bericht zu aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen im kirchlichen Bildungswesen 129
Schranz, Erwin: Martin Luther und die deutsche Sprache 121
Schwarz, Karl W.: Minderheitenschutz oder Diskriminierung? Zur Karfreitagsregelung im österreichischen Arbeitsruhegesetz 204
Wodak, Ruth: Die Normalisierung von Ausgrenzung 243
Zulehner, Paul M.: Rechtspopulismus in Österreich 259

Dokumentation

Krobath, Thomas; Peham, Andreas und Weidinger, Bernhard: Rechtspopulismus / Rechtsextremismus. Ausgewählte Literaturempfehlungen und aktuelle Hinweise 342

Rezensionen

Bünker, Michael, über:
Karl W. Schwarz: Der österreichische Protestantismus im Spiegel seiner Rechtsgeschichte (2017 212
Mühlen, Reinhard, über:
Gottfried Adam (Hg.): Martin Luther, Passional 68
Reiner, Hannelore, über:
Max Josef Suda: 95 biblische Meditationen (2017) 215
Schwarz, Karl W., über:
Ulrike Pistotnik und Renate Bauinger (Hg.): Gesichter, Geschichten, Konturen, Bd. 2: Symposium „Der Weg der Landler“..... 62
Schwarz, Karl W., über:
Gustav Reingrabner / Gert Polster: Ein Christenherz auf Rosen geht (…) 500 Jahre Reformation im Burgenland 65
Schwarz, Karl W., über:
Karl-Christoph Epting: Diaspora als Grundform christlichen Lebens 135
Schwarz, Karl W., über:
Welker / Beintker / de Lange (Hg.): Europa reformata. Reformationsstädte Europas und ihre Reformatoren (2016) 217

Schwarz, Karl W., über:
Dieter Knall: Unsere Familie und die Weltkriege – Rückblick auf hundert Jahre 1914–2014 333
Schwarz, Karl W., über:
Herwig Sturm: Der Punkt im I.CH – Predigten und Wegzeichen 335
Schwarz, Karl W., über:
Thomas Pammer: Die Arche Noah ist auf dem Kanal vorbeigefahren“. Geschichte der Schwedischen Israelmission in Wien 337
Suda, Max J., über:
Rudolf Leeb / Walter Öhlinger / Karl Vocelka (Hg.): Brennen für den Glauben. Wien nach Luther. 60

Editorials

Krobath, Thomas: Heft 4 229
Schelander, Robert: Heft 1 5
Schwarz, Karl W.: Heft 2 81
Schwarz, Karl W.: Heft 3 149

Impressum und Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Evangelische Kirche A. B. in Österreich. **Herausgeber:** Bischof Dr. Michael Bünker. **Redaktionsteam:** Dr. Thomas Krobath, Mag. Charlotte Matthias, Dr. Robert Schelander, Dr. Karl W. Schwarz. **Für dieses Heft verantwortlich:** Dr. Thomas Krobath. **Covercollage** und Grafik: Mag. Hilde Matouschek. **Druck:** Evangelischer Presseverband in Österreich, Ungargasse 9, 1030 Wien. **E-Mail:** aundg@evang.at. Erscheint mind. 4 × jährlich. Jahresbezugspreis: € 19,–. Einzelheft: € 6,–. Postscheckkonto: Evangelischer Oberkirchenrat, Amt und Gemeinde, Nr. 1159.895, ISSN 1680-4015.

Blattlinie: „Amt und Gemeinde“ versteht sich als theologische Zeitschrift, die PfarrerInnen, LehrerInnen und alle Interessierte über den neuesten Stand theologischer Forschung und Praxis in den Evangelischen Kirchen in Österreich und in anderen christlichen Kirchen informieren will.

Bestellungen werden unter aundg@evang.at oder telefonisch unter + 43 1 712 54 61 entgegengenommen.

Evangelische Kirche A. B.
in Österreich

Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt
Retouren an Postfach 555, 1008 Wien